

(Beginn: 10.21 Uhr - Ende: 15.31 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 42. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der laufenden Legislaturperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, ganz herzlich, insbesondere Herrn Andreas Henseler, den ich gleich als neues Ratsmitglied verpflichten werde.

Ich will nicht versäumen, auch Herrn Dr. Steinkamp zu begrüßen, der es sich nicht hat nehmen lassen, an seinem Geburtstag an der Ratssitzung hier teilzunehmen. Herzlichen Glückwunsch von uns allen!

(Beifall)

Wir haben uns heute viel vorgenommen. Heute Morgen steht die Verabschiedung des städtischen Haushalts für das Haushaltsjahr 2013/2014 auf der Tagesordnung. Ab 15 Uhr folgt dann eine reguläre Ratssitzung, in der wir zahlreiche weitere Beschlüsse fassen werden.

Da wir also einen vollen Arbeitstag haben, besteht heute Mittag die Möglichkeit, ohne lange Wartezeit ein Mittagessen im Consilium einzunehmen

(Karl Klipper [CDU]: Oh!)

- auf eigene Kosten natürlich

(Heiterkeit)

Zu Beginn möchte ich Herrn Henseler als neues Ratsmitglied der Gruppierung Freie Wähler in sein Amt einführen. Herr Hoffmann hat in der letzten Woche sein Ratsmandat niedergelegt. Als Nachfolger im Rat wurde nach § 45 Kommunalwahlgesetz Herr Andreas Henseler festgestellt. Er hat die Nachfolge angenommen.

Herr Henseler, Sie haben mir mitgeteilt, dass Sie als Ratsmitglied in der Nachfolge von Herrn Hoffmann beratend im Finanzausschuss, im Ausschuss für Kunst und Kultur sowie im Stadtentwicklungsausschuss mitwirken möchten. Ich gehe davon aus, dass der Rat damit einverstanden ist.

Herr Henseler, ich darf Sie nun bitten, nach vorn zu kommen, und Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

Im Sinne des § 5 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Vielen Dank. Herzliche Gratulation!

(Beifall)

Entschuldigt haben sich zu unserer Sitzung heute Herr Schöppe und Herr Schiele.

Als Stimmzählerinnen benenne ich Frau Schultes, Frau Möller und Frau Jahn.

(Karl Klipper [CDU]: Sehr gute Auswahl!)

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge, soweit vorhanden, finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Wir haben folgende Zusetzung aus dem Finanzausschuss: Tagesordnungspunkt 5.1.

Zurückgezogen wurde Tagesordnungspunkt 2.5.

Aus dem Plenum habe ich eben vernommen, dass es den Wunsch gibt, die Tagesordnungspunkte 7.1, 2.1 und 2.3, die alle die vorläufige Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn betreffen, nicht erst in der 43. Sitzung zu behandeln, sondern bereits in der 42. Sitzung unter den dort angegebenen Tagesordnungspunkten 7.1, 2.1 und 2.3. Wir werden also alle Tagesordnungspunkte zum Thema vorläufige Inbetriebnahme unter Punkt 2.1 gemeinsam behandeln.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Mit Debatte oder ohne!)

- Ich werde das gleich noch einmal tern. - Gibt es dagegen Bedenken, dass wir so verfahren? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir wie in den Vorjahren von der Möglichkeit, die unsere Geschäftsordnung bietet, Gebrauch machen und die Redezeit für diesen Einzelfall, abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten, festsetzen; denn jede politische Gruppierung soll die Möglichkeit erhalten, hier im Rat zur Verabschiedung der Haushalts-

satzung einmal zu sprechen. Diese verlängerte Redezeit soll dann auch die sonstigen Punkte und Anträge dieser Sitzung erfassen, sodass wir diese Sitzung möglichst effektiv gestalten können.

Die Redezeit soll wie üblich nach der Größe der Gruppierungen gestaffelt werden. Das würde bedeuten: Die Fraktionen der SPD und der CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 30 Minuten. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 25 Minuten. Die FDP-Fraktion hat Gelegenheit, bis zu 20 Minuten zu sprechen, pro Köln und Die Linke jeweils bis maximal 15 Minuten sowie die Einzelmandatsträger - Herr Henseler und Herr Zimmermann - je bis zu 10 Minuten.

Diese verlängerte Redezeit gilt - das will ich hier noch einmal betonen - für alle Vorlagen und Anträge, also alle bei den Tagesordnungspunkten aufgeführten Punkte einschließlich möglicher Dringlichkeits-, Änderungs- und Zusatzanträge. Wir wollen also alle Vorschläge und Beschlussvorlagen, die sich mit dem Haushalt beschäftigen, en bloc behandeln und sie in einer Runde erledigen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Bevor wir endgültig über die Tagesordnung abstimmen, will ich noch erwähnen, dass es einen Dringlichkeitsantrag gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates gibt, und zwar von der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den wir unter 3.1 behandeln können. Gibt es Bedenken dagegen, dass dieser Dringlichkeitsantrag in die Tagesordnung mit aufgenommen wird? -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Zu welchem Thema denn?)

- Der Titel lautet: „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur - Verlängerung der Linie 7 in Köln-Porz-Zündorf vorantreiben - Wohnbauflächen erschließen!“. Dazu wird Ihnen im Augenblick der Umdruck ausgehändigt.

Gibt es Bedenken dagegen? - Eine Anfrage von Herrn Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Oberbürgermeister! Ich wäre Ihrem Vorschlag gefolgt, dass wir eine Debatte haben, in der wir alles durchdiskutieren. Aber das ist ja jetzt ein völlig neues Thema. Es tut mir leid, das kann ich nicht mitma-

chen; denn ich finde, das ist unfair. Wenn das ein Thema wäre, von dem man wüsste, dass es mit dazugehört, dann ja. Aber das ist ja jetzt ein völlig neues Thema. Der Antrag liegt uns noch nicht einmal vor. Dass hier jetzt so verfahren werden soll, finde ich problematisch. Ich bitte, noch einmal darüber nachzudenken, ob man nicht zumindest diesen Punkt davon ausnimmt und eine normale Debatte dazu führt oder man dieses Thema in die nachfolgende Sitzung schiebt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, das haben wir eben schon beschlossen.

Jörg Detjen: Ich kann das jetzt nicht beurteilen, weil ich den Antrag noch gar nicht kenne. Ich weiß nicht, ob er haushaltsrelevant ist oder nicht. Ich finde, es ist schwierig, einer Sache zuzustimmen, die wir überhaupt nicht kennen. Ohne Debatte, das geht nicht.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Der Antrag wird gerade verteilt. - Bitte schön, Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich sehe das eigentlich ganz ähnlich. Vor allem erschließt sich mir nicht, warum ausgerechnet diese Sache so dringlich sein soll. Gestern im Beschwerdeausschuss zum Beispiel ging es auch um den Wunsch vieler Bürger in Köln-Blumenberg, eine Buslinie zu verlängern, Blumenberg also nicht nur mit der S-Bahn, sondern auch mit der KVB zu erschließen. Ich wüsste nicht, warum die eine Sache dringlicher sein sollte als die andere, außer vielleicht, dass man den Kölner Norden ja gerne mal etwas sträflich vernachlässigt. Wir von pro Köln sind auch gegen die Dringlichkeit in diesem Fall.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich habe eben schon gefragt, ob es Bedenken gegen diesen Dringlichkeitsantrag gibt. Ich habe keine Bedenken gesehen, sodass ich davon ausgehe - -

(Markus Wiener [pro Köln]: Hallo! – Weiterer Zurufe von pro Köln: Was!)

Dann lassen wir abstimmen. Wer für die Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion der CDU. Wer ent-

hält sich? - Enthaltungen bei der FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag so in die Tagesordnung unter Punkt 3.1 aufgenommen.

Eine weitere Frage war, ob Sie den Vorschlägen bezüglich der Redezeit folgen können. Ich möchte darauf hinweisen, dass es gut geübte Praxis ist, jeweils nur zu dem gesamten Komplex, der haushaltsrelevant ist, einen Redeblock vorzusehen. Ich bin auch gerne bereit, eine Redezeitverlängerung von jeweils fünf Minuten vorzusehen, damit dann auch dieses Thema mit abgehandelt werden kann.

Deshalb schlage ich vor - das haben wir auch in den vergangenen Jahren so gehandhabt -, zum Haushalt jeweils nur einen Redeblock vorzusehen und diesmal eine um jeweils fünf Minuten verlängerte Redezeit festzustellen. Darüber sollten wir abstimmen. Wer dafür ist - einschließlich der verlängerten Redezeit -, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und pro Köln. Wer enthält sich? - Enthaltungen von der FDP. Damit ist das so beschlossen.

Jetzt müssen wir die Tagesordnung insgesamt beschließen. Gibt es Bedenken gegen die jetzt so festgezurrte Tagesordnung? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann brauchen wir gar nicht förmlich abzustimmen. Die Tagesordnung ist so beschlossen.

Wir kommen damit zu den Reden zum Haushaltsvorschlag für die Haushaltsjahre 2013/2014. - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute hier den Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014, ein Werk, mit dem sich alle hier im Rat und in der Verwaltung sehr intensiv auseinandergesetzt haben. Deswegen ist es - auch in meiner Rolle als Vorsitzender des Finanzausschusses - nicht nur guter Brauch, sondern mir ein Bedürfnis, insbesondere der Verwaltung dafür zu danken, dass sie uns dieses Werk heute vorgelegt hat und sich in langen Debatten, wie ich weiß, große Mühe gemacht hat, ein Einsparvolumen von über 30 Millionen Euro vorzuschlagen. Das war nicht leicht; das weiß ich. Wir haben auch in den Fraktionen mit Ihnen sehr intensiv darüber diskutiert. Umso wertvoller, dass es so zustande gekommen ist. Also: Dem gesamten Stadtvorstand, der Verwaltung und Ihnen, Frau Stadtkämmerin, die Sie als Leiterin der Kämmererei ja mit dieser Aufgabe eine Premiere hatten,

herzlichen Dank für Ihre Mühe mit diesem Haushalt!

Ich hätte selbstverständlich heute Morgen gerne auch in den Dank die Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten bürgerlichen Opposition mit eingeschlossen, da die letzten Monate uns eigentlich eine gewisse Hoffnung gemacht haben, dass auch Sie Anträge zur Haushaltssitzung stellen würden, entweder im Finanzausschuss oder heute. Wir hatten insbesondere der CDU versprochen, uns konstruktiv mit den Vorschlägen auseinanderzusetzen. Ihre Sparwut kannte ja zeitweise kaum noch Grenzen. Sie haben selbst die absurdesten Dinge zu Einsparungen vorgeschlagen und wollten sie durch die Verwaltung prüfen lassen. Ich erinnere noch einmal an Ihren Ratsantrag vom Beginn dieses Jahres: Frauenförderung auf Null kürzen, Brückenmaut und Citymaut einführen, GAG und KVB verkaufen, Gewerbesteuer erhöhen - da waren Sie sich sogar mit den Linken einig - und einige Dinge mehr.

(Winrich Granitzka [CDU]: Alles Quatsch!)

- Ja, dass das Quatsch ist, Herr Granitzka, damit haben Sie völlig recht.

(Winrich Granitzka [CDU]: Haben wir nie gefordert!)

Sie haben zwar Dinge zur Prüfung vorgeschlagen, aber wir konnten ihnen am Ende natürlich nicht folgen. Selbst die ernsthafteren Teile Ihrer Sparvorschläge haben Sie ja am Ende nicht aufrechterhalten. Das bedaure ich sehr; denn dann hätten wir konstruktiv darüber reden können. Bis auf einen Antrag zur Ganztagsbetreuung, der in den rot-grünen Vorschlägen im Finanzausschuss längst enthalten war, liegt eben leider - das muss ich feststellen - ein Antrag der CDU für den Haushalt bis heute nicht vor.

Die FDP - auch auf die Kolleginnen und Kollegen will ich eingehen - hat sich als Partei des Wettbewerbs aus den Haushaltsberatungen gleich ganz herausgehalten. Sie haben am Wettbewerb der Ideen von vornherein nicht teilgenommen. Das wird weder Sie noch die Kollegen und Kolleginnen der CDU natürlich davon abhalten, gleich wüst zu kritisieren, dass in diesem Haushalt nicht genügend eingespart werde.

Ich möchte hier allerdings sehr deutlich festhalten: Fraktionen, die sich selbst „bürgerlich“ nennen, die keinen einzigen sachdienlichen, konstruktiven Einsparvorschlag machen, haben im Gegenzug das Recht verwirkt, dann auch über

mangelnde Einsparbemühungen der Stadt oder der Ratsmehrheit zu mäkeln und diese zu kritisieren. Das möchte ich Ihnen hier sehr deutlich ins Stammbuch schreiben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Wir von den Fraktionen der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen haben dem unser eigenes Konzept entgegengesetzt, das sich zusammenfasst lässt in den Stichworten „Sozial gerecht sparen - in Zukunftsfähigkeit investieren - Neuverschuldung senken“. Wir haben schon zu Beginn der Debatte gesagt, dass wir mit dem Verwaltungsvorschlag noch nicht ganz einverstanden sind. Das ist normal; kein Haushalt verlässt die parlamentarischen Beratungen so, wie er reingegeben wurde. Wir haben einige Giftzähne gezogen, und wir haben einige Unwuchten beseitigt, die aus unserer Sicht dringend zu beseitigen waren.

Wir haben unser Konzept in erster Linie an den Schwerpunkten Bildung und Familie, soziale Balance und Integration ausgerichtet. Dafür möchte ich einige Beispiele nennen, weil wir doch sehr zufrieden sind mit dem, was wir am Ende an Veränderungen hier erreichen konnten.

Es wird ab dem Schuljahr 2014 1 500 neue Plätze im Offenen Ganztags geben. Schon jetzt sind wir mit einer Quote von 70 Prozent im Landesvergleich führend. Wir werden weithin beneidet um die Quote, die wir haben. Wir werden diese Zahl ab dem übernächsten Schuljahr nochmals deutlich erhöhen können. - Das ist ein Punkt, den wir sehr richtig und vernünftig finden.

Wir haben zweitens die Kürzung der Qualitätsmittel für die Offene Ganztagschule im Primarbereich deutlich reduzieren können. Es sind jetzt noch 1,59 Euro pro Platz und Monat. Das heißt, auch an dieser Stelle wird deutlich, dass wir klar den Schwerpunkt auf Bildung setzen. Ich möchte an dieser Stelle Folgendes kurz erwähnen: Es wird ja oft gefragt: Welchen Sinn hat es eigentlich, dass man sich das Ziel setzt, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden? Die Stadt Köln leistet sich beispielsweise beim Offenen Ganztags im Primarbereich einen freiwilligen Finanzierungsanteil in Höhe von ungefähr einem Drittel der Gesamtkosten. Dies ist uns vonseiten der Kommunalaufsicht nur dann erlaubt, wenn wir eben nicht im Haushaltssicherungskonzept sind. Das ist ein plastisches Beispiel dafür, dass es Sinn macht, Sparanstrengungen auf der einen Seite zu ergreifen, weil sie uns auf der anderen Seite die Freiheit geben, zum Beispiel solche

Qualitätsmittel im Offenen Ganztagsbereich auch tatsächlich weiter freiwillig aus dem kommunalen Haushalt leisten zu können. Deswegen sage ich das hier so deutlich.

Wir haben drittens erreicht, dass die Projekte „Mittagspause PLUS“ und „Übermittagbetreuung“ für Schülerinnen und Schüler übergangsweise weiter finanziert werden können. Wir streben an - nach wie vor im Konsens mit vielen Beteiligten -, dass der gebundene Ganztags von mehr Schulen angenommen wird, damit noch mehr Schülerinnen und Schüler in den Genuss dieser hochwertigen pädagogischen Betreuung kommen. Das geht allerdings nicht so schnell wie von vielen erhofft und geplant. Deswegen brauchen wir länger, als es die Verwaltung vorgesehen hatte, Überbrückungsfinanzierungen für „Mittagspause PLUS“ und die sogenannte Übermittagbetreuung.

Wir haben uns viertens dafür entschieden, den KölnTag in den städtischen Museen weiter zu erhalten. Auch das hatte die Stadtverwaltung anders vorgeschlagen. Wir sind sehr froh, dass wir diese Errungenschaft auch über diesen Haushalt 2013/2014 retten konnten. Die Stadt Köln leistet sich als einzige deutsche Großstadt aus rein kommunalen Mitteln den Unterhalt und Betrieb von neun kommunalen Museen. Das ist ein Kranz von Museen, um den uns viele beneiden. Wir haben übrigens jetzt bei der Auswahl der Spitzenbesetzung des Kulturdezernats wieder gemerkt, mit welchem reichhaltigen Pfund kultureller Angebote wir in Köln wuchern können. Das zahlen die Kölnerinnen und Kölner allerdings aus ihren Steuermitteln. Deswegen ist es uns ganz wichtig, wenigstens einmal im Monat zu dokumentieren: Das, was die Menschen mit ihrem Steuergeld hier unterhalten und betreiben, sollen sie, sozusagen als Eigentümer dieser Institutionen, dann auch tatsächlich kostenlos nutzen können.

Wir haben - das habe ich eben tet - auch im Bereich soziale Balance und Integration einen klaren Schwerpunkt setzen wollen. Deswegen sind wir sehr froh, dass auch der Köln-Pass in diesem Doppelhaushalt weiter bestehen wird und dass auch die Leistungen des Köln-Passes weiter bestehen bleiben können. Die Einschulungsbeihilfe für Köln-Pass-Inhaber, also die Auszahlung an Menschen mit bedürftigem Hintergrund bei Einschulung ihres Kindes, wird es weiter geben. Dass wir dafür sorgen konnten, ist eine Leistung, auf die wir sehr stolz sind.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Kam von den Linken!)

- Na ja, der Köln-Pass ist auf Antrag von SPD und Grünen zustande gekommen, die Einschulungsbeihilfe ist, wenn ich mich recht erinnere, auf Antrag von SPD und Grünen zustande gekommen. Es mag ja sein, dass Sie das alles gut finden, Herr Detjen; dazu sind Sie herzlich eingeladen. Aber mit fremden Federn schmücken sollten Sie sich bitte nicht.

Wir haben es hinbekommen, anders als von der Verwaltung - jedenfalls in der nung - vorgeschlagen, die Bürgerzentren in Köln zu erhalten. Die Leistungen der Bürgerzentren sind uns sehr wichtig. Deswegen haben wir die Kürzungen, die die Stadtverwaltung vorgeschlagen hatte, substanziell reduzieren können.

Zur Integrationsarbeit: Die interkulturellen Zentren können im Wesentlichen so weitermachen, wie es bisher der Fall war. Unter anderem mithilfe des Landes konnten wir auch hier die Kürzungen marginalisieren. Das war uns außerordentlich wichtig. In diesem Bereich will ich noch benennen, dass auch die Sozialraumkoordination erhalten bleibt,

(Beifall bei Teilen der SPD)

richtigerweise künftig mit einer Anbindung an die Bezirke. Aber sie bleibt erhalten, und das ist uns doch ein wichtiges Anliegen gewesen.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lange Rede, kurzer Sinn: Damit haben wir im Kernhaushalt ebendiese Schwerpunktbereiche so umsetzen können, wie wir uns das vorgestellt haben.

Auch in diesem Doppelhaushalt werden wir ohne die Kulturförderabgabe wesentliche Schwerpunkte nicht setzen können. Deswegen werden wir mithilfe der Verwaltung - sie hat insbesondere juristisch daran intensiv gearbeitet - die Kulturförderabgabe auch in diesem Doppelhaushalt wieder an Mitteln einplanen können. Sie ermöglicht es wieder, gezielt in die Schwerpunktbereiche Kultur, Wirtschaftsförderung und Stadtbild zu investieren und sie mit etwa 5 Millionen Euro mehr Mitteln auszustatten. Beispiele aus diesem Bereich: Die Akademie der Künste kann sich weiter etablieren, die freie Szene wird gestärkt, die Tanz-Gastspiele werden gerettet, das Stadtverschönerungsprogramm wird fortgeführt, und auch in diesem Jahr können wieder alle kommunalen Brunnen wieder sprudeln.

Neu aufgenommen schließlich haben wir in diesen Bereich die Ersatzpflanzung von 1 000 Bäumen in der Stadt und Geld für die zügige Umsetzung des Toilettenkonzepts. Wir erwarten hier allerdings auch Qualität; wir erwarten mehr als Dixie-Klos in Grünanlagen. Wir möchten Geld in die Hand nehmen, um tatsächlich zu einem qualitativollen Angebot zu kommen.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Und nur nota bene: Die Kulturförderabgabe ist lange und intensiv kritisiert und beklagt worden. Den Übernachtungszahlen in Köln tut sie keinen Abbruch. Wir eilen nach wie vor von Rekord zu Rekord. Auch das Jahr 2012 war wieder ein Rekordjahr, was die Übernachtungen angeht. Erstmals in der jüngeren Geschichte Kölns - wie es früher war, weiß ich nicht - haben wir die Grenze von 5 Millionen Übernachtungen geknackt. Das ist eindeutig eine Erfolgsgeschichte.

- Jetzt ist mein Saft weg - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Du hast schon 30 Minuten geredet! Das geht jetzt automatisch! Den Rest gibst du einfach zu Protokoll!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Hier auch. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir uns so nicht verständlich machen können, würde ich vorschlagen, eine kurze Pause zu machen,

(Henricus van Benthem [CDU]: Aber die Zeit läuft weiter! - Heiterkeit)

bis der Schaden behoben ist. Das dauert sicher nur einen Augenblick.

(Unterbrechung von 10.46 bis 10.56 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Die Sitzung wird fortgesetzt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Die Grünen sind noch nicht da! Herr Börschel, Ihr Koalitionspartner ist Ihnen abhanden gekommen! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Ich kann es nicht ändern! Soll ich reden?- Jörg Detjen [Die Linke.]: Wir würden Ihnen zuhören! Wenn Sie reden - gerne! - Gegenruf von Susanna dos Santos Hermann [SPD]: Lohnt sich fast immer!)

- Herr Börschel, Sie haben jetzt wieder das Wort. Bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Ich bin sehr froh, dass Sie in der Zwischenzeit nicht schon Herrn Granitzka das Wort gegeben haben. Von daher will ich versuchen, zügig weiterzumachen und ein bisschen Fahrt aufnehmen.

Ich glaube, ich war gerade dabei, Ihnen zu erläutern, dass wir mit unserem Konzept „Sozial gerecht sparen - in Zukunftsfähigkeit ren - Neuverschuldung senken“ auch ein Investitionspaket aufgelegt haben. Insgesamt 13,6 Millionen Euro in beiden Haushaltsjahren stellen wir zur Verbesserung und Sanierung der Verkehrsinfrastruktur in allen Verkehrsträgerbereichen zur Verfügung. Wir wollen in die Aufwertung des linksrheinischen Rheinuferes zwischen Bastei und Hohenzollernbrücke investieren. Wir unterstützen mit einer deutlichen Summe den Masterplan Zoo, um auch diese Einrichtung der Bürgerschaft in Köln weiter attraktiv zu halten und dadurch auch - das will ich bewusst sagen - den Kostendeckungsgrad weiter hochzuhalten.

Die Spielplatzsanierung liegt uns sehr am Herzen. Sie alle wissen, dass eine Menge Spielplätze in Köln nicht in einem guten Zustand sind. Auch da wollen wir gezielt weiter investieren.

Wir wollen auch ein Programm zur Attraktivierung städtischer Plätze auflegen. Im Doppelhaushalt 2013/2014 ist vorgesehen, dass wir zunächst in den drei Stadtbezirken Chorweiler, Porz und Mülheim einen ersten Schwerpunkt setzen.

Dies alles war möglich, und trotzdem ist es uns gelungen, die Neuverschuldung im Jahr 2013 um über 30 Millionen Euro zu senken. Damit haben wir nicht nur das Haushaltssicherungskonzept vermieden - das war auch im Verwaltungsvorschlag so vorgesehen -, sondern auch die Spielräume insgesamt für die Zukunft noch deutlich ausgebaut.

Es ist festzuhalten, dass wir angesichts der sehr schwierigen Gemengelage mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 im Rahmen des Möglichen zufrieden sind. Es war eine schwierige Operation. Aber die Gesamtbalance ist jetzt gegeben, und wir können guten Gewissens diesen Doppelhaushalt so verabschieden.

Natürlich wollen wir bei den eigentlichen Beschlüssen zum Doppelhaushalt 2013/2014 nicht

stehen bleiben; denn wenn wir auf Dauer unsere Handlungsfreiheit erhalten wollen, müssen wir weiter auf dem Weg gehen, sozial gerecht zu sparen, ohne dabei Strukturen zu zerschlagen. Deswegen möchte ich eher mit Blick auf die Zukunft, aber auch mit Bezug auf unseren letzten Haushalt 2012 einige Dinge ansprechen, die mir doch der Betrachtung wert scheinen, wenn wir in den nächsten Monaten und Jahren in weitere Konsolidierungsdebatten gehen.

Das Thema Wirtschaftliche Erziehungshilfe ist schon häufiger angesprochen worden. Die Fallzahlen steigen von Jahr zu Jahr. Etwa 22 000 Euro pro Kind und Jahr wenden wir hierfür auf. Das ist nicht schön. Wir brauchen natürlich die Hilfe für die Kinder in jeder Situation. Aber nach wie vor fehlt uns das Verständnis dafür, dass unsere Stadtverwaltung nicht vehementer, nicht mit mehr Nachdruck darangeht, dieses System so zu modernisieren, dass es den anderen Betreuungsstrukturen, die wir längst haben, Rechnung trägt. Ob in Kindergärten, in der Grundschule, in den weiterführenden Schulen: Immer mehr haben wir Systeme, in denen Kinder im Ganztage betreut werden. Das muss sich auch mit Blick auf Kostensenkungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe deutlicher niederschlagen. Deswegen erwarten wir, dass die Stadtverwaltung deutlicher herangeht, als sie es in der Vergangenheit getan hat.

Auch über die Standards haben wir schon mehrfach gesprochen. An vielen Stellen in Köln gehen wir über rein gesetzliche Standards hinaus. Das ist hier längst kein Geheimnis mehr. Wir sind uns in der kritischen Betrachtung des Ganzen, glaube ich, über Parteigrenzen hinweg hier im Rat einig. Passiert an der Stelle ist aber noch zu wenig. Deswegen möchte ich mit Nachdruck dafür werben und darum bitten, dass die Stadtverwaltung uns bei den Standards im Bau, aber auch in anderen Bereichen endlich Vorschläge dafür macht, wie wir mit Blick auf nachhaltige Kosteneinsparungen die Standards so anpassen, dass sie langfristig sinnvoll und notwendig sind.

Dasselbe gilt für das Thema Denkmalschutz. Auch das haben wir mehrfach besprochen. Allein 86 Schulen in Köln stehen unter Denkmalschutz. Wir waren uns einig, dass die kulturell enorm wichtige Bewahrung unseres baulichen Erbes ein hohes Gut ist; aber wir waren uns auch einig, dass es kein absolutes Gut ist, erst recht, wenn man sparen und konsolidieren muss. Deswegen soll die Stadtverwaltung von unserer Seite aus ermuntert und ermutigt werden, das Thema Denkmalschutz auf Basis der bisherigen Rechtslage so anzugehen, dass wir in Zukunft eine ver-

nünftige Handhabung haben. Ich will hier nur an zwei Beispiele erinnern, nämlich das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum der Fachhochschule Köln und das Kurienhaus des Erzbistums am Roncalliplatz. An diesen beiden Beispielen zeigt sich: Manchmal verselbstständigt sich Denkmalschutz, ohne dass es in der Sache wirklich angemessen ist. Da müssen wir nach unserer festen Überzeugung ran.

Wir haben vor etwa eineinhalb Jahren auch das Thema Gebäudewirtschaft hier im Rat zum Thema hat. Es gibt einen Prüfauftrag, der seitdem in der Bearbeitung ist. Wir wollen uns dringend damit beschäftigen, welche Doppelstrukturen und welche enorm hohen Kosten wir durch dieses Vermieter-Mieter-Verhältnis und die rein interne Leistungsverrechnung innerhalb der Stadt haben, die aber vermeidbar wären. Wir möchten uns damit beschäftigen, ob es nicht zum Beispiel im Bereich des Schulbaus doppelte Personalstrukturen schon allein dadurch gibt, dass bei der Bedarfsermittlung und -planung sowohl bei der Verwaltung als auch bei der Gebäudewirtschaft im Grunde dieselbe Arbeit zweimal gemacht wird. Das sind Punkte, da müssen wir ran. Die Abläufe sind komplex, sie sind teuer. Deswegen erwarten wir - auch das möchte ich mit deutlichem Nachdruck an die Stadtverwaltung sagen -, dass unser Prüfauftrag in absehbarer Zeit so abgearbeitet wird, dass wir auch wirklich belastbare Ergebnisse haben. Ich glaube, im Erfolg der Gebäudewirtschaft, sowohl baulich-inhaltlich als auch finanziell, steckt schon eine Menge an Zukunftsfähigkeit unseres Haushalts.

Im Namen der SPD-Fraktion möchte ich weiterhin anregen, auch unsere Rechnungsprüfungsordnung noch einmal einer genauen Betrachtung zu unterziehen. Wir haben - das sage ich absolut selbstkritisch und im Kontext der jeweiligen Zeit verstehend - die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes weit über § 103 der Gemeindeordnung hinaus ausgedehnt. Es gibt erhebliche Vorprüfungen, die über das gesetzliche Standardmaß hinausgehen. Das mag sinnvoll sein. Die Frage ist: Ist das zwingend? Und: Macht es in der heutigen Situation, wo es darum geht, Verfahren zu beschleunigen, wirklich absoluten Sinn? Sollten wir nicht überlegen, unsere Rechnungsprüfungsordnung dahin gehend umzubauen, dass eher nachlaufende Prüfungen erfolgen, dass also jede Dienststelle in dieser Stadt zu jeder Zeit damit rechnen muss, dass ihre Vorgänge geprüft werden, und zwar auf Herz und Nieren? Ist es wirklich erforderlich, dass jeder Vorgang vorher alle Stufen der Prüfung durchläuft? Wir glauben, das sollte man überdenken, insbe-

sondere auch deshalb, weil wir dann beim RPA Kapazitäten freiziehen, die uns bei den wirklich großen Projekten, beispielsweise bei den Bauprojekten, wirklich so zu unterstützen, wie das RPA das jetzt schon nach Kräften versucht, aber eben noch nicht mit der notwendigen Konzentration, wie sie der Sache eigentlich angemessen wäre.

Manchmal ist auch Verzicht eine wichtige Entscheidung. Wir haben im letzten Haushalt entschieden, das Rote Haus am Alter Markt nicht mit städtischen Mitteln wiederaufzubauen. Ich glaube, die Ereignisse der letzten Monate haben uns hier recht gegeben. Ich bin sehr froh, dass die Koalition von SPD und Grünen damals diesen vernünftigen Kompromiss miteinander finden und schließen konnte. Wir haben nämlich mit dem jetzt von uns gemeinsam initiierten Bieterverfahren die Chance, den städtischen Haushalt erheblich zu entlasten und trotzdem eine städtebaulich ansprechende und gute Lösung zu bekommen. Da zeigt sich, glaube ich, einmal mehr: Wenn man wirklich gezielt und intelligent verzichtet, kann man am Ende auch gute Ergebnisse bekommen. Das Rote Haus ist ein Beleg dafür.

Auch zur Bundesgartenschau will ich noch einen Gedanken vortragen. Wir waren uns ja hier im Rat einig - deswegen haben wir die Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben -, dass die Bundesgartenschau eine tolle Attraktion für Köln wäre. Solange und soweit wir aber ein Kostenrisiko von etwa 100 Millionen Euro tragen müssen, das sich durch den Zeitdruck des Jahres 2025 ergibt - das treibt natürlich die Grundstückspreise entsprechend nach oben; Stichwort Altlastenproblematik -, halten wir es unter Abwägung aller Umstände schweren Herzens am Ende für richtig, auf die Bewerbung um Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2025 zu verzichten. Unsere Rückendeckung hätte die Verwaltung.

Wir werden heute Nachmittag über das Historische Archiv sprechen. Das Thema möchte ich, weil es erst in der Perspektive haushaltsrelevant wird, nur kurz streifen. Es ist richtig, unser Historisches Archiv so schnell wie möglich neu zu bauen, aber wir müssen die Kosten dafür kritisch im Blick behalten. 100 Millionen Euro auf der Grundlage der bisherigen Planungen sind einfach zu viel. Davon müssen wir runter. Deswegen werden wir in der Ratssitzung heute Nachmittag auch die notwendigen Beschlüsse dazu fassen.

Zum Thema Archäologische Zone und Haus der jüdischen Kultur: Hier - das kann ich sagen - bin ich im Vergleich zur letzten Haushaltssitzung er-

hebeln optimistischer. Es ist uns nämlich gelungen, mit dem Landschaftsverband Rheinland eine tragfähige Grundlage zur Übernahme der Betriebskosten zu verabreden. Sie erinnern sich vielleicht: Ich hatte für die SPD-Fraktion angekündigt, dass wir uns, sollte das nicht gelingen, dafür entscheiden würden, das Projekt der nächsten Generation zu überlassen. An dieser Stelle deswegen noch einmal unser ganz herzlicher Dank an alle Verantwortlichen beim Landschaftsverband Rheinland, dass sie dieses beeindruckende historische Projekt für das Rheinland mit realisieren wollen. Nur so geht es. Nur mit der dauerhaften Kostenübernahme durch den LVR haben wir die Chance. Deswegen sind wir davon auch rundum überzeugt.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass ich von den ersten Äußerungen des neuen Projektleiters, Herrn Dr. Trier, in den Medien sehr beeindruckt war: klar im Ziel, konzentriert auf das Wesentliche, mit Sinn für eine baldige Realisierung. Ich glaube, so wie er das jetzt anlegt, kommen wir dem Ziel gut näher. Deswegen kann ich ankündigen, dass wir selbstverständlich auch weiterhin mit dem Land darüber reden werden, ob es sich nicht deutlicher als bisher zugesagt engagieren kann.

Das Thema Wohnungspolitik darf in der Perspektive keinesfalls fehlen. Wir müssen uns in der Wohnungspolitik erheblich mehr anstrengen. Jeder weiß: Solange die Zinsen so historisch niedrig sind wie in den letzten Jahren, stoßen die bekannten Förderinstrumente einfach an ihre Grenzen. Das Land gibt mittlerweile ab dem Jahr 2013 Darlehen aus mit einer Zinsbelastung von 0 Prozent; nur ein paar Gebühren kommen obendrauf. Damit ist das Pulver verschossen. Weiter runter geht es nicht. Das heißt, wir müssen uns überlegen: Was können wir von städtischer Seite tun, um das noch zu arrondieren? Auch in Köln müssen wir deswegen unser Wohnungsbauförderungsprogramm so umgestalten, dass es auch angenommen werden kann. Das war im vergangenen Jahr leider nicht so. Wir müssen unsere Wohnungsbaugesellschaft GAG noch konsequenter darauf verpflichten, wieder mehr zu bauen. Wir brauchen endlich auch unser kooperatives Baulandmodell. Da möchte ich insbesondere den Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP zurufen: Was selbst in Düsseldorf bei einer schwarz-gelben Mehrheit geht, sollte uns hier nicht schrecken! Insofern macht es Sinn, das jetzt so schnell wie möglich anzugehen.

(Beifall bei Teilen der SPD - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Hoffentlich klappt es überhaupt!)

Vor allem aber brauchen wir mehr baureife Grundstücke; denn bei aller Notwendigkeit, Gewerbeflächen oder auch Friedhoferweiterungsflächen vorzuhalten: Wir müssen uns darauf konzentrieren, mehr für den Wohnungsbau zu tun.

Wichtig für die Zukunft ist auch, unser Verkehrskonzept zu modernisieren. Wir brauchen in Köln ein neues Gesamtverkehrskonzept; denn das Mobilitätsverhalten der Menschen ändert sich. Es gibt einen eindeutigen Trend hin zum öffentlichen Nahverkehr und zum Fahrradfahren. Deswegen muss für beide Verkehrsnutzungen in Zukunft deutlich mehr getan werden, damit wir bei einer insgesamt wachsenden Stadt, aber einem nicht mitwachsenden Stadtraum nicht dem Verkehrskollaps entgegensehen. Im Zentrum muss dabei selbstverständlich unser Mobilitätsunternehmen KVB stehen. Es muss sich weiterentwickeln zum modernen Mobilitätsunternehmen. Es muss unter seiner Regie die Verkehrsträger besser vernetzen. Deswegen ist unsere These, dass selbstverständlich auch Fahrradverleihsysteme oder Carsharing aus Sicht der KVB kein Tabu sein sollten. Vielmehr sollte die KVB im Sinne eines Gesamtverkehrskonzepts und im Sinne einer Vernetzung an dieser Stelle mehr tun als in der Vergangenheit. Ich will Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dafür danken, dass Sie jetzt eine Expertengruppe eingesetzt haben, die das Thema Mobilität bearbeiten wird.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wenn wir schon beim Thema Verkehr sind, muss, da wir das jetzt auf die Tagesordnung genommen haben, selbstverständlich auch das Thema „Teilbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn“ erwähnt werden. Herr Oberbürgermeister und Frau Stadtkämmerin Klug haben vorgeschlagen, wegen der damit verbundenen Kosten auf die Teilbetriebnahme zu verzichten, und zwar vor dem Hintergrund, dass diesem enormen Kostenblock ein angemessener Verkehrsnutzen nicht gegenübersteht.

Warum ist das so? Das ist eine Situation, für die niemand hier im Rat etwas kann und die niemand hier im Rat herbeigeführt hat. Das Historische Archiv ist eingestürzt verbunden mit all den schrecklichen Folgen. Zu diesen Folgen gehört leider auch - so sehr wir uns wünschen, dass es anders wäre -, dass der eigentliche Verkehrswert dieser Nord-Süd-Bahn so lange nicht erreicht

werden kann, wie die Anbindung an den Innentunnel nicht möglich ist. Wenn wir aber einen großen zweistelligen Millionenbetrag einsetzen müssen, um für einen geringen Verkehrswert sozusagen eine Süd-Süd-Pendellinie zu haben, dann ist es zwingend, dass wir uns in Zeiten wie diesen fragen: Ist es nicht richtiger, mit der Summe, die man dafür aufbringen müsste, Alternativen umzusetzen, die im gesamtstädtischen Interesse höher anzusiedeln sind, die für die gesamtstädtischen Verkehrserfordernisse wichtiger sind?

(Zuruf von der FDP: In Porz!)

Wir haben uns dafür entschieden, diesem Symbol der Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn praktische Verbesserungen gegenüberzustellen. Wir haben bereits in der letzten Ratssitzung beschlossen, dass die IG Severinstraße durch Weiterfinanzierung des Veedelmanners mit einem eigenen Budget Unterstützung bekommt. Wir haben beschlossen, dass die Stadt den Institutionen und Vereinen in der Südstadt bei ihrem Revitalisierungskatalog deutliche Unterstützung zuteilwerden lassen soll. Das hat die Stadtverwaltung auch zugesagt.

Wir glauben, wir brauchen Investitionen in unsere marode Verkehrsinfrastruktur insgesamt, also in Straßen, Fahrradwege und Plätze. Und wir glauben, wir sollten unsere Angebotsstruktur im öffentlichen Nahverkehr der KVB insgesamt so ausbauen, dass es zu einem tatsächlichen Verkehrswert kommt.

Die Verlängerung der Linie 7 bis Porz-Zündorf steht seit vielen Jahren auf der Agenda des Rates ganz oben - jedenfalls bei der sozialdemokratischen Fraktion -, um zu dokumentieren: Diese Verlängerung ist einer der großen Linienschlüsse, die jetzt noch erforderlich sind, um auf der einen Seite die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs als solche zu erhöhen, aber um auf der anderen Seite die Voraussetzungen zu schaffen, dass das andere eben angesprochene Thema endlich einen deutlichen Schub bekommt, nämlich Wohnbauflächen auszuweisen. Nur dann - das hatten wir ja immer versprochen -, wenn die Verkehrsinfrastruktur stimmt, darf man auch entsprechend größere Wohnbauflächen ausweisen. Im Flächennutzungsplan gibt es sie bereits. Wir erwarten deswegen, dass, wenn die KVB, nachdem sie in einem beschleunigten Verfahren, natürlich unter Wahrung der Zuschussmöglichkeiten der Zuschussgeber, jetzt an die Realisierung der Verlängerung der Linie 7 geht, dann auch zügig die Aufstellung eines Bebauungsplans erfolgt, um über die notwendigen Um-

lageverfahren an der neu zu realisierenden Verlängerungsstrecke der Linie 7 auch Wohnungsbau zu realisieren.

Anhand dieses Beispiel lässt, glaube ich, sehr gut dokumentieren, dass wir auf der einen Seite in einen gesamtstädtischen Verkehrswert investieren müssen, um durch diese Investitionen auf der anderen Seite im Bereich Wohnungspolitik einen großen Schritt weiter kommen, und das auch noch mit preiswertem, öffentlich geförderten Wohnungsbau. Das ist aus unserer Sicht eine Abwägung, die dem standhalten kann und wo wir sagen: Aus gesamtstädtischen Gründen macht das mehr Sinn als das zwar wichtige, am Ende aber doch nur bloße Symbol einer Teilinbetriebnahme.

Ich will hier offen sagen - das ist ja bekannt -, dass SPD und Grüne beim Thema Teilinbetriebnahme unterschiedlicher Meinungen sind. Das kommt in den besten Familien vor, auch in einer Koalition. Ich bin aber sehr froh, dass es trotz dieser Kontroverse in der Sache gelungen ist, in den Grundlinien, in den langen Entwicklungen große Einigkeit zu erzielen und zu sagen: Wir wollen in die Verkehrsinfrastruktur investieren, vor allem in den öffentlichen Nahverkehr, und wir wollen möglich machen, dass endlich Wohnungsbau wieder deutlicher in den Vordergrund rückt, als es in der Vergangenheit der Fall war. Insofern will ich meinen allergrößten Respekt ausdrücken. Es ist immer schwierig, wenn zwei Partner in einer Grundfrage auseinander sind. Aber wir haben im gegenseitigen Respekt unsere Positionen gegeneinander abgewogen. Wir sind da nicht einer Meinung, kommen aber in der langen Linie zusammen, nämlich in der langen Linie dessen, was für Köln wichtig ist. Und das ist, glaube ich, doch der Erwähnung wert. Deswegen will ich das ausdrücklich auch mit Dank an die grüne Fraktion hier so sagen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Haushaltsrede kann in diesen Zeiten selbstverständlich ohne ein Ceterum censeo nicht auskommen. Die Kommunen sind nicht das Kellergeschoss unseres Gemeinwesens, sondern die Basis. Wir werden aber so behandelt, als wären wir das Kellergeschoss unseres Gemeinwesens, und zwar in aller Regel von der Bundespolitik - und dies, wenn auch in Nuancen unterschiedlich, über die Parteigrenzen hinweg. Ohne eine Lösung der Sozialkostenproblematik ist die kommunale Haushaltskrise allerdings nicht zu lösen. Da hat zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer in ihrem Anschreiben zum heutigen Haushalt völ-

lig recht. Weitere Sozialkosten müssen vom Bund übernommen werden, weil sie gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind und nichts mit den Kommunen zu tun haben.

An dieser Stelle will ich deswegen auch noch einmal erwähnen: Es muss Schluss sein damit, dass wir in Köln Jahr für Jahr fast 80 Millionen Euro - schuldenfinanziert - Einzahlungen in den Solidarpakt Ost leisten müssen. Mit dem Auslaufen des Solidarpakts Ost im Jahr 2019 muss wir dieses Konstrukt beendet und durch eine Förderung nach Bedürftigkeit und nicht nach Himmelsrichtung ersetzt werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Wir als Kommune stehen sozusagen am Ende der Fresskette des Föderalismus. Deswegen müssen wir uns als Kommune gerade im Jahr einer Bundestagswahl, wo alle Parteien ihre Profile schärfen und mit ihren Programmen vor die Bürgerinnen und Bürger treten, über alle Parteigrenzen hinweg unterhaken und ganz deutlich sagen: Lieber Bund - er vor allem -, liebes Land, liebe Länder - das müssen wir selbstverständlich allen gleichermaßen sagen -, es geht nicht so weiter wie bisher. Wir brauchen eine finanzielle Ausstattung, die dem genügt, was wir hier tatsächlich an Infrastrukturleistungen vorhalten und anbieten.

Es muss Schluss sein, dass die da oben versprechen und wir müssen es hier halten. Ich nenne nur das Beispiel „Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz“. Das ist ein wichtiges gesellschaftliches Ziel. Der Bund, alle Politikerinnen und Politiker im Bund, lassen sich feiern für dieses Versprechen. Wir Kommunalen aber werden verprügelt, wenn es bei der Erfüllung dieses Versprechens Probleme gibt. Wir wissen doch hier längst, dass all das, was an Berechnungsgrundlagen für die finanziellen Folgen herangezogen wird, vielleicht den bundesweiten Durchschnitt abbildet, aber hier in der Stadt Köln nicht im Entferntesten ausreicht. 32 Prozent der Quote in der U 3 oder - wir sehen es jetzt - 70 Prozent der Quote im Offenen Ganztage reichen in Köln hinten und vorne nicht. Die Befriedigung von Bedarf führt zu weiterem Bedarf. Das heißt, wir werden im Offenen Ganztage irgendwann an die 100 Prozent herankommen und in der U-3-Betreuung weit, weit über 40 Prozent liegen. Das schaffen wir nicht alleine. Deswegen muss es ein klares Signal vonseiten des Rates der Stadt Köln an den Bund geben: Hilf uns dabei! Wir wollen dieses gesellschaftliche Ziel erfüllen. Wir wollen

das, wir werden das auch schaffen. Aber ohne Hilfe des Bundes geht es nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will mit dem Ausblick schließen. Köln wächst. Aber Wachstum ist kein Selbstzweck und als solches nicht positiv. Natürlich stecken im Wachstum unserer Stadt immense Chancen. Wir bleiben jünger und bunter als der Durchschnitt Deutschlands. Aber um aus diesen immensen Chancen auch wirklich reale positive Effekte zu machen, müssen wir uns enorm anstrengen. Wir müssen die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Wir müssen auch attraktiv für Unternehmen, für Familien und für Leistungsträger sein. Denn die Kosten und Lasten des Wachstums stemmen wir nur, wir gestalten das Wachstum nur positiv, wenn wir auch attraktiv für Unternehmen sind. Unternehmen schaffen da Arbeitsplätze, wo die Infrastruktur in Ordnung ist, wo Familien genügend Arbeitsplätze und die Unternehmen genügend Arbeitskräfte finden. Da werden Bildung, Betreuung, die Höhe der Elternbeiträge, Kultur, Stadtbild und Lebensqualität selbst zu Standortfaktoren. Deswegen - das ist unsere feste Überzeugung - müssen wir investieren, um Köln zu attraktivieren.

Dabei dürfen wir die Bereiche nicht gegeneinander schieben; denn schwierig war die Finanzsituation auch schon vor Jahren und Jahrzehnten. Stellen Sie sich mal vor, wir stünden heute vor der Entscheidung, das Museum Ludwig oder die Philharmonie zu bauen! Das wäre immens schwer; wir würden mit vielen Widerständen in der Stadtgesellschaft zu kämpfen haben. Trotzdem wäre es heute eine ebenso richtige Entscheidung, wie es damals eine richtige Entscheidung war. Deswegen ist es heute eine ebenso richtige Entscheidung, beispielsweise den Rheinboulevard zu bauen, die Flora zu sanieren oder die Archäologische Zone zu realisieren. All dies sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Wir dürfen hier keine Käseglocke drüberlegen, sondern müssen auf jeden Fall die Stadt weiter attraktivieren.

Deswegen möchte ich mit dem Appell schließen: Lassen Sie uns gemeinsam weiter an der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt arbeiten! Die Betonung liegt auf „gemeinsam“. Denn es ist die Verpflichtung unserer Generation, Köln weiterzuentwickeln und bei allem Sparen auch in Zukunftsfähigkeit investieren. Das wollen wir mit Ihnen gemeinsam erreichen. Dann macht Kommunalpolitik auch Spaß und Freude. In diesem

Sinne freue ich mich auf die Beratungen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Dann kommen wir zu Herrn Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Vielleicht kennen Sie noch den Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“,

(Martin Börschel [SPD]: Da hat die CDU Regie geführt!)

ein Film, in dem ein Reporter immer wieder denselben Tag erlebt. Ich fühle mich heute genauso. Vor knapp einem Jahr haben wir über den Haushalt 2012 diskutiert. In Ihrem Entwurf, Herr Oberbürgermeister, haben Sie vollmundig ein Sanierungsverfahren für den Kölner Haushalt angekündigt. Zudem versprochen Sie - ich zitiere -: „Der Kurs der Haushaltskonsolidierung wird konsequent fortgesetzt.“ Dieser Kurs sah allerdings schon damals so aus, dass wir über den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung mit einem durchschnittlichen jährlichen Defizit von 250 Millionen Euro planten, eine Lücke, die jeweils durch Griff in die Rücklagen gedeckt werden sollte und für die Jahre 2012 bis 2015 einen Verzehr des städtischen Vermögens von sage und schreibe 1 Milliarde Euro bedeutete.

Lieber Herr Börschel, die Zustimmung der SPD-Fraktion zum damaligen Haushalt haben Sie davon abhängig gemacht, dass wir den städtischen Haushalt dann ab 2013 - also jetzt - tatsächlich durch tiefe Einschnitte konsolidieren. Hat der Oberbürgermeister sich an Ihre Vorgaben gehalten? Nein.

(Martin Börschel [SPD]: 30 Millionen!)

Herr Börschel, ich darf Sie daran erinnern - Sie haben uns ja vorgeworfen, wir hätten keine eigenen Vorschläge gemacht -, dass wir bereits im Vorfeld zum Haushalt 2012 18 konkrete Vorschläge, und zwar eigene Vorschläge und nicht die irgendwelcher Bürger, gemacht haben, die dazu führten, dass sie in der Verwaltung geprüft werden sollten. Ich greife nur einen heraus, nämlich die Reduzierung der Bezirke bei gleichzeitiger Stärkung ihrer Zuständigkeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Das war ein Prüfauftrag! Wo ist denn der Antrag?)

Was ist daraus geworden? Es wird geprüft, es wird geprüft, es kommt nichts, oder aber - darauf komme ich noch zurück - es wird gesagt: Ja, das kann man alles machen. Aber Zahlen, Daten, Fakten - nichts, gar nichts! Deswegen sage ich: Wir haben unsere Vorschläge gemacht. Wir haben keine Lust, das wie ein Mantra zu wiederholen, weil Sie es ja dann doch in Ihren rot-grünen Mühlen zermahlen.

Heute sollen wir nun den Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2017 beschließen. Im September haben Sie, Herr Oberbürgermeister, angekündigt, dass im Haushaltsplanentwurf 2013/2014 - ich zitiere Sie - „die Grenze von 4,5 Prozent bei der Entnahme aus den allgemeinen Rücklagen nicht überschritten und ein Sanierungskorridor entwickelt“ werde. Haben Sie gehalten, was Sie angekündigt haben? Nein.

In Ihrer Vorlage, in Ihrem Haushaltsplanentwurf 2013 bis 2017 stehen Quoten für die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 5,51 Prozent, 4,66 Prozent, 5,03 Prozent, 4,72 Prozent und 4,95 Prozent. Sie schaffen es also nicht in einem einzigen Jahr, Ihr Versprechen einzulösen - und das, obwohl Sie nicht davor zurückgeschreckt sind, eine Sparliste zu präsentieren, der Herr Börschel die Giftzähne ziehen wollte, die eine soziale Schieflage durchaus in Kauf nahm. Einerseits wollten Sie das Mittagessen für bedürftige Schüler streichen, Seniorennetzwerke kappen und Erstklässler wegen der nicht ausreichenden Plätze im Offenen Ganztage - wir haben Tausende von Mails bekommen und Demonstrationen dazu erlebt - nach Schulschluss sozusagen im Regen stehen lassen, andererseits aber ein hochgelobtes neues Museum bauen, das rund 60 Millionen Euro kosten wird. Das passt nicht überein.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit denen ihr alle eure Wünsche deckt!)

Aber: Bringt diese Giftliste Sie in Ihrem erklärten Konsolidierungsziel näher? Nein. Der Haushaltsplanentwurf sieht bis 2017 rund 1,25 Milliarden Euro Verbrauch aus der Rücklage vor. Das sind - es begegnet uns wieder eine alte Bekannte - durchschnittlich pro Jahr 250 Millionen Euro, wie schon 2012 geplant. Wo ist der angekündigte Sanierungskorridor, Herr Oberbürgermeister? Nichts ist zu sehen. Ich sage: Sie verpulvern das Geld der zukünftigen Generationen.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir nun zu den Konsolidierungsbemühungen von Rot-Grün. Ich muss feststellen: Sie sind für uns nicht erkennbar.

(Martin Börschel [SPD]: Macht doch selber welche!)

Im Gegenteil: Frei nach der alten Volksweisheit: „Wenn du denkst, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo ein Lichtlein her“,

(Martin Börschel [SPD]: Das hat dich schon im Kinderbett getröstet!)

fällt plötzlich Manna vom rot-grünen Finanzhimmel: 5 Millionen Euro von der GAG, 10 Millionen Euro vom Stadtwerke Konzern, 20 Millionen vom Land. Wie passend, dass sich mit diesem Geld ein paar Giftzähne - ich zitiere Herrn schel - aus der Vorlage des Oberbürgermeisters ziehen lassen, unangenehme Sparvorschläge desselben vor der anstehenden Kommunalwahl sich glätten lassen und auch noch ein wenig für die Kasse übrig bleibt.

(Martin Börschel [SPD]: 30 Millionen bleiben übrig!)

Wohl gemerkt, meine Damen und Herren: Es handelt sich um Einmalzahlungen, die einen kosmetischen Eingriff für 2013 und 2014 erlauben, aber nicht mehr. Herr Börschel, ist das der angekündigte Sparhammer, von dem Sie gesprochen haben? Wir sehen das nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Wir haben die Neuverschuldung um 30 Millionen gesenkt! Ist doch gut!)

Mit systematischen Sparbemühungen und einer nachhaltigen Haushaltspolitik hat dies nichts zu tun. Aber unser lieber Kollege Bacher - das meine ich ehrlich, lieber Götz - hat deutlich gemacht, wie Sie selbst mit den Sparvorschlägen der Kölnerinnen und Kölner umgehen, nämlich mit der Pappnas im Gesicht.

Was lernen wir also für 2013 bis 2017, meine Damen und Herren? Konsolidierung angekündigt, leider wieder vertagt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte darauf verzichten, auch im Interesse von Zeitersparnis, auf die einzelnen Ankündigungen, die Sie gerade gemacht haben, zu Straßenbäumen, Fahrradverleih der KVB oder anderen wichtigen Dingen einzugehen. Nachher wird mein Kollege Karsten Möring im Rahmen

der uns zur Verfügung stehenden Redezeit sicherlich darauf eingehen. Wir freuen uns wirklich, dass wir heute gemeinsam etwas für die Kölnerinnen und Kölner machen können - Sie haben es eben ausgeführt -, nämlich Straßensanierung sowie Verkehrsinfrastrukturverbesserung auf breiter Front. Kollege Karsten Möring wird gleich dazu Ausführungen machen.

Bevor ich zu den Positionen der CDU-Fraktion zum Haushalt komme, erlauben Sie mir bitte noch einige grundsätzliche Gedanken. Bei aller Kritik, die wir zu äußern haben, an der Kämmerin insbesondere und am Oberbürgermeister, der Sie nicht angetrieben hat, ein wirkliches Konsolidierungspaket zu schnüren, dürfen wir nicht vergessen, dass wir es sind, wir, die Ratsmitglieder, die den Haushalt beschließen und damit die Verantwortung für die Finanzverwaltung und Finanzplanung in dieser Stadt tragen. Doch können wir diese Verantwortung wirklich wahrnehmen? Ich sage leider auch hier: Nein.

Ich möchte das gerne begründen. Für den heute zu beschließenden Doppelhaushalt fehlen uns schlicht die notwendigen Grundlagen. Die Regierungspräsidentin, die, wie Sie wissen, nicht meiner Partei angehört, hat unlängst darauf aufmerksam gemacht, dass bei Kommunen, die seit mehreren Jahren keine festgestellten Haushaltsbeschlüsse vorgelegt haben, man nicht mehr von einer geordneten Haushaltswirtschaft ausgehen darf.

(Beifall bei CDU sowie bei Teilen der FDP)

Was müssen wir erneut feststellen? Im Finanzausschuss, aber auch schon vorher hat unser finanzpolitischer Experte Karl Klipper wiederholt darauf hingewiesen. Die Kämmerin hat uns bis heute nicht die festgelegten Jahresabschlüsse für die Jahre 2008, 2009, 2010, 2011 und 2012 vorgelegt.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dazu hat sie doch gestern Stellung genommen! Kalter Kaffee!)

Ich sage mal: Die Menschen, die in der Wirtschaft arbeiten, die jedes Jahr bis zum April Rechnung legen müssen über das vergangene Jahr, können überhaupt nicht verstehen, wie man so was machen kann, dann aber einen Haushalt für die kommenden Jahre aufsetzt. Die haben überhaupt kein Verständnis dafür.

(Beifall bei der CDU sowie bei Teilen der FDP)

Ich sage: Wir können diese Verantwortung so nicht übernehmen. Hinzu kommt, dass die Kämmerin in der Finanzierungsrechnung für das Jahr 2012 die angekündigte Verschlechterung von 96 Millionen Euro verkünden musste. Wenn das geplant gewesen wäre, meine Damen und Herren, wären wir jetzt schon im Haushaltssicherungsbetrieb. Also: Wir müssen noch tiefer in die Rücklage greifen. Nach den Planungen der Verwaltung wären für 2012 eine Entnahme von 5,5 Prozent im Ist und im Soll für 2013 erneut 5,5 Prozent gewesen. Damit wäre die Schwelle zum Haushaltssicherungskonzept klar gerissen worden.

Auch wenn Rot-Grün - das kann ich verstehen; ich hätte mich da sicherlich auch sehr müht - durch das erwähnte Manna von der GAG und dem Stadtwerke Konzern den Entnahmebetrag für 2013 auf sage und schreibe 4,93 Prozent gesenkt hat: Da braucht doch nur die Konjunktur Schnupfen zu bekommen oder die Zinsen etwas zu steigen, dann sind Sie doch wieder über 5,0 Prozent. Von Sanierungskorridor, Herr Oberbürgermeister, sehe ich da überhaupt nichts.

(Beifall bei der CDU)

Last but not least: Die Kämmerin und der Oberbürgermeister gehen von einer linearen Einnahmeverbesserung für unsere Stadt von jährlich 3 Prozent aus.

(Zuruf von der CDU: Hört! Hört!)

Wo nehmen Sie diese Zahlen her, meine Damen und Herren?

(Zurufe von der SPD)

Die wirtschaftlichen Erwartungen der deutschen Unternehmen brechen nach derzeitigen Zeitungsberichten drastisch ein. Wir sagen: Diese Annahme ist schlicht zu optimistisch, und zwar deshalb, damit Sie mit Ihren Zahlen überhaupt klarkommen. Das bringt uns einer wirklichen Haushaltskonsolidierung überhaupt nicht näher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sagen: Eine Kurswende, eine wirkliche Kurswende ist überfällig für unsere Stadt; denn wir müssen sie wieder in sicheres finanzielles Fahrwasser manövrieren. Die CDU-Fraktion steht für eine nachhaltige Finanzwirtschaft und hat dies in den letzten Monaten durch die eben erwähnten Sparvorschläge deutlich gemacht.

Es gab auch auf Ihrer Seite durchaus positive Entwicklungen. Sie, Frau Moritz, ließen andeu-

ten, dass sich die Grünen mit einem unserer Sparvorschläge, nämlich dem Verzicht auf ein zusätzliches beitragsfreies Kindergartenhalbjahr, durchaus anfreunden könnten, leider nur ein Reflex, der dann schnell dem Koalitionsfrieden wieder geopfert wurde.

Auch Sie, Herr Oberbürgermeister, greifen - ich habe es eben schon erwähnt - die Sparvorschläge aus dem Gedankengut der CDU-Fraktion auf. Ich darf auf die angekündigte Neustrukturierung der Bezirksamter verweisen, ein wunderbares Beispiel, das aber wieder die Schwäche beinhaltet, nämlich ein Stehenbleiben auf halbem Weg. Wir hatten vorgeschlagen, bei gleichzeitiger Aufwertung der Bezirke deren Anzahl zu verringern. Zu dem entsprechenden Sparvorschlag aus dem letzten Jahr gibt es inzwischen wortreiche Ausführungen der Verwaltung; aber harte Zahlen, Fakten und Daten werden uns nicht vorgelegt, sodass wir überhaupt nicht weiter darüber entscheiden können. Das gilt für andere Sparvorschläge ganz genauso. Das nährt die Befürchtung, dass die Sparvorschläge, die wir gemacht haben, nach und nach in den rot-grünen Mühlen zermahlen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte dennoch sagen, dass wir auch weiterhin bereit sind, uns an den Sparbemühungen dieser Stadt konstruktiv zu beteiligen; da werden wir uns nicht verweigern. Aber wir müssen dann auch wirklich echte Konsolidierungsbemühungen sehen. Der zur Abstimmung stehende Haushaltsplanentwurf für 2013/2014 erfüllt diese Anforderungen jedenfalls nicht.

Schließen möchte ich mit einem Zitat aus der aktuellen Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer zu Köln zum Doppelhaushalt. Ich stimme Herrn Börschel völlig zu: Die Damen und Herren, die das geschrieben haben, haben recht. Ich zitiere:

Allerdings scheint es uns so, als wenn Rat und Verwaltung derzeit lediglich die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts bzw. eines Nothaushalts als Ziel aller ihrer Bemühungen ansehen. Eine fundierte Strategie zur Überwindung der gegenwärtigen Krise und zur Wiedergewinnung des finanziellen Freiraums für kommunalpolitische Entscheidungen ist leider nicht erkennbar.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören und bitte jetzt Karsten Möring, in der uns zur Verfügung ste-

henden restlichen Zeit zu sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Bitte schön, Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist vielleicht nicht der Normalfall, aber es ist der Situation geschuldet, dass wir diesmal die Redezeit ausnutzen, indem wir sie thematisch und personell aufsplitten. Das hat einen ganz konkreten Grund; er liegt einfach in der Natur der Sache.

Als der Herr Oberbürgermeister im Sommer letzten Jahres uns eine Vorlage der Verwaltung vorgelegt hat, die vorsah, auf die Teilbetriebnahme zu verzichten, gab es natürlich eine intensive Diskussion darüber; denn bis dahin waren wir alle eigentlich davon ausgegangen, dass diese Teilbetriebnahme befürwortet wird. Wir haben uns dann zu einer Vertagung dieser Entscheidung in die Haushaltsplanberatungen bereit erklärt und haben damit angedeutet, dass diese Entscheidung sehr wohl damit zu tun hat, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. „Was können wir uns leisten, und was wollen wir uns leisten?“, das sollte die Frage sein. Wir haben also nicht nur Ihnen gegenüber, sondern vor allem gegenüber der Öffentlichkeit eine Bringschuld zur Erläuterung, was uns damals eigentlich dazu bewogen hat.

Sie mögen der Tatsache entnehmen, dass wir uns in den Gesprächen - in diesem Fall vorrangig mit der SPD - sehr lange bewegt haben und erst gestern zu einem abschließenden Ergebnis gekommen sind, dass diese Entscheidung nicht leicht war. Gleichwohl haben wir eine Entscheidung getroffen, die nicht nur verantwortbar ist, sondern die eigentlich wirklich gut ist.

Die Teilbetriebnahme - darüber waren wir uns klar, als wir den nördlichen Ast beschlossen haben - ist im südlichen Teil vom Verkehrswert her durchaus nachrangig, um nicht zu sagen: Der Verkehrswert ist relativ gering.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegenüber dem nördlichen Teil! Was für ein Unsinn!)

Er hat aber - das ist völlig richtig - einen hohen symbolischen Wert. Einerseits ist schwer verständlich, dass man einige Jahre lang eine ferti-

ge Teilstrecke im Untergrund liegen lassen muss, ohne sie zu benutzen bzw. sie nur für Konzertveranstaltungen zu nutzen. Auf der anderen Seite sind die konkreten Gründe, die dafür angeführt worden sind, diese Teilstrecke in Betrieb zu nehmen, wie die Frage der Garantie und die Frage der GVFG-Förderung und -Finanzierung, nicht ausreichend schlagkräftig. Wir wissen sehr wohl, dass die Frage der GVFG-Finanzierung eine Frage ist, die noch zu beantworten ist; aber dafür haben wir auch noch etwas Zeit. Gleichzeitig wissen wir, dass unsere Verkehrsinfrastruktur in weiten Bereichen - Herr Börschel hat eben den Begriff „marode“ gewählt; in der Tat, er ist angemessen - marode ist und dass jeder Tag, den wir zögern, oder jedes Mittel, das wir dort nicht einsetzen, die Situation weiter verschlechtert. Ich finde es anerkennenswert, dass die Koalition aus SPD und Grünen im Haushaltsentwurf dem zum Teil schon Rechnung getragen hat, indem sie die Mittel leicht erhöht hat.

Wir wollen - das ist das Ergebnis unserer Besprechungen -, dass die Mittel, die für die Teilbetriebnahme nicht ausgegeben werden - nach Abzug der Steuern; das ist dann deutlich weniger -, in Bereichen eingesetzt werden, die auf die Infrastrukturförderung in der gesamten Stadt abzielen. Wir haben uns darauf verständigt, schon im Jahr 2014 einen nennenswerten Teil in die Sanierung unseres Straßensystems zu stecken. Dazu gehören auch Wege und Plätze, aber vorrangig sind es natürlich die Straßen.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Unsinn!)

Mit diesem Ansatz werden wir in 2014 die Werte von 2013 wieder erreichen und damit eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen vorziehen können,

(Ulrich Breite [FDP]: Mit den Grünen?)

die wir sonst erst in späteren Jahren vielleicht hätten machen können. Damit sorgen wir für Substanzerhalt und Substanzsicherung, und das ist ein entscheidendes Kriterium für unsere Zustimmung.

Der zweite Teil dieses Beschlusses, nämlich in Infrastruktur des ÖPNV zu investieren, ist genauso zu sehen. Wir alle wissen - Herr Börschel hat darauf hingewiesen, und wir teilen diese Auffassung -: Als wachsende Stadt müssen wir Wohnraum zur Verfügung. Es war immer ein Credo der CDU, solche Wohnungsbauflächen zu erschließen und parallel dazu Infrastrukturmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Im Bereich der Linie 7 in Porz haben wir eine solche Situation:

Wir verfolgen das seit Jahren; die Linie hat auch in unserer gemeinsamen Priorisierung von ÖPNV-Maßnahmen in der Stadt Köln einen hohen Stellenwert, und doch geht es dort nicht wirklich voran. Wir wollen jetzt versuchen, mit dem Geld, das auf diese Weise innerhalb der KVB frei wird, dort einen wesentlichen Fortschritt zu erreichen. Es ist auch richtig, dass wir nicht darüber reden, dass wir hier mit städtischem Geld Finanzierungen machen, die eigentlich andere bezahlen sollten. Wir wollen damit einen Beschleunigungseffekt erreichen, und diesen Beschleunigungseffekt werden wir hoffentlich auch erreichen.

Die Details stehen im Antrag. Darauf will ich jetzt nicht im Einzelnen eingehen, möchte aber noch einmal ganz deutlich sagen, dass wir uns mit dem, was wir hier beschließen, haushaltswirksam in einem Volumen bewegen, das nach Aussage der entsprechenden Ämter geschultert werden kann. Es steht auch ein Übertragungsvermerk drin; er gilt für die Jahre 2013 und 2014. Wir werden uns darüber unterhalten, wenn wir wissen, wie 2013 gelaufen ist, wie wir damit umgehen. Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen umgesetzt werden können und dass wir auf diese Weise einen nennenswerten Fortschritt im Sinne des Erhalts der Vermögenswerte der Stadt Köln erreichen.

Wichtig war für uns - das ist ein entscheidendes Kriterium bei der ganzen Geschichte -, dass wir die Mittel, die wir auf diese Weise freibekommen - zurzeit stehen sie noch im Wirtschaftsplan der KVB -, ausschließlich im Bereich der Infrastrukturunterhaltung und -förderung einsetzen. Es geht nicht darum, diese Mittel für Einmaleffekte zu verbrauchen. Das ist auf diese Weise gesichert. Das ist für uns ausschlaggebender Grund dafür, dass wir letztlich entschieden haben: Wir verzichten auf die Teilinbetriebnahme zugunsten von relativ wenigen, erreichen aber Maßnahmen zugunsten sehr vieler - für die ganze Stadt, für den Substanzwert unseres Vermögens und für die Bedeutung Kölns als Wirtschaftsstandort; denn dafür ist eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur von ganz erheblicher Bedeutung. Dem kommen wir auf diese Weise einen nennenswerten Schritt näher.

Deswegen freue ich mich, dass sich auch die Grünen letztlich dazu bequemt haben, diesem Antrag so zuzustimmen und das mitzutragen.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Damit haben wir eine breite Mehrheit. Wir hoffen, dass wir damit ein wichtiges Ziel in unserer Ver-

kehrinfrastrukturpolitik erreichen können. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Möring. - Wir kommen jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Sehr verehrte Damen und Herren! Ich möchte jetzt eigentlich nicht direkt mit meiner vorbereiteten Haushaltsrede anfangen. Vielmehr treiben mich die letzten Ausführungen von Herrn Möring dazu, mit der Auseinandersetzung um die TIN Süd zu beginnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eigentlich ist dazu hier keine Debatte erwünscht, Herr Oberbürgermeister. Aber jeder hier im Raum hat ja mitbekommen, dass wir darüber heiß debattieren. Diese Debatte hängt damit zusammen, dass der Antrag missverständlich ist. Offensichtlich hat der Kollege Möring sehr viel missverstanden. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nicht versäumen, hier einige Dinge klarzustellen,

(Volker Görzel [FDP]: Er ist umgefallen!)

die offensichtlich missverständlich sind. Ich unterstelle ihm ja keine böse Absicht.

Was wird missverstanden? Dieser Antrag besteht aus einem Teil A. Dieser hat etwas mit unserem aktuellen Haushalt zu tun; das stimmt. Den finden Sie aber auch im Veränderungsnachweis 3. Dort sind nicht nur der Ergebnisplan und die Verwendung der Kulturförderabgabe nachzulesen, sondern darin ist auch ein Infrastrukturprojekt aufgeführt. Denn - Herr Granitzka, da muss ich auch Sie korrigieren - wir haben die Sondereinflüsse, die uns in den Haushalt glücklicherweise wie Manna zugeflossen sind, nicht zur Deckung von konsumtiven Lücken genutzt, sondern für Infrastruktur und Schuldenabbau.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das ist Quatsch!)

Dieser Teil A umfasst ein Paket Straßen, Wege, Plätze, Fahrradinfrastruktur und andere Maßnahmen. Dieser Teil A steht auch jetzt in diesem Antrag.

(Zuruf: Stimmt doch gar nicht!)

Offensichtlich braucht die CDU zur eigenen Befriedigung durch Straßenbau dieses Thema.

Der Teil B verwendet tatsächlich ersatzweise die Gelder, die für die TIN Süd ausgegeben worden wären, und zwar nach dem Jahre 2014 ergebniswirksam, für eine andere Maßnahme. Wir haben dem deshalb zugestimmt, Herr Möring, weil wir es zwar außerordentlich bedauern - darauf komme ich gleich noch -, dass diese Mittel nicht für die südliche Teilinbetriebnahme ausgegeben werden, aber wenigstens für eine andere ÖV-Maßnahme. Für uns ist wichtig, dass der Aufbau des öffentlichen Schienennahverkehrs in Köln fortschreitet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es mag bei manchem Erstaunen auslösen, dass ausgerechnet wir Grünen uns so vehement für die Vorabinbetriebnahme des südlichen Abschnitts der Nord-Süd-Bahn einsetzen

(Ulrich Breite [FDP]: Vorbei! Ihr seid doch dagegen!)

- dass wir uns für den südlichen Abschnitt der Nord-Süd-Bahn einsetzen -

(Weiterer Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Herr Breite, lassen Sie mich doch den Satz zu Ende bringen -, obwohl gerade unsere Fraktion seinerzeit als einzige im Rat gegen dieses Megaprojekt gestimmt hat, weil wir als einzige die Kosten realistisch eingeschätzt haben und der Meinung waren, dass der Kosten-Nutzen-Effekt - Herr Börschel, das muss ich Ihnen sagen - inakzeptabel ist. Denn selbst wenn wir die Lücke schließen würden, läge der Kosten-Nutzen-Effekt nur noch ganz knapp über eins,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und das ist kein günstiger Kosten-Nutzen-Effekt, wie wir ihn akzeptieren würden. Wir haben als Einzige damals eine praktikable Alternative vorgeschlagen, die längst fertiggestellt wäre.

(Auf der Besuchertribüne werden Transparente entrollt und Plakate hochgehalten - Zurufe von der Besuchertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie auf der Tribüne, von entsprechenden Äußerungen Abstand zu nehmen. Das ist nicht erlaubt.

(Weitere Zurufe von der Besuchertribüne)

- Okay. - Sie hatten jetzt Gelegenheit, Ihre Transparente zu zeigen. Ich bitte Sie, sich jetzt ruhig zu verhalten oder die Tribüne zu verlassen. - Bitte schön, Frau Moritz.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, das war zwar nicht zulässig, aber wo sie recht haben, haben sie recht: Wir brauchen mehr Geld für die Kommunen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Jörg Uckermann [pro Köln]: Wie scheinheilig!)

Also: Wir haben damals als Einzige eine praktikable Alternative vorgelegt, die fertiggestellt wäre und die mindestens 500 Millionen Euro preisgünstiger gewesen wäre. Wäre, wäre, wäre! Es gibt ja einen Kandidaten, der sagt: „Hätte, hätte, Fahrradkette!“ - Das ist das eine.

Wir waren in der Abstimmung damals unterlegen und müssen heute mit dieser Realität umgehen, die uns andere eingebrockt haben.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Die Bürgerinnen und Bürger haben jetzt ein Recht darauf, dass dieses Bauwerk unverzüglich der Nutzung übergeben wird.

(Ulrich Breite [FDP]: Die Grünen sind dagegen! - Weiterer Zuruf von Volker Görzel [FDP])

Leider haben wir dieses Bauwerk, obwohl wir damals dagegen waren, Herr Breite. Ich wüsste nicht, dass die FDP sich damals gegen dieses Bauwerk eingesetzt hat. Jetzt lassen Sie mich bitte ausreden.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Lassen Sie mich bitte ausreden! Das wäre sehr schön.

(Zurufe von Ulrich Breite [FDP])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Breite, lassen Sie Frau Moritz in Ruhe

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP sowie bei Teilen der CDU)

zu Ende bringen.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Die Bürger haben unserer Meinung nach ein Recht darauf, dass dieses Bauwerk unverzüglich in Nutzung genommen wird. Auch in der Politik muss es so etwas wie Vertrauensschutz geben. Die Bürgerschaft ist zu Recht empört darüber, dass mehrere Millionen Euro als Sowieso-Kosten, also auch bei Nichtinbetriebnahme, sozusagen in die Tonne gekloppt werden. Das verantworten Sie hier übrigens mit. Es sind die Bürger, die 18 Jahre lang vom ersten Spatenstich bis zur Inbetriebnahme auf das Fahren dieser Bahn warten müssen. Da werden im Kabarett ja schon Witze republikweit gemacht.

Wenn man Ende des Jahres auf dem nördlichen Abschnitt, vom Bahnhof bis zum Heumarkt fahren kann, ist das ein Witz gegenüber demverkehrlichen Nutzen, den der südliche Abschnitt bis zur Severinstraße bringen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem möglichen Wohnungsbau in Zündorf-Süd zu argumentieren für die Verlängerung der Linie 7, ist zwar auch legitim, aber den Wohnungsbau in den südlichen Stadtteilen haben wir schon. Der Wohnungsbau auf dem Sürther Feld ist fertig.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Der wird doch erst in vier Jahren fertig sein!)

Wenn man heute mit der Linie 16 fährt - -

(Weiter Zuruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU])

- Jetzt geht das Nächste los. Was sind denn das für pubertäre Angewohnheiten! Kein bürgerliches Benehmen!

(Lachen bei der CDU)

Herr Klipper, Sie fahren ja immer mit dem Auto von Rodenkirchen in die Stadt und zurück; aber Sie sollten einmal darauf achten, wie viele Menschen in der Linie 16 zur Hauptverkehrszeit sitzen.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das weißt du doch gar nicht! Die fahre ich jeden Morgen!)

Wir haben Briefe von - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper, jetzt aber bitte!

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben sehr viele Briefe von Schulen bekommen - übrigens aus dem Kölner Süden und nicht aus der Südstadt -, in denen heftigst an die Politiker appelliert wird, diese Linie in Betrieb zu nehmen. Aber der Häuptling von Rodenkirchen verschließt seine Ohren und erzählt nach wie vor: Wir bauen die Bahn nur für die Frau Moritz, für die Neustadt-Süd.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Natürlich! Ist doch auch so!)

Dabei fahren die meisten Leute von dort mit dem Fahrrad in die Innenstadt. Diese Linie nutzt am meisten den Leuten, die in Rodenkirchen, in Sürth und in Godorf wohnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Warum? Früher, als die Linie 15 noch nach Rodenkirchen gefahren ist, fuhr sie im 7,5-Minuten-Takt. Heute fährt sie, obwohl inzwischen dort mehr Menschen wohnen, im 10-Minuten-Takt. Diese Linie und die Vorabinbetriebnahme würden einen 5-Minuten-Takt bieten. Das wäre eine doppelte Attraktivierung auf einer Strecke, wo es heute schon zum Platzen eng ist. Außerdem gäbe es eine Umsteigemöglichkeit in das Rechtsrheinische: zur Messe, zur Kölnarena, zum Stadthaus. Diese Ziele wären dann auch für Leute aus dem Kölner Süden günstiger zu erreichen.

Die KVB schätzt sehr konservativ: bis zu 2 500 Neukunden. Wir aber gehen davon aus, dass es mehr sein werden; denn das Mobilitätsverhalten ändert sich schneller als die Berechnungsmethoden der KVB. Ohne neue verbesserte Angebote im öffentlichen Nahverkehr - Herr Oberbürgermeister, dieser Meinung sind Sie ja auch - werden wir die Verkehrswende in Köln nicht schaffen.

Lassen Sie mich noch zu dem Risiko, was hier im Rat, meine ich, heruntergespielt wird, etwas sagen. Wenn das GVFG 2019 ausläuft, brauchen wir eine Ausnahmeregelung, die es heute noch nicht gibt. Diese Ausnahmeregelung kann nur mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit erreicht werden. Verfassungsändernde Zweidrittelmehrheiten - meine Damen und Herren, das weiß jeder hier im Saal - sind hoch risikobehaftet. Ich möchte sehr gerne glauben, liebe CDU und liebe SPD, dass Sie recht haben wer-

den und diese Ausnahmeregelung - meinem Unken und Orakeln zum Trotz - kommen wird. Aber wir sollten nicht so tun, als wenn hier nicht ein hohes Risiko bestünde.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Was ist denn immer dann, wenn hier hohe Risiken eingegangen worden sind, schon x-mal passiert? Wer bezahlt am Ende die Zeche? Der Steuerzahler. - Das war mein Beitrag zur Nord-Süd-Bahn.

Jetzt würde ich gerne zum Haushalt im Allgemeinen etwas sagen. Bevor ich damit anfangen will ich Ihnen, Herr Granitzka, sagen: Ich finde es nicht besonders fair, wenn Sie hier Dinge behaupten, die Stellungnahme der Verwaltung zum gleichen Vorwurf vom Vortag aber unerwähnt lassen. Das tut man einfach nicht. Wenn man Vorwürfe erhebt, dann versucht man, die ganze Wahrheit zu sagen. Die ganze Wahrheit ist, dass die Jahresergebnisse bis 2011 einschließlich fertig sind und bei den Prüfungsbehörden RPA und Regierungspräsidium geprüft werden. Das wissen Sie, und das hätten Sie ehrlicher Weise hier sagen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Winrich Granitzka [CDU]: Frau Moritz, was liegt uns seit 2008 vor? Gar nichts! - Henricus van Benthem [CDU]: Das gehört zur Wahrheit auch dazu!)

Es ist nicht leicht, der Stadtgesellschaft zu erläutern, warum wir gespart haben, wo wir gespart haben, wie viel wir gespart haben, warum wir in bestimmten Bereichen zusetzen und in anderen Bereichen nicht. Niemand ist unbeeindruckt von öffentlicher Kritik, und niemanden lassen die Proteste kalt. Jedoch gibt es zur Haushaltskonsolidierung und zum Sparen keine verantwortliche Alternative.

Am 26. April zitierte der *Stadt-Anzeiger* eine Untersuchung, die ergab, dass drei Viertel der Befragten in NRW die Sanierung der öffentlichen Haushalte als drängendste Aufgabe der Kommunalpolitik bezeichnen. So allgemein diese Zustimmung ist, so unterschiedlich ist die Akzeptanz des Einzelnen, wenn tatsächlich Maßnahmen beschlossen werden. Trotzdem haben diese Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Befragung mit überwältigender Mehrheit so geäußert haben, recht.

Halten Sie sich vor Augen, meine Damen und Herren, dass selbst dann, wenn wir es vermeiden könnten, in den folgenden Haushaltsjahren jedes Jahr die magische Grenze von 5 Prozent Eingriff in die Kapitalrücklage zu überschreiten, wie es in uns in diesem Jahr durch die Nutzung von Sondereinflüssen gelungen ist, in 20 Jahren zwei Drittel unseres kommunalen Vermögens verzehrt wäre. Das ist nachhaltig, und zwar nachhaltig unverantwortlich. Deshalb sind wir uns ja in diesem Hause alle in der Zielsetzung einig: Ohne Einschnitte und Verzicht auf Altgeohntes geht es nicht. Beim Weg und bei den Maßnahmen unterscheiden wir uns.

(Winrich Granitzka [CDU]: Marmelade!)

Wir wissen nicht, was uns in den nächsten Jahren, etwa bis zum Jahre 2020 noch bevorsteht. Wir nehmen uns bewusst einen längeren Zeitraum, weil uns klar ist, dass diese Maßnahmen so schnell nicht umsetzbar sind. Wenn wir bis dahin das strukturelle Defizit, die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben, ausgeglichen haben wollen, müssen wir noch viel mehr und noch größere Anstrengungen unternehmen. Dies, meine Damen und Herren, kann nur gelingen, wenn alle - ich betone: alle! - an einem Strang ziehen und sich nicht darauf beschränken, zu protestieren, wenn es um Einsparungen im eigenen Bereich geht.

Es ist eine große Herausforderung, diese Einsicht zu verinnerlichen. Dazu muss viel Überzeugungsarbeit geleistet werden, zunächst einmal bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung. Wir müssen Prozesse straffen und sie effizienter gestalten. Die Menschen in der Verwaltung sind die Experten mit dem größten Wissen um diese Prozesse. Wir können die Abläufe nur optimieren, wenn uns dieses Expertenwissen zur Verfügung gestellt wird. Verwaltung und Politik sind keine Gegner in dem Verfahren, sondern müssen als Verbündete an diesem Ziel gemeinsam arbeiten. Kreative Vorschläge sind gefragt und werden auch wertgeschätzt.

Die Hierarchie, Herr Oberbürgermeister, in der Verwaltung muss flacher werden, den einzelnen Mitarbeitern mehr Verantwortung übertragen werden, um die Prozesse zu beschleunigen und bürokratische Aufblähungen zu vermeiden. Die Verantwortung für Organisation und Finanzen sollte unserer Meinung nach stärker auf die Ebene der Fachdezernate und Dienststellen delegiert werden und die zentrale Steuerung über Ziel- und Ergebnisvereinbarungen erfolgen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen -
Winrich Granitzka [CDU]: Sehr richtig!)

Wir überlegen zurzeit gemeinsam mit der SPD, wie wir Anreize schaffen können, um die Motivation der Beschäftigten zu steigern. Sich ständig gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben, ist auf jeden Fall keine Lösung; eine stetige Arbeitsverdichtung aber auch nicht.

Wir werden bei unseren Bemühungen auch nicht erfolgreich sein, wenn es uns nicht gelingt, die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in Sanierungsmaßnahmen sowie das Vertrauen in das politische Handeln zu gewinnen. Was bedeutet das in einer Stadt, in der die Beteiligung mitunter sehr lebhaft zugeht? Über einen Mangel an Vorschlägen und Anregungen jedenfalls können wir uns nicht beklagen. Das kann aber nicht heißen, dass jede Forderung erfüllt, jede Erwartung bedient und nach jedem Vorschlag und jeder Kritik getroffene Entscheidungen per Zuruf revidiert werden. Es wäre auch ungerecht, wenn man diejenigen, die sich am lautesten, am effektivsten und am kompetentesten in die öffentliche Debatte einmischen, privilegiert bedient und ihre Forderungen prioritär erfüllt.

Wir freuen uns darüber - auch wenn ich eingestehen muss, dass es uns manchmal auf die Nerven geht und sehr anstrengend ist -, wenn sich viele Menschen in Debatten einmischen und sich engagieren, sich für mehr interessieren als für das, was sich vor ihrer Haustür oder in ihrer direkten Nachbarschaft abspielt. Wir sind offen und bereit, uns dieser Herausforderung mit Argumenten zu stellen. Wir setzen uns mit ihnen auseinander und wägen sie bei unserer Entscheidung ab. Aber wir haben auch die Pflicht - das möchte ich hier ganz deutlich sagen -, Entscheidungen zu treffen und dafür die Verantwortung zu übernehmen.

Im Prozess der Sanierung und Konsolidierung sollen auch diejenigen nicht vergessen werden, die für die Stadt Leistungen erbringen, die wir sonst selbst und wahrscheinlich auch kosten trächtiger erbringen müssten, nämlich die freien Träger im Gesundheits-, im Jugend-, im Sozialbereich und in der freien Kulturszene. Diese Leistungen sind ein beeindruckender und bereichernder Beitrag zu einer großen gesellschaftlichen Vielfalt. Auch die freien Träger sind nicht von Einsparungen ausgenommen; aber wir haben versucht, sie abzumildern. Im Gegenzug müssen wir dringend für Planungssicherheit in einem mittelfristigen Zeitraum sorgen. Ich möchte hier mit allem Nachdruck betonen, dass wir

die Arbeit der Mitarbeiterschaft der freien Träger hoch wertschätzen und auf keinen Fall missen möchten.

Ich werde heute darauf verzichten, alle rot-grünen Veränderungen im Haushalt einzeln aufzuzählen, weil das bereits im Finanzausschuss erfolgt ist. Vielmehr will ich im Folgenden Grundlagen und Prinzipien unserer Konsolidierung anhand von Beispielen erläutern.

Lassen Sie mich zunächst auf die aktuelle Debatte eingehen, die im Doppelhaushalt dieses Jahr keine Rolle spielt, aber mittelfristig von großer Bedeutung ist, nämlich die Entscheidung darüber, ob wir das Historische Archiv mit oder ohne Kunst- und Museumsbibliothek bauen werden und damit die Kosten für einen Neubau um einen deutlichen zweistelligen Millionenbetrag senken können. Niemand will die außergewöhnliche Bedeutung der Einrichtung bezweifeln. Es ist eine Einrichtung für Wissenschaft und Kultur, und wir fühlen uns verpflichtet, Institute zur Kulturförderung auch zu finanzieren. Aber Wissenschaft gehört nicht zur Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir uns bemüht und auch die Verwaltung seinerzeit aufgefordert, mit Partnern über mögliche Kooperationen zu verhandeln. Es kann nicht sein, dass ein kleiner Zuschuss gezahlt wird, sondern das müssen Partner auf Augenhöhe sein. Gedacht war an eine hälftige Übernahme der Kosten. Wir sind nach drei Jahren Verwaltungsarbeit in diesem Punkt noch nicht viel weiter gekommen. Wir haben keinen Bericht darüber. In der nachfolgenden Ratssitzung wird ja darüber diskutiert werden - dazu liegt auch ein Antrag vor -, wie wir weiter damit umgehen wollen.

Welches Prinzip meine ich? Ich meine das Prinzip, all die Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen, die klassischerweise nicht zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ui, Ui, ui!)

In der Kulturpolitik ist in Deutschland das Bild sehr unterschiedlich. Wir haben in Sachsen eine Kulturumlage. Wir haben in südlichen Bundesländern Staatsopern und Staatstheater. Wir haben in den Stadtstaaten Landesinstitute wie Landesmuseen. Es gibt eigentlich nur eine mit Köln vergleichbare Stadt, und das ist Frankfurt. Nur, mit Frankfurt können wir uns eigentlich auch nicht vergleichen; denn sie hat im Jahr ungefähr 500 Millionen Euro mehr Gewerbesteuererinnahmen. Wenn wir die hätten, könnten wir uns auch einiges mehr an Kulturförderung leisten.

Lassen Sie mich zweitens etwas zu den Sondereinflüssen sagen. Im Gegensatz zu dem, was Herr Granitzka uns gerade vorgeworfen hat, haben wir die zusätzlichen Ausschüttungen von SWK und GAG nämlich nicht in die Deckung von konsumtiven Ausgabenlücken gesteckt.

(Martin Börschel [SPD]: Genau so ist es!)

Ich bin stolz darauf, dass unsere Unternehmen in der Lage sind, solche Sonderausschüttungen zu machen, und ich möchte mich bei den Vorständen für ihre erfolgreiche Arbeit ausdrücklich bedanken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD - Martin Börschel [SPD]: Bei den Belegschaften natürlich auch!)

Ein weiterer Sondereinfluss ist das gewonnene Gerichtsverfahren. Zahlreiche Kommunen haben gegen die Landesregierung prozessiert, und zwar gegen ein Gesetz - Herr Granitzka, da sollten Sie gut zuhören -, was uns die schwarzgelbe Landesregierung eingebrockt hat und was uns 20 Millionen Euro gekostet hat. Die bekommen wir jetzt zurück. Und wofür setzen wir sie ein? Zum Schuldenabbau, Herr Oberbürgermeister, wie es von uns erwartet wird, angeblich aber ja nicht geleistet wird.

(Markus Wiener [pro Köln]: Das waren doch neue Schulden!)

- Nein, wir haben das zur Schuldenreduzierung und für Investitionen eingesetzt. Dazu hat Herr Börschel schon sehr viel gesagt.

Drittens. Ein weiteres Prinzip wird sein, dass wir auch im Bereich Gebühren und Eintrittsgelder Erhöhungen vornehmen müssen, wenn auch nur teilweise. Das Einzige, was ich hier versprechen kann, ist, dass wir uns bemühen werden, dies im Verhältnis zu vergleichbaren Städten in einem angemessenen Maße zu tun, beispielsweise bei Museumseintritten, und dass wir den Bogen nicht überspannen wollen. Für weitere Attraktivierungen setzen wir die Kulturförderabgabe ein, und zwar nicht nur für Touristen, sondern auch für Einheimische; auch die Einheimischen werden davon profitieren.

Ich als Grüne möchte natürlich die zusätzlichen Baumpflanzungen und die Sanierung und Unterhaltung von Brunnen und Gewässern besonders herausstellen und auch nicht unerwähnt lassen, dass unsere Bezirke in dieser schwierigen Lage 900 000 Euro bekommen, die sie in eigener Ver-

fügung für die Attraktivierung der Viertel einsetzen können, von denen Köln nicht zuletzt lebt.

Meine Damen und Herren, kaum eine Stadt investiert so hohe Summen in Kulturbauten wie Köln. Das ist gut so. Leider wird das in der eigenen Stadt weniger wahrgenommen als außerhalb. Viele beneiden uns darum. Das gilt auch für die Attraktivität unserer Bäder. Andere Städte schließen Bäder, während wir neue bauen. Diese Investitionen sind ein nachhaltiger Beitrag für die Zukunft.

Der größte Aufwand fließt aber in Schulbauten und damit auch in Schulmieten, die den Schuletat enorm aufblähen. Neben Sanierungsstau bei Bestandsbauten geht es um Umbau wegen der Einführung des Ganztags und der Selbstverpflichtung zur Inklusion, aber es geht auch um Neubau; denn Köln wächst. Wir freuen uns, dass Köln eine junge Stadt ist und in absehbarer Zukunft durch Zuzug und die Zunahme der Geburtenzahlen jung bleibt. Darum beneiden uns andere Städte auch. Das erfordert aber in den nächsten Jahren große Anstrengungen, wenn man bedenkt, dass ein Schulbau im Durchschnitt 50 Millionen Euro kostet.

Rot-Grün will Sanierung und Neubau von Schulen weiter vorantreiben. Wir meinen allerdings, dass man bei diesen Vorhaben altgewohnte Standards infrage stellen muss. Können benachbarte Schulen nicht Räume wie Mensen, Büchereien, naturwissenschaftliche Fachräume oder Turnhallen gemeinsam nutzen? Sollten wir nicht bestehende Schulbauten als Nebenstellen von Schulen mitnutzen? Ist es auf Dauer nicht vorstellbar, dass gemeinsame Oberstufenzentren von Gesamtschulen und Gymnasien angeboten werden, mit dem Nebeneffekt, dass es auch eine große Vielfalt von Angeboten gibt? Müssen alle Kölner Schulstandards, die weit über gesetzlich zwingende hinausgehen, Bestand haben? Letzte Frage: Welche dieser Vorhaben haben Vorrang, wie können wir sie priorisieren?

Apropos Priorität - Herr Börschel hat es schon gesagt -: Priorität hat in diesem Haushalt ebenso wie in den zurückliegenden Jahren der Jugend- und Bildungshaushalt. In einem atemberaubenden Tempo sind in den letzten Jahren große Veränderungen eingeführt worden. Endlich übernimmt der Staat dort Verantwortung, wo er Familien und Frauen in der Vergangenheit kläglich im Stich gelassen hat, nämlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Kinder sind unsere Zukunft, und Investitionen in die Zukunft lohnen sich. Trotzdem sind wir hier noch lange nicht am Ziel.

Der ungebundene Ganzttag, zunächst eingeführt an den Grundschulen, entwickelt sich mehr und mehr zu einem gebundenen Ganzttag. Leider können wir immer noch nicht allen Eltern, die dieses Angebot nachfragen, einen Platz anbieten, obwohl wir auch in diesem Doppelhaushalt wieder die Platzzahlen steigern. Die Verwaltung bemüht sich zurzeit, für die Abgewiesenen Zwischenlösungen zu finden, was jedoch von den Betroffenen nicht so richtig wertgeschätzt wird, sondern eher als Zweiklassenbetreuung kritisiert wird.

Aber - ich bin mir bewusst, dass hier niemand applaudieren wird - wir schaffen es nicht schneller, aus dem schulischen Halbtag aus- und in den Ganzttag einzusteigen, als wir das bis jetzt machen, wenn wir auf ein Minimum an Qualität in diesem Bereich setzen wollen. Auch die Ganztagsbeschulung in der Sekundarstufe I ist auf dem Weg. Auch dort wird mit den Füßen abgestimmt, und auch dort kommen wir mit dem Angebot nicht hinterher.

In diesem Jahr haben die unter Dreijährigen ab Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Auch dort können wir kaum die hohe Nachfrage in so kurzer Zeit bedienen, obwohl wir viel besser dastehen als andere Kommunen in den alten Bundesländern. Immerhin haben wir - ich weiß es nicht genau, ich habe diese Zahlen übernommen; Frau Klein, Sie müssten mich gegebenenfalls korrigieren - für die Ein- bis Dreijährigen eine Quote von 60 Prozent erreicht. Darauf können wir stolz sein.

Im Kitabereich bedeuten aber auch die differenzierten, in den Randzeiten erweiterten Öffnungszeiten und die Befreiung von Elternbeiträgen neue und zusätzliche Ausgaben.

Zu guter Letzt bedeutet auch das Bekenntnis zur Inklusion und zur inklusiven Gesellschaft neben einem Paradigmenwechsel im Kopf eine Reihe teurer Investitionen, gerade im Bereich Kita und Schulen.

Der soziale Ausgleich ist der rot-grünen Mehrheit sehr wichtig. Dieser Bereich beinhaltet in großen Teilen Pflichtleistungen. Viele Leistungen sind der Höhe nach variabel, aber im Grundsatz verpflichtend. Nur sehr wenige Leistungen sind tatsächlich völlig freiwillig. Gerade diese sind aber für die Teilhabe von weniger verdienenden oder benachteiligten Bevölkerungsgruppen das Salz in der Suppe. Hier ist die Grenze des Vertretbaren erreicht. Deshalb haben wir die Kürzungen deutlich reduziert. Bürgerzentren und interkultu-

relle Zentren zu schließen, würde bedeuten, dass wir die wenigen dezentralen Stätten der Begegnung und der kulturellen Bildung vor Ort zerschlagen würden. Das wollen wir nicht, und das werden wir nicht machen. Da müssen wir in den nächsten Jahren durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensieren.

Im Bereich der Querschnittsdezernate konnten wir die schlimmsten Kürzungen zurücknehmen und hoffen, dass durch Einführung einer neuer Diversity-Dienststelle im Dezernat von Frau Reker synergetische Effekte die Einschnitte kompensieren können. Wichtig ist für uns, dass es für die Querschnittsthemen Behinderten- und Migrationspolitik sowie Politik für Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung je einen Hauptansprechpartner gibt, an den sich Betroffene und Verbände wenden können.

Meine Damen und Herren, wir stehen zu diesem Haushalt, auch wenn ich zum Schluss nicht verschweigen will, dass gerade wir Grüne uns mehr Investitionen für eine Klimawende, vor allem aber für eine sachgerechte Ausstattung mit Personal in diesem Bereich gewünscht hätten. Aber: Ein Haushalt ist kein Wunsch-dir-was-Konzert.

Auch wenn es Fraktionen in diesem Hause gibt, die das noch nicht begriffen haben: Wir wollen keine weitere Erhöhung des Gewerbesteuersatzes. Dort sind wir bereits auf einem hohen Niveau, und wir sollten diesen Bogen nicht überspannen. Wichtiger ist es uns, dass die Unternehmen in Köln prosperieren können und sich unsere Gewerbesteuererinnahmen verstetigen.

Mit der Bildung eines Effizienzteams unter Einbeziehung aller großen Fraktionen haben wir den Versuch unternommen, ohne mediale Begleitung auch unkonventionelle Strukturänderungen und Ideen in einem geschützten Raum zu diskutieren.

Letztendlich wird der Spardruck auch einen Aufgabenabbau erfordern, und das wird angesichts der jetzt schon geäußerten Kritik bei Kürzungen ganz, ganz hart werden und von den Bürgerinnen und Bürgern noch viel schmerzhafter empfunden als das, was heute schon von ihnen als katastrophal bezeichnet wird. Wer versucht, das kleinzureden, verschließt die Augen. Wir müssen uns fragen: Welche Leistungen sind kommunaler Art? Welche Aufgaben sind leistbar? Was können staatliche und private Partner machen? Wo ist bürgerschaftliches Engagement nötig, um Aufgaben aufrechtzuerhalten? Und wir müssen uns fragen: Was können wir den Menschen zumuten?

Die CDU hat sich der Presse zufolge verabschiedet; das ist schade; denn mehr Köpfe haben mehr Ideen. Ich möchte Sie gleichwohl einladen, Ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken, Herr Granitzka, und sich weiterhin an der Debatte zu beteiligen. Insgesamt aber bin ich von Ihnen sehr enttäuscht. Bei der Einbringung des Haushalts hat uns die Union überrascht. Kurze Zeit sah es jedenfalls so aus, als wenn sich die CDU an die Spitze der Konsolidierungsbewegung setzen wollte.

Dass sie durchaus auch mit nicht populären Ideen von sich reden machte, habe ich übrigens damals ausdrücklich positiv vermerkt. Die prägnanteste dieser Ideen - Sie haben sie heute auch wieder genannt; alle anderen sind mir entfallen; so toll können sie also nicht gewesen sein - war die Reduzierung der Anzahl der Bezirke, wenngleich bis heute zweifelhaft ist, was an Einsparungen dabei herausgekommen ist; das haben auch Sie bestätigt. Das war aber nur ein laues Lüftchen. Denn als Nächstes wurde eine nicht bewertete Liste von teilweise skurrilen Bürgeranschlägen eingereicht, über die sich dieses Haus schon mal das Maul zerrissen hat; deswegen verzichte ich heute auf eine Wiederholung.

Dass die CDU als große Volkspartei nicht einmal einen eigenen vollständigen Verwendungsnachweis - das haben wir immer gemacht, zu allen Zeiten! - zum Haushalt vorlegt, könnte vermuten lassen, dass Sie ganz froh sind, keine Verantwortung übernehmen zu müssen. Trotz und Verweigerung haben in dieser Partei eigentlich mehr Zukunft als eigene konstruktive Vorschläge. Nur Nein sagen - da möchte ich die FDP ausdrücklich mit einbeziehen -

(Zuruf von der FDP: Was?)

ist zu leicht, zu wenig und nicht konstruktiv. Von der FDP habe ich nur Folgendes vernommen: dass sie die Architektur dieses Haushalts nicht gut findet

(Ulrich Breite [FDP]: Abbruchreif!)

und als einzige konkrete Maßnahme den Erhalt der Trainingszeiten für Schwimmvereine fordert. Eigene Vorschläge für eine ihrer Meinung nach bessere Architektur lässt sie jedoch vermissen.

Wir laden alle dazu ein - auch FDP und CDU -, sich weiterhin über Verbesserungen auszutauschen. Wir tun dies für Köln, wir tun dies für unsere Stadt und für zukünftige Generationen. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Moritz. - Wir kommen zur FDP. Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Damen und Herren! Haushaltsdebatten sind immer auch Gelegenheit, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Da Stadtspitze und Ratsmehrheit es vorgezogen haben, heute einen Doppelhaushalt zu verabschieden, wird das wohl die letzte Haushaltsdebatte vor der Köln-Wahl im Mai 2014 und vielleicht sogar vor der Oberbürgermeisterwahl sein. Natürlich macht es mehr Arbeit, jedes einen Haushalt Jahr aufzustellen, mit der Öffentlichkeit zu diskutieren und sich mit seinem ungeliebten Koalitionspartner auf eine Zustimmung zu verständigen. Aber gerade vor dem Hintergrund der volatilen Zahlen und dem nötigen Spardruck wäre ein gesonderter Haushalt für 2014 angebracht gewesen. Sie haben sich entschieden, das Good-guy-bad-guy-Spiel - die Verwaltung spart, die Ratsmehrheit spendiert - nur noch einmal vor der Köln-Wahl aufzuführen. Den reinen Wein - vielleicht aus dem Anbaugebiet an der Zeughausstraße - gibt es dann erst nach der Wahl.

(Beifall bei der FDP)

Es heißt also, für die Ratsperiode seit 2009 Bilanz zu ziehen. Ich tue das heute anhand von drei Themenbereichen: dem Umgang mit der Kölner Kultur, dem Fortgang der Stadtentwicklung und dem Zustand der Kölner Finanzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, schon Friedrich Schiller wusste, dass die Kunst eine Tochter der Freiheit ist, vielleicht sogar die schönste Tochter der Freiheit. Für viele Unternehmen und Menschen, die sich hier in Köln niedergelassen haben oder niederlassen wollen, sind Kunst und Kultur ein weicher, aber trotzdem wichtiger Standortfaktor. Kulturelle Kreativität und Vielfalt bilden den Kern dessen, was Köln ausmacht. Deshalb ist es falsch, Kultur gegen Soziales auszuspielen, und es ist traurig, mit ansehen zu müssen, dass Kultur von der Stadtspitze und der Ratsmehrheit ohne Ehrgeiz und ohne Fortune, eher wie ein Klotz am Bein behandelt wird.

(Beifall bei der FDP)

Andere Städte pflegen ihr Verhältnis zu privaten Mäzenen, und sie profitieren von deren Engagement. Köln unter rot-grüner Führung glaubt darauf verzichten zu können. Den Scalp der

Spender für die Erweiterung des Stadtmuseums trägt Barbara Moritz schon an ihrem Gürtel.

(Beifall bei der FDP)

Nun muss die Stadt die Erweiterung und Sanierung vollständig selbst bezahlen, ein teures Ergebnis Ihrer Politik, Frau Kollegin.

Der Einsturz des Historischen Archivs war ein Schock, der alle zum Umdenken mahnte. Wir haben im Anschluss daran mehrere Module für den Neubau entwickelt. Der Rat hat mit Stimmen von SPD, CDU, Grünen und FDP beschlossen, die große Lösung am Eifelwall mit ausdrücklicher Einbeziehung der Kunst- und Museumsbibliothek zu realisieren. Von dieser Ambition hat sich Rot-Grün anscheinend verabschiedet. Der Neubau des Historischen Archivs soll abgespeckt werden, die Kunst- und Museumsbibliothek wird infrage gestellt. Die nachhaltigen Proteste internationaler Bibliotheken, der Wissenschaft, der Kölner Museumsdirektoren, aber auch vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger, die Frau Moritz ja hin und wieder nerven, wie sie eben zugegeben hat, beweisen, dass der Versuch von Rot-Grün, die Kunst- und Museumsbibliothek als eigenständige, weltweit geachtete Organisation zu schließen und auf die Museen zu verteilen, erneut ein nicht wiedergutzumachender Angriff auf das reiche Kulturerbe der Stadt Köln bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Dieser tagespolitische Wankelmut in der Kulturpolitik muss ein Ende haben. Stehen Sie zu den gefassten Beschlüssen! Arbeiten Sie an der erfolgreichen Umsetzung! Hören Sie bitte damit auf, Verunsicherung und Frustration in die Stadt zu tragen!

(Beifall bei der FDP)

In der anschließenden Ratssitzung steht die neue Kulturdezernentin Susanne Laugwitz-Aulbach zur Wahl. Wir werden sie nicht nur heute unterstützen, sondern auch künftig in ihrer Amtsführung; denn wir erwarten uns von ihr klare Zielsetzungen, professionelles Kulturmanagement und konsequente Umsetzung. Erfolgreich wird sie aber nur sein können, wenn die rot-grüne Mehrheit solche Konsequenz möchte und Kulturpolitik wieder ein angemessenes Gewicht bekommt. Knüpfen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, endlich an die glorreichen Zeiten Ihres Parteifreunds Kurt Hackenberg an und führen Sie Köln wieder in die Champions League der europäischen Kulturstädte!

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich in Sachen Stadtentwicklung an einen weiteren großen Sozialdemokraten erinnern, der das Bild dieser Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich mitgeprägt hat, nämlich Theo Burauen. Anlässlich der Gala zum 100-jährigen Bestehen der GAG im März wurde an den Slogan seiner Wiederwahl erinnert: „Weiter bauen mit Burauen!“. Herr Oberbürgermeister, Sie überlegen ja wohl auch, ob Sie sich einer Wiederwahl stellen sollen; aber von weiter bauen kann bei Ihnen leider keine Rede sein.

(Beifall bei der FDP)

Ganz im Gegenteil: Man könnte meinen, Sie schreiben an der Fortsetzung des Buches „Für Köln geplant, nicht gebaut“. Denn Ihre Amtszeit ist leider eine Abfolge von Rückschlägen von wichtigen Projekten hier in Köln. Sie begannen mit einem beachtlichen Theaterdonner, als Sie durch ein unnötiges Moratorium und einen abtrünnigen Koalitionspartner den Neubau des Schauspielhauses vor die Wand setzten. Der DFB-Campus gehört auch in diese Reihe von Projekten, die an ungeschicktem Taktieren gescheitert sind. Heute können Sie Ihre Amtszeit mit einer fertigen U-Bahn, die nicht in Betrieb geht, krönen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich sagen: Die fünf Minuten, die ich zusätzliche Redezeit bekommen habe, reichen nicht aus, um meinen Frust zu dem Deal, den die CDU hier eingegangen ist, zum Ausdruck zu bringen. Ich kann mich inhaltlich in vielen Dingen meiner Kollegin Barbara Moritz in dieser Frage anschließen. Der Kuhhandel, den die CDU hier zulasten der Bürgerinnen und Bürger in der Südstadt und in den südlichen Stadtteilen bis weit in den Stadtbezirk Rodenkirchen herein, heute eingegangen ist, ist im Grunde unglaublich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Hier wird ein Milliardenprojekt, das über Jahre diese Stadt sehr stark belastet hat, gegen die vage Hoffnung auf die Verlängerung einer Straßenbahnlinie - vielleicht eine Josef-Müller-Gedächtnislinie? -,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen)

und zwar die Verlängerung der Linie 7, eingetauscht. Die Abwägung: dieses Projekt gegen die Verlängerung einer Straßenbahnlinie, kann ich wirklich nur mit Kopfschütteln quittieren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Schlimmer noch: Herr Granitzka, nicht nur in Ihrer Postille, dem *RatsReport*, den Sie eben hier verteilt haben, sondern auch in Ihrer Rede geißeln Sie Mehrausschüttungen der Stadtwerke zugunsten des Kölner Haushaltes. Hier aber nehmen Sie diese Mehrausgaben der Stadtwerke, um sich von der SPD in dieser Frage kaufen zu lassen. Das ist absolut unanständig!

(Beifall bei der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Du kapiert es ja noch nicht mal!)

Ich komme zurück auf die Bilanz des Oberbürgermeisters. Es ziehen hier weitere dunkle Wolken auf. Damit das Wirken entsprechend nachhaltig wird, wird auch die Bundesgartenschau 2025 direkt in Zweifel gezogen. Mit welcher stadtentwicklungspolitischen Bilanz, Herr Oberbürgermeister, wollen Sie sich zur Wiederwahl stellen und mit welchem Slogan, etwa: „Weiter bauen mit Roters!“?

(Markus Wiener [pro Köln]: Reimt sich nicht!)

Das passt weder sprachlich noch inhaltlich. Wie wäre es damit: „Sollen Planungen erst mal stoppen oder besser gleich ganz floppen, dafür gibt es einen Bürger. Wie der heißt? Natürlich Jürgen.“

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ich gebe zu, Herr Oberbürgermeister, daran muss noch gearbeitet werden; für ein Plakat ist dieser Spruch zu lang.

Martin Börschel hat in einer Ratsrede am 15. November 2012 aufgelistet, welche Projekte er mit der FDP so sehr verbindet, dass er sie uns am liebsten in Rechnung stellen würde: die Flora, den Rheinboulevard, die Oper, die Archäologische Zone, das Rote Haus, die Bundesgartenschau, die vorgezogene Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn und den Rheinufertunnel. Auch wenn wir nicht für jedes dieser Projekte die Urheberschaft beanspruchen, so freut es mich doch, dass bei dem Kollegen Börschel die Wahrnehmungsschwelle überschritten worden ist und er zur Kenntnis nimmt, dass wir als FDP uns in der Stadtentwicklung in Köln engagieren, und das anscheinend auch ganz erfolgreich.

(Beifall bei der FDP)

Doch die Probleme mit der Kölner Infrastruktur bleiben. Das ist nicht Neues. So ist ein Ausspruch überliefert - ich zitiere -:

Köln ist sehr interessant. Nur schade, dass man in den Straßen weder gehen, noch reiten, noch fahren kann.

Dieses Zitat, das sich wie aus einer aktuellen Studie des ADAC anhört, ist in Wirklichkeit von Ferdinand August von Spiegel, der um 1830 Kölner Erzbischof war. Das, was heute die CDU hier versucht, nämlich zusätzliche Mittel für die Straßenunterhaltung herauszuschlagen, wird wahrscheinlich wieder nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Besser als keiner!)

Ob die Verwaltung es wirklich schafft, es auszugeben - der Beigeordnete ist heute leider nicht da -, ist immer noch fraglich. Wir werden nachher sehen, wie die Erfolge aussehen.

Aber für diese vage Hoffnung die Inbetriebnahme der U-Bahn auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben, macht mich fassungslos und wütend. Wenn man dann noch hört, was die Kollegin Moritz eben hier gesagt hat, nämlich dass das, was die CDU hier eingebracht und Herr Möring hier vorgestellt hat, Luftbuchungen sind, die ohnehin schon im Veränderungsnachweis 3 nachzulesen sind, dann muss ich sagen: Es kann nur einer recht haben; ich kann das nicht beurteilen. Entweder hat Frau Moritz recht, oder Herr Möring hat recht. Einer von Ihnen beiden wird hier gerade kräftig von der SPD verarscht. Irgendwann werden wir herausbekommen, wer es ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin gespannt, wie die Grünen sich hierzu verhalten. Dem Antrag hier zuzustimmen und das Geld zu nehmen, was die KVB eigentlich für die Teilinbetriebnahme reserviert hat, und es anders, nämlich für die Verlängerung der Linie 7 oder auch für die Straßensanierung auszugeben, macht Ihre Position, liebe Kollegin Moritz, in dieser Frage auch nicht glaubwürdiger.

(Beifall bei der FDP)

Die Firma Interhouse ärgert sich nicht so sehr über die Kölner Straßen, sondern mehr über das Tempo, mit dem in Köln Projekte vorangebracht werden oder eben nicht vorangebracht werden. In ihrer Hauszeitschrift schreibt sie - ich zitiere -:

Schon heute sagen viele Entwickler, mal offen, mal hinter vorgehaltener Hand, dass es in der Stadt an Visionen, politischem Entscheidungswillen und verlässlichen, zeitnahen Entscheidungswegen mangelt.

Der Breslauer Platz: in 2012 noch nicht fertig. Die Umgestaltung der Domumgebung: noch nicht mal angefangen. Wie es beim Haus Kutz mal weitergehen soll, weiß kein Mensch. Messe-city, Deutzer Hafen; man könnte diese Liste unendlich fortsetzen. Aber was machen schon ein paar Jahre in der 2000-jährigen Geschichte dieser Stadt!

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ein bisschen Geduld haben!)

Eine der acht Prophetenfiguren, die die Ratsmitglieder früher auf dem Weg in den Ratsturm mahnten und die heute im Hansasaal hängen, trägt den Spruch: „Nimm langsam Rat, dann eile zur Tat!“ Ich würde mich freuen, wenn sich mehr Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter darauf besinnen würden und den Worten endlich Taten folgen ließen, um Köln wieder nach vorn zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Psychologe Stephan Grünewald bezeichnet im neuen *Merian*-Heft die Kölner als „die Griechen Deutschlands“. Aber anders als bei den Griechen stimmen bei den Kölnern die Rahmenbedingungen. Deutschland hat eine stabile Konjunktur, die höchste je gemessene Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Bund, Länder und Gemeinden haben darum auch die höchsten Steuereinnahmen zu verzeichnen.

Die Kämmerin geht in der mittelfristigen Finanzplanung - sie ist gar nicht da; sie hat es wohl vorgezogen, dieser Debatte nicht zu folgen; ich sage es trotzdem - bis 2017 bei der Entwicklung der wichtigsten Steuereinnahmen wie der Einkommens-, der Gewerbe- und der Grundsteuer von Mehreinnahmen von 364 Millionen Euro aus. Schon von 2008 bis 2013 sind diese Steuerarten um mehr als 20 Prozent gestiegen. Ein Fünftel Mehreinnahmen bei den drei wichtigsten Steuerarten der Kommunen! Also, besser kann es auf der Einnahmenseite doch gar nicht laufen.

(Beifall bei der FDP)

Sicher ist die Kämmerin gerade auf dem Weg in den Dom, um eine Kerze aufzustellen, dass die

se Bundesregierung im Amt bleibt, damit sich diese guten Rahmenbedingungen für Köln entsprechend erhalten lassen. Dafür hätte ich Verständnis.

(Beifall bei der FDP - Stadtdirektor Guido Kahlen: Sie prüft gerade Ihren Vorwurf!)

„Bund und Land übertragen uns immer mehr Aufgaben, ohne vollständig für die damit verbundenen Kosten aufzukommen.“ - Dieser Satz ist nicht von mir, sondern stammt aus der Einbringungsrede des Oberbürgermeisters. Und recht hat er! Bund und Land versprechen den Bürgerinnen und Bürgern Wohltaten, und die Rechnung dürfen dann die Kommunen zahlen. Das Inklusionspaket der Landesregierung ist das aktuellste Beispiel dafür.

Auf der anderen Seite hat der Bund - ab 2014 sogar vollständig - die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII entlastet. Diese größte Entlastung der Kommunen durch den Bund in der Geschichte der Bundesrepublik bedeutet für Köln eine Entlastung von 84 Millionen Euro für dieses und von 121 Millionen Euro für das kommende Jahr.

Anders als der Bund unter Führung von CDU und FDP, der die gute Einnahmesituation bei gleichzeitiger Aufgabenreduzierung zur Haushaltskonsolidierung nutzt, steigt trotz massiver Einnahmeverbesserungen in Köln die Schuldenlast immer weiter. Allein im Jahr 2013 sind es 300 Millionen Euro.

Selbst Peter Zwegat, Deutschlands bekanntester Schuldenberater, würde an dieser fehlenden Ausgabendisziplin schier verzweifeln. Wer kennt nicht die typische Standardsituation, wenn er die Familie um den Küchentisch versammelt ist und mithilfe eines Flipcharts einen Plan entwirft, wie sie von den Schulden herunterkommen können?

Ihr Entschuldungsplan, Herr Oberbürgermeister, liebe Frau Kämmerin, zu einem ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2022 zu kommen, sieht nur vor, dass die Einnahmen jedes Jahr schneller wachsen als die Ausgaben, und zwar so lange, bis die Einnahmen über den Ausgaben liegen. Von Ausgabensteigerungen wird hier ausgegangen statt von Ausgabenreduzierungen. Dabei ist die Entwicklung in den letzten fünf Jahren genau umgekehrt. Die Ausgaben stiegen um 22,7 Prozent, die Einnahmen nur um 6,5 Prozent - eine, wie die IHK es in ihrer Stellungnahme nennt, sich

weiter öffnende Einnahmen-/Ausgabenschere. Weiter schreibt die IHK:

Die eigentliche Ursache für die negative finanzielle Entwicklung ist mehr auf der Ausgabenseite zu suchen.

(Beifall bei der FDP)

Der Oberbürgermeister hatte uns in seiner Einbringungsrede versprochen, Standardreduzierungen vorzunehmen. Auch davon kann ich nicht viel sehen; das ist eben bereits angemahnt worden. Solange Transferempfänger die besten Kühlschränke bekommen, was Mehrkosten von mehr als 80 000 Euro verursacht, oder wir das NRW-Sozialticket um weitere 900 000 Euro in Köln erhöhen, kann es der Stadt Köln so schlecht noch nicht gehen. Solange auf dem Breslauer Platz ein von kaum jemandem vermisser Brunnen für 280 000 Euro gebaut werden soll oder in der Bechergasse Sitzbänke aufgestellt werden, wo bis dahin bezahlte Parkplätze waren, muss man sagen: So schlimm kann es der Stadt Köln nicht gehen.

(Beifall bei der FDP)

Ehrlich ist hier der Bezirksbürgermeister Andreas Hupke von den Grünen. Sie hatten eben die Bezirksbürgermeister begrüßt; ich sehe jetzt gar keinen mehr.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Die sind schon beim Mittagessen!)

Deswegen möchte ich Herrn Hupke hier zitieren. Er hat im *Kölner Stadt-Anzeiger* am 12. Juli 2012 gesagt - ich zitiere -:

Ich bin ein großer Kritiker des Sparens (...) Einen ausgeglichenen Haushalt hinzubekommen, wird nur passieren, wenn die Stadt den Mut hat, die Einnahmen zu erhöhen.

Ich kann Sie beruhigen, Herr Hupke: Diesen Mut hat die Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Die Gewerbesteuer und die Grundsteuer wurden erhöht, die Zweitwohnungsteuer, die Sexsteuer und eine als Kulturförderabgabe getarnte Bettensteuer eingeführt - und das, obwohl der Oberbürgermeister in einem Interview mit der *Kölnischen Rundschau* am 16. August 2012 versprochen hatte, er würde keine weiteren Gebührenerhöhungen vorschlagen. Doch man kann eine Stadt auch kaputtbesteuern. Unternehmens-

abwanderungen, der wirtschaftliche Erfolg unserer Nachbarstädte und unterdurchschnittliche Steigerungsraten bei den Hotelübernachtungen beweisen das.

Die Kämmerin gab schon in ihrer Einbringungsrede zu, dass das Wirtschaftswachstum in Köln - ich freue mich, dass Sie wieder da sind und meinen Ausführungen jetzt lauschen - unter dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegt. Ja, meine Damen und Herren, woran liegt das denn? Selbsterkenntnis ist ja der erste Schritt zur Besserung. Aber wann folgt der zweite? „Wer soll das bezahlen? Wer hat das bestellt?“,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Hast du bestellt!)

tönt das Glockenspiel vom Ratsturm. Bestellt haben es Rot-Grün und die Stadtspitze, bezahlen müssen es die Bürgerinnen und Bürger.

Auch mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl geht es um eine Richtungsentscheidung für dieses Land und für diese Stadt. Wollen wir die Menschen mit immer neuen Abgaben und Steuern belasten, oder verpassen wir dem Staat und der Stadt eine Schlankheitskur, damit er mit den Einnahmen auskommt? Nach den Bundesparteitagen von SPD und Grünen an den letzten Wochenenden freue ich mich auf diese Auseinandersetzung und bin sehr zuversichtlich, für welchen Weg sich die Wählerinnen und Wähler am Ende entscheiden werden. Sie können und wollen sich Rot-Grün für Deutschland nicht leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie haben noch zwei Minuten.

Ralph Sterck (FDP): Sie müssen leider noch zwei Minuten ertragen, Herr Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, das schaffen wir auch noch.

Ralph Sterck (FDP): Ich komme trotzdem zum Schluss; dies kann ich in Aussicht stellen.

Die *Wirtschaftswoche* hat Köln am 3. Dezember letzten Jahres „eine der am schlechtesten regierten Großstädte Deutschlands“ genannt. Das tut einem überzeugten Kölner wie mir weh. Ich wür-

de gerne widersprechen, aber es fällt mir auch vor dem Hintergrund des Gesagten schwer.

Die Stadtspitze und die rot-grüne Ratsmehrheit verpassen die Chancen eines erfolgreichen Standortfaktors Kultur, ersticken Wachstumsimpulse in der Stadtentwicklung, behindern die Mobilität der Kölnerinnen und Kölner, schränken durch unzureichende Sicherheit und Bevormundung die Freiheit ein und bekommen die Finanzen nicht in den Griff.

Hinzu kommt, dass die Kämmerin die Einlösung ihres großen Versprechens, den Haushalt transparenter zu machen, bis heute schuldig geblieben ist. NKF ist in Köln nach wie vor nicht die Abkürzung für „Neues Kommunales Finanzmanagement“, sondern für „Nix kannste finden“.

(Beifall bei der FDP)

Sicher haben Sie Verständnis dafür, dass wir für die Grundlage dieser Politik in den kommenden zwei Jahren, dass wir für den Doppelhaushalt 2013/2014 keinen Blankoscheck ausstellen und unsere Hände unmöglich heben können. Wir sind der Meinung: Köln kann mehr! - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen jetzt zur Fraktion pro Köln. Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben uns heute hier um 10 Uhr morgens versammelt, um die Finanzpolitik für die Stadt Köln zu debattieren. Vorgelegt worden ist ein Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014. Nun hört sich „Haushalt“ immer sehr gut an; da geht man davon aus, dass das nachhaltig und ausgewogen ist, dass Einnahmen und Ausgaben in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Allerdings muss man hier sagen: Den Namen „Haushalt“ verdient das natürlich nicht. Man hat den Eindruck, es handele sich um eine Weiterführung des spekulativen Finanzkapitalismus auf der kommunalen Ebene. Es werden Ausgaben von 3 800 Millionen Euro vorgesehen; die Stadtverwaltung will sie ausgeben. Die Einnahmen betragen 300 Millionen Euro weniger.

Es ist schon seit Jahren so, dass wir das hier erleben dürfen. Wenn man einen Slogan für eine OB-Wahl, Herr Roters, finden möchte: Wie wäre es denn mit „Weiterwurschteln mit Roters“? Ei-

nes ist nämlich klar: Als Sie hier angefangen haben, war der erste Haushalt, den Sie eingebracht haben, angeblich ein „Meisterstück“. Zum zweiten Haushalt, den Sie eingebracht haben, sagte der Kollege Börschel, es gehe um „Wahrheit und Klarheit“. Im letzten Jahr sprach man von einem „Übergangshaushalt“. Und dann sind Sie überrascht worden, dass wir schon so früh Kommunalwahlen haben werden. Da haben Sie sich gefragt: Was machen wir denn jetzt? Wie können wir die für die Stadt Köln und ihre Bürger desaströse Lage jetzt noch verschleiern? - Ja, indem Sie einen Doppelhaushalt machen, und das ganz früh, damit Sie nächstes Jahr bei der Kommunalwahl auftrumpfen und wieder Versprechungen machen können; denn Sie wissen genau, dass Sie Versprechungen nicht einhalten müssen.

Es gibt einen weiteren Grund: die Bundestagswahl. Es weiß doch jeder, dass dieses ruinöse Finanzsystem, das sich die etablierten Parteien hier leisten, nicht mehr zu halten ist, dass nach der Bundestagswahl mit dem Bürger abgerechnet wird. Dann wollen Sie fein raus sein und sagen: Ja, es geht ja leider nicht; wir haben hier schon eine Haushaltssatzung, ein Haushaltsgesetz gemacht. - Das geht dann alles nicht.

Dann wird natürlich hier gefragt: Welche Qualität haben die Zahlen, die Sie vorgelegt haben? Sie haben in etwa dieselbe Qualität wie die Zahlen, die die griechische Regierung der EU-Kommission vorgelegt hat, um in den Euro-Raum zu kommen.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Wir haben doch in vielen Ausschüssen gehört, dass Sie im Prinzip die Ausgaben noch immer viel zu gering angesetzt haben. Damit wissen Sie natürlich, dass Sie Sachen nicht mehr bezahlen können, dass Sie streichen müssen. Sie wissen doch, dass der Haushalt, den Sie hier vorgelegt haben, zu Entlassungen bei freien Trägern führt, bei Partnern der Verwaltung, die schon über Jahre und Jahrzehnte für die Bürger mit der Stadtverwaltung zusammengearbeitet haben. Da wurde dann gesagt: Wir schaffen ja 100 neue Stellen im Verwaltungsapparat, und da können die entlassenen Mitarbeiter unter das Dach der Stadt Köln kommen. - Sie wissen auch: Wenn die Kommunalwahl vorbei ist, kommt der Sparkommissar. Dann darf nur noch das bezahlt werden, zu dem Sie verpflichtet sind. Dazu zählen dann natürlich städtische Beamtenstellen und politische Kaderstellen, mit denen Sie Freunde aus der Politik und aus dem Apparat versorgen können; das ist doch, was gemunkelt wird. Da wird den freien Trägern gesagt: Macht euch keine

Sorgen! Wenn es Entlassungen gibt, dann schaffen wir in der Stadtverwaltung entsprechende Stellen, und dann ist man gezwungen, zu zahlen bzw. beim Bürger abzukassieren. - Eines habe ich heute in dieser Debatte nämlich nicht gehört - da ist immer die Rede davon, man mache etwas „für unsere Stadt“ oder „für Köln“ -: Was meinen Sie mit „Köln“? - Wir von pro Köln meinen die Bürger, die das alles letzten Endes bezahlen müssen.

Im Bezahlen sind unsere Bürger spitze. Sie müssen Sachen bezahlen, die sie nicht zu verantworten haben. Sie müssen Sachen bezahlen, weil die etablierte Politik versagt. Das fängt bei den Parkgebühren an, meine Damen und Herren. Es gibt viele ältere Menschen, die keinen Behindertenausweis der Stufe G haben, aber auf ein Auto angewiesen sind, weil sie zum Arzt müssen, und dann werden sie abgezockt: 3 Euro die Stunde. Wenn sie zum Arzt müssen, sind sie auf ein Fahrzeug angewiesen. Das ist aber hier in dieser Stadt Luxus geworden. Das müssen die Bürger bezahlen, weil Sie den Parkraum absichtlich verknappen. Sie haben heute in der Debatte nicht gesagt, dass Sie die Verwaltung angewiesen haben, bei den Bußgeldern rigoros vorzugehen und die Nutzung des Ermessensspielraums maximal einzuschränken, um die Bürger noch mehr zu schröpfen. All das ist heute nicht gesagt worden.

Es ist auch nicht gesagt worden, welche Sparmöglichkeiten es im politischen Apparat gibt. Braucht Köln wirklich neun Bezirksbürgermeister? Braucht Köln neben dem Oberbürgermeister vier weitere Bürgermeister,

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Wir brauchen keine Nazis im Rat!)

mit Dienstwagen, mit Referenten, mit Bürokratie? - Brauchen wir nicht, können wir abschaffen!

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Diesen Vorschlag haben wir in den Debatten gemacht. Es waren immer wir von pro Köln, die ganz konkrete Sparvorschläge gemacht haben. Wir können doch jetzt hingehen und diese Bürgermeister einsparen.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Die Frage ist doch auch: Brauchen wir so viele Hauptverwaltungsbeamte? Braucht die Stadt wirklich 100 Brigadegeneräle, die hier wie bei einer Großarmee besoldet werden? Das muss doch nicht sein.

(Zuruf von Peter Kron [SPD])

- Herr Kron, bringen Sie mal etwas Inhaltliches und hören Sie auf, hier zu stören; das ist ja scheinbar Ihre Aufgabe.

(Peter Kron [SPD]: Die Sitzungsgelder!)

- Ja, natürlich die Sitzungsgelder, Herr Kron. Wir tun aber im Gegensatz zu Ihnen etwas dafür.

(Zurufe von der SPD)

- Sie sitzen hier, und wir handeln. Das ist der Unterschied; das können Sie schlecht ertragen.

Wie sieht es beispielsweise bei der Kürzung der Fraktionszuwendungen aus? - Da sind doch die großen Fraktionen mit fast 1 Million Euro dabei. Sie kommen doch auch mit der Hälfte aus. Wie sieht es denn gerade bei Ihrer Fraktion mit der luxuriösen Unterbringung im Rathaus aus? - Sie können sich doch billigere Räume nehmen. Dann könnte die Verwaltung woanders gemietete Räume kündigen und hier wieder für den Bürger arbeiten, Herr Kron. Wie wäre das denn mal? - Sie können doch auch in der Kneipe tagen.

(Zuruf von Claus Ludwig [Die Linke.])

- Ja, Herr Ludwig, ich weiß: Sie können schreien, bei Demonstrationen können Sie auch noch andere Sachen machen. Hier im Rat hört man von Ihnen nichts.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Es ist immer schön, mit Ihnen im Finanzausschuss zu sein. Da haben Sie nichts zu sagen, da bringen Sie nichts. Da hat dann pro Köln mehr Zeit, um wirklich nachzuhaken. So sieht es aus.

Es ist unverständlich, dass wir Luxusrenten beim Stadtwerke-Konzern haben, dass Sie immer mehr Verwaltungsarbeiten ausgelagert und damit für eine Selbstbedienungsmentalität gesorgt haben, für die die Bürger zahlen müssen. Ich sage Ihnen noch Folgendes: Der Strom von unserem kommunalen Anbieter muss doch nicht so teuer sein. Sie wollen dieses Jahr 10 Millionen Euro vom lokalen Stromerbringer an den Haushalt abführen. Wir möchten eine Gebührensenkung um 10 Millionen Euro haben. Das ist Politik für den Bürger.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Zum Thema Wohnen. Ja, wir haben einen Wohnungsbaukonzern, die GAG, der den Bürgern

günstige Wohnungen anbieten soll. Er soll jetzt, in diesem Jahr, 4,5 Millionen Euro abführen, um hier die Misswirtschaft zu finanzieren. Wir wollen, dass Wohnen bezahlbar bleibt. Ein anderer Slogan für Sie, Herr Roters: „Roters macht das Wohnen teurer“. Sie haben doch hier die Grundsteuer angehoben, die auf die Mieter umgelegt wird. Wir wollen, dass es sich die Menschen wieder leisten können, hier in Köln zu wohnen. Sie sagen den Leuten immer: Da können wir nichts dran machen. - Dazu gehört natürlich auch, dass hier Kosten für Asylbewerber, Scheinasylanten und Asylbetrüger dabei sind; sie liegen im dreistelligen Millionenbereich. Über 3 500 geförderte Wohnungen sind an Asylbewerber vergeben. Sie stehen der einheimischen Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung.

Sie sind dann auch noch stolz auf ein Bevölkerungswachstum. Ja, wir wollen auch, dass unsere Stadt wächst, aber aus sich heraus. Wir wollen nicht die ganze Welt hier in Köln aufnehmen und für eine Verknappung des Wohnraums sorgen; das tun Sie nämlich. Wir können gar nicht so viele Wohnungen bauen, wie die Menschen, die hierher kommen, sie gebrauchen. Sie quartieren sie da ein und machen eine entsprechende Klientelpolitik.

Herr Roters, wofür brauchen wir denn ein neues Amt, ein Amt für Diversity Management, ein Amt für Vielfältigkeitsmanagement? - Sie wollen es in der eigenen Bürokratie schaffen. Was nutzt das dem Bürger? - Das nutzt doch nur wieder irgendwelchen Jusos, die arbeitslos sind und da irgendwo untergebracht werden; darum geht es.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Das sollen die Bürger über ihre Parkknöllchen bezahlen, die sie jetzt zuhauf bekommen, das sollen die Bürger mit erhöhten Strompreisen bezahlen, das sollen die Bürger bei der KVB bezahlen. Es wird ja mittlerweile zum Luxus, die KVB zu nutzen. Früher haben Sie die Preise einmal im Jahr erhöht; jetzt tun Sie es zweimal im Jahr.

Kommen wir zu den Schwimmbädern, die Sie so loben, liebe Frau Moritz. Früher, bei Konrad Adenauer, waren sie noch ein Beitrag zur Volksgesundheit. Heute können es sich die Leute nicht mehr leisten, ins Agrippabad zu gehen, Frau Moritz; so sieht es aus. Die Schwimmvereine haben zu wenig Wasserfläche. Darauf sind Sie auch noch stolz. Dafür muss sich doch eine solche Sportstadt wie Köln schämen. Sie müssen doch in der Lage sein, Mindeststandards einzuhalten. Das ist hier nicht geschehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu unnützen Ausgaben. Was ist denn mit Abfindungen für Mitarbeiter, die man loswerden wollte? Man musste 200 000 Euro aus der Stadtkasse bezahlen, weil man einen Opernintendanten herausgeschmissen hat, obwohl man mit der künstlerischen Leistung zufrieden war. Er passte Ihnen nichts ins politische Konzept. Er hat sich kreativ eingebracht; das ist in Köln ein Nachteil. Man muss hier zum Politapparat gehören, und schon ist alles in Ordnung, auch wenn man dann keine Leistung bringt. Herr Laufenberg hat Leistung gebracht; er musste gehen. Ich habe explizit gefragt, was uns das kostet. Sie sagten: Nichts! Das kostet gar nichts. Er hat überhaupt keine Chance usw. - Er hat aber doch 200 000 Euro bekommen, und dafür haben wir keinen Opernintendanten.

Das ist die Misswirtschaft, die es hier im Rathaus gibt und für die die Leute entsprechend zahlen müssen. Dazu habe ich hier in der ganzen Zeit nichts gehört. Da geht es um die Stadtentwicklung und um irgendwelche tollen Visionen, die Sie haben. Aber dass die Bürger im Prinzip all das bezahlen müssen, das haben Sie nicht gesagt. Sie haben auch nicht gesagt, dass Sie Angst vor der Bundestagswahl und vor der Kommunalwahl haben. All das haben Sie heute in einer langweiligen Debatte verschwiegen, die zum Einschlafen war. Früher war die Besuchertribüne voller; da hat es die Bürger interessiert. Aber was wir hier eben gehört haben, war ja nun wirklich infantiles Geschwätz sondergleichen, das überhaupt nicht interessiert.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich bitte Sie, sich in Ihren Äußerungen und Werturteilen zu mäßigen.

Jörg Uckermann (pro Köln): Natürlich, Herr Roters, das werde ich gerne tun. Wir haben ja heute eine zweite Ratsdebatte, in der es um die Inhalte geht. Pro Köln ist ja immer stark, wenn es um die Inhalte geht.

(Lachen bei der SPD und der CDU)

- Ja, da können Sie lachen. Ich bin froh, dass Sie noch lachen können. Herr Jung, Sie sind ein netter Kerl; aber ich habe hier von Ihnen letzten Endes noch nie einen konstruktiven Vorschlag gehört. Schauen Sie einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden an! Er muss schon als Zuschauer im Fi-

nanzausschuss sitzen, weil er es sonst nicht versteht.

(Henk van Benthem [CDU]: Es reicht langsam!)

Eben haben Sie die Redezeit aufgeteilt: Weil bald Bundestagswahl ist, haben Sie Ihren Herrn Bundestagskandidaten auch etwas sagen lassen, damit er in Köln bekannt wird. Darum geht es Ihnen. Es geht Ihnen nicht um inhaltliche Sachen zum Wohle der Bürger. Sie wollen hier Pressearbeit machen; das soll hier eine große Pressekonferenz sein.

Pro Köln wird da aber nicht lockerlassen. Pro Köln wird sich weiterhin für die Bürger einsetzen, also dafür, dass es sich die Bürger leisten können, in dieser Stadt zu leben, dass sie hier nicht abgezockt werden und nicht überhöhte Gebühren zahlen müssen. Wir laden Sie immer dazu ein, gemeinsam für Köln da zu sein, Bürgervertreter, Volksvertreter zu sein.

(Henk van Benthem [CDU]: Sitzungsgelder zu kassieren!)

- Darin sind Sie doch ganz groß, Herr van Benthem. Wenn wir das gegenüberstellen, dann - -

(Henk van Benthem [CDU]: Vorsicht! Vorsicht!)

- Ich bin nicht vorsichtig; ich bin ehrlich. Das ist der Unterschied zwischen uns, Herr van Benthem.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Legen Sie einmal offen, was Sie alles von der Stadt bekommen.

(Henk van Benthem [CDU]: Bei mir stand noch nicht die Staatsanwaltschaft vor der Tür!)

Sie kassieren mehr als unsere ganze Fraktion zusammen - so sieht es letzten Endes aus.

(Henk van Benthem [CDU]: Herr Oberbürgermeister, so geht's nicht! Das sind Diffamierungen! - Gegenruf von Markus Wiener [pro Köln]: Meinungsfreiheit!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Sie arbeiten hier mit Unterstellungen. Ich weise Sie darauf hin, dass solche Vorurteile und Unterstellungen hier in diesem Rat nicht berechtigt sind.

Jörg Uckermann (pro Köln): Wenn Sie die Wahrheit als „Unterstellung“ bezeichnen, ist das Ihr Problem. Ich habe es gesagt, und genau so ist es.

(Zuruf von Henk van Benthem [CDU])

- Herr van Benthem, dann halten Sie die Klappe.

(Zurufe von der SPD, von der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist nun einmal so: Wenn Sie die Wahrheit nicht ertragen können, ist das Ihr Problem. Sie durften anscheinend nicht für Ihre Fraktion reden. Also ist sie von Ihnen auch nicht überzeugt. Jetzt versuchen Sie es mit Zwischenrufen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt bitte weiter im Text!

Jörg Uckermann (pro Köln): „Im Text“? Herr Roters, ich habe hier keinen Text, ich habe nur Fakten. Das ist der Unterschied zu Ihnen. Ich lese doch hier keinen Text vor.

(Henk van Benthem [CDU]: Das gibt es doch nicht! Das ist eine Beleidigung der Sitzungsleitung!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Jetzt machen Sie weiter!

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Roters, ich wollte Sie nur einladen, mit uns für den Bürger zusammenzuarbeiten. Unser Motto ist: Die Stadt und die Politik haben für die Bürger da zu sein, nicht die Bürger für die Politik und die Verwaltung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von Markus Wiener [pro Köln])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir kommen dann zur Fraktion Die Linke. Herr Detjen, bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Linken bedankt sich bei der Verwaltung und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die sachliche und informative Arbeit. Auch wenn wir erhebliche Differenzen in der Sache haben, war zum Beispiel

die transparente Darstellung der Haushaltspositionen wichtig, um soziale Kürzungen im Detail beurteilen zu können.

Wir möchten uns auch bei der Presse bedanken, die sich sehr viel Mühe gegeben hat, die Auswirkungen von sozialen Kürzungen darzustellen. Toll war zum Beispiel die Doppelseite im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu den Sozialräumen, die in jedem Lokalteil extra für den jeweiligen Sozialraum veröffentlicht worden ist.

Ich möchte mich bei den Kölnerinnen und Kölnern bedanken, die sich beherzt an der Diskussion und den Protestaktionen gegen die Haushaltskürzungen beteiligt haben. Gestern und heute wird wieder vor dem Rathaus demonstriert und protestiert. Dank gebührt den Protestierenden auch deshalb, weil sie immer den Gesamtzusammenhang der Sozialpolitik gesehen haben und nicht nur ihre gesonderten Probleme.

Widerstand hat Wirkung. Diejenigen, die sich gewehrt haben, haben auch einen gewissen Erfolg erzielt: Bürgerhäuser, Sozialräume und interkulturelle Zentren wurden in ihrer Struktur bewahrt.

(Beifall bei der Linken)

Dennoch kommen auch diese Bereiche nicht ohne Beschädigungen davon - Beschädigungen, die Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, heute beschließen wollen. Sie haben im Sozial-, Kultur- und Jugendbereich Kürzungen von circa 2,5 Millionen Euro zurückgenommen, aber gleichzeitig wollen sie heute Kürzungen von über 5 Millionen Euro für 2013 und 11 Millionen Euro für 2014 beschließen.

Sie werden mit diesem Haushalt soziale Strukturen zertrümmern: Die Unterstützung für das Seniorennetzwerk wird auf null reduziert, die Netzwerkarbeit der Wohlfahrtsverbände wird erheblich eingeschränkt, und Verwaltungsstrukturen für die interkulturelle Arbeit werden erst einmal ohne einen Ersatz zerschlagen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich gefragt, ob wir hier und heute noch einmal aus ihren Reihen das Wort „Effizienzteam“ hören würden. Wie hatten Sie sich vor einem halben Jahr aufgeblasen und in der Öffentlichkeit geprotzt! Was war da doch für ein Team aus SPD, CDU, Grünen und FDP zu erwarten! Und was ist dabei herausgekommen? – Nichts ist dabei herausgekommen. Sie haben nicht einen einzigen Vorschlag gemacht. Und dann wollen Sie hier - wenn es nach Frau Moritz geht - auch noch

überlegen, ob Sie die Arbeit im „Effizienzteam“ fortsetzen.

Den Gipfel des Unvermögens haben aber CDU und FDP erklommen. Beide haben keinen Veränderungsnachweis im Finanzausschuss vorgelegt.

(Zuruf von der CDU: Na, na! Keine Beleidigungen! - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Dabei tönen sie doch ständig, die Stadt gebe zu viel Geld aus. Wo wird denn das Geld zum Fenster herausgeworfen? - Nennen Sie doch mal die Punkte und machen Sie Vorschläge!

Die Linke hat hier im Rat immer wieder betont: Köln hat ein Einnahmeproblem und weniger ein Ausgabenproblem. Das sehen wir auch an diesem Haushalt: Es sind doch keine unwichtigen Posten, die hier gestrichen werden sollen.

Wie gesagt, nehmen SPD und Grüne einen kleinen Teil der Kürzungen zurück. Ihre neuen Schwerpunkte verursachen aber doppelt so viele Kosten wie diese Rücknahme der Kürzungen. Und wie wollen sie das finanzieren? - Sie erhöhen die Einnahmen, indem Sie ins Portemonnaie der Stadtfamilie greifen: Der Stadtwerke-Konzern muss neben den bereits abgeführten 60 Millionen Euro weitere 10 Millionen Euro zahlen, und auch 2014 soll er 10 Millionen Euro zusätzlich zahlen, obwohl es vom Stadtwerke-Konzern noch gar keinen Wirtschaftsplan gibt, Herr Aufsichtsratsvorsitzender. Der GAG sollen 5,4 Millionen Euro entzogen werden. Beide Unternehmen leisten wichtige Aufgaben und brauchen ein gewichtiges Eigenkapital, und diese Mittel werden dem Eigenkapital entzogen.

(Martin Börschel [SPD]: Quatsch!)

Dem können wir nicht folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, Sie haben endlich das Einnahmeproblem erkannt, nur haben Sie die falsche Lösung gewählt. Deshalb sagen wir von der Linken: Wir brauchen eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um 15 Hehebepunkte, um das finanzielle Defizit jährlich auszugleichen. Mit 21 Millionen Euro zusätzlich in jedem Jahr – und nicht einmalig, wie es bei SPD und Grünen auf der Einnahmeseite vorgesehen ist – könnten die Einnahmen erhöht werden und die sozialen Kürzungen komplett und langfristig zurückgefahren werden. In ganz NRW ist der Gewerbesteuerhebesatz in den letzten Jahren gestiegen. Die Stadt Bonn hat

die Gewerbesteuer im Zusammenhang mit der Aufstellung des letzten Haushalts auf 490 Punkte angehoben.

Wir brauchen eine Umverteilung. Die Linke setzt sich dafür ein, dass wieder eine Vermögensteuer eingeführt wird. Dieses Thema wird im Juni im Rat der Stadt Köln auf der Tagesordnung stehen. Der Ausschuss Anregungen und Beschwerden hat gestern eine entsprechende Initiative des Kölner DGB unterstützt. Die Einführung einer Vermögensteuer auf Landesebene müsste damit verbunden werden, dass die Kommunen einen festen Anteil erhalten. Bei 5 Prozent Steuern auf Vermögen von mehr als 1 Million Euro und einem kommunalen Anteil von 23 Prozent ergäben sich für Köln Einnahmen von circa 110 Millionen Euro pro Jahr.

Die Kommunen brauchen vom Bund und vom Land mehr Finanzmittel; denn die Armut vor allem in den Großstädten wird immer größer. Deswegen werden wir es nicht hinnehmen, dass Großprojekte immer wieder gegen die soziale Infrastruktur ausgespielt werden. Für Rot-Grün, aber auch für Schwarz-Gelb in Köln stehen Großprojekte im Mittelpunkt, die sehr viel Geld kosten. Dafür wird Geld ausgegeben, ob für die Flora oder für den Rheinboulevard.

Bildung, soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Freizügigkeit sind die wichtigsten Güter, die wir haben. Sie stehen für uns im Mittelpunkt, sie sind für die Linke wichtig. Dazu möchte ich im Einzelnen ein paar Ausführungen machen.

Bildung ist wichtig: In Köln lebt jedes fünfte Kind in einem Hartz-IV-Haushalt. Gerade diese Kinder treffen Kürzungen im Jugend- und Bildungsbereich, denn sie haben kein Geld, das sie in ihrer Freizeit ausgeben können. Sie sind auf kostenlose Angebote in Schulen und Jugendzentren angewiesen. Deshalb wollen wir die Qualität im Bereich des offenen Ganztags erhalten; dort haben Sie die Mittel 2010/2011 um 5 Prozent gekürzt und sehen jetzt eine weitere Kürzung um 2 Prozent vor. Alle Fraktionen sind sich eigentlich einig, dass hier mehr Geld ausgegeben werden muss. Die 1 500 Kurzbetreuungsplätze, die Rot-Grün schaffen will, sind eine Mogelpackung. Hier sollen Kinder in Schulklassen verwahrt werden, ohne fachliche und pädagogische Betreuung.

Die Mittel für die freie Jugendarbeit sind schon zuvor massiv gekürzt worden. Wir sehen in unserem Veränderungsnachweis nicht nur die Rücknahme dieser Kürzungen vor, sondern auch eine Aufstockung der Mittel für das Projekt „Mitternachtssport“ um die Hälfte. Das Projekt bietet

eine Chance auf Teilhabe am Leben in der Metropole.

Der massive Ausbau der U-3-Betreuung in den letzten Jahren war ein Kraftakt; das ist unbestritten. Da hat die Verwaltung gute Arbeit geleistet. Aber was nützt es, sich angesichts des schnellen Ausbaus selbst auf die Schulter zu klopfen, wenn wir eine selbst Betreuungsquote von nur 40 Prozent erreicht haben? Damit kommen wir nicht weiter. Wir sehen in unserem Veränderungsnachweis die Zusetzung von 500 Plätzen vor. Dafür würden wir 3 Millionen Euro in die Hand nehmen. Das ist eine Zahl, die realistisch wäre. Damit würden wir 2013/2014 insgesamt 1 434 neue Kitaplätze schaffen.

Soziale Gerechtigkeit ist wichtig. In sozialen Brennpunkten brauchen wir sehr gute Angebote für Kinder und Jugendliche. Wir brauchen aber auch guten und bezahlbaren Wohnraum. Miethaie gefährden mit schlechtem und teurem Wohnraum ganze Stadtteile. Wir freuen uns, dass sich immer mehr Mieterinnen und Mieter dagegen wehren. Wir unterstützen ihren Protest. Wir fordern die Landesregierung von NRW auf: Sorgen Sie dafür, dass die Wohnhäuser in Chorweiler nicht an Miethaie verkauft werden.

(Beifall bei der Linken)

Die Fraktion Die Linke hat am 17. Januar, einen Tag vor der geplanten Versteigerung von 1 200 Wohnungen, vor der NRW.BANK protestiert. Die Zwangsversteigerung wurde zwar verschoben, aber wir haben immer noch keine Lösung. Die NRW.BANK ist keine Privatbank und muss endlich sozial handeln, also ihrem Auftrag nachkommen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Sie entscheiden gleich über unseren Antrag zur Fortsetzung des Baulückenprogramms mit drei Mitarbeitern. In den letzten Jahren wurden durch diese Mitarbeiter jährlich 500 Wohnungen geschaffen. Das war und ist eine sehr gute Arbeit. Diese Stellen sollten komplett gestrichen werden. Nach zähen Verhandlungen und Initiativen der Linken konnte erreicht werden, dass zwei Stellen bestehen bleiben; das können Sie der heutigen Mitteilung der Verwaltung entnehmen. Wenn man in diesem Bereich mehr Personal einsetzen würde, dann würde es, glaube ich, gelingen, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr Wohnungen schaffen als die GAG, meine Damen und Herren.

Wir sind über die Pressemeldungen der letzten Wochen etwas entsetzt. Dass die GAG in 2012 nur 354 Wohnungen gebaut hat, davon 212 ge-

förderte Wohnungen, das wussten wir. Dass die GAG aber in 2013 nur 300 Wohnungen fertigstellen wird und in 2014 und 2015 nur um die 200 Wohnungen geplant sind, ist verheerend - und das im Jubiläumsjahr! Im Jahr 2009 hatte die GAG doppelt so viele Wohnungen gebaut, nämlich 632. Diese Entwicklung ist ein Desaster für SPD und Grüne, die im Aufsichtsrat den Ton angeben. Statt ausreichenden und guten Wohnraum zu schaffen und die GAG zu stärken, wird dem Unternehmen der Gewinn entzogen.

Auch wenn der Kölner Stadtrat das Konzept zur sozialgerechten Bodennutzung beschließen wird, reichen die entsprechenden Mittel nicht aus, um zügig mehr geförderte Wohnungen zu bauen. Die Pläne der GAG müssen auf den Prüfstand, und um hier Druck zu machen, sollte die Stadt Köln prüfen, der GAG Flächen für Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen in Köln ein modernes Flächenmanagement; wir brauchen eine Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohn- und Mischflächen, damit endlich etwas passiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der Linken)

Teilhabe ist uns Linken wichtig. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und die direkt gewählten Vertreter im Integrationsrat sind sehr besorgt darüber, dass ihre Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess drastisch eingeschränkt wird. Sieben Stellen sind gestrichen worden, bevor überhaupt ein neues Konzept für Integration bzw. Diversity erarbeitet wurde. Wir fordern die Verwaltung auf, auf die Stadtarbeitsgemeinschaften zuzugehen und mit ihnen gemeinsam ein neues Konzept zu entwickeln.

Freizügigkeit ist wichtig. Deutschland wird in den nächsten Jahren in viel größerem Umfang ein Einwanderungsland werden. Die Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt wird vieles ändern. Auf diese Anforderungen hat Köln überhaupt keine Antwort. Die Diskussion über die Wanderarbeiter aus Südosteuropa hier im Rat hat dies deutlich gemacht. Wer meint, Wanderarbeiter nach rassistischen Merkmalen einstufen zu können, wird nicht nur den Beifall von rechtsextremen Kräften bekommen, sondern wird auch den Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes nicht gerecht. Wir müssen in diesem Rat Rassismus bekämpfen und die Freizügigkeit verteidigen.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Die Diskussion über den NSU-Terror macht deutlich, wie weit rechtsextreme Kräfte gehen: Sie morden nicht nur, sondern verunsichern bis heute Minderheiten bei der Ausübung ihrer Freiheitsrechte. Faktisch führt dies zu einer Art kollektivem Trauma, insbesondere in der türkischen Community. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns des Leids der Opfer in der Keupstraße annehmen. Wir brauchen eine aufsuchende, unabhängige Opferberatung, an der sich auch die Stadt Köln beteiligt. Herr Oberbürgermeister, es eilt! Angesichts der Diskussion im Vorfeld des NSU-Prozesses in München steht dieses Thema wieder auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss auf den Dringlichkeitsantrag der drei großen Fraktionen zur Frage der Verkehrspolitik eingehen. Frau Moritz, ich muss mich doch schon wundern, wie Sie zu dem Antrag gesprochen haben. Man musste den Eindruck haben, dass Sie eigentlich gegen den Antrag sind. Ich fand auch den Diskurs von FDP und Grünen interessant. Man hatte den Eindruck, man diskutiere über einen gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten, nachdem die Grünen gesagt haben, sie würden den Oberbürgermeister bei seiner Kandidatur nicht mehr unterstützen. Das fand ich schon interessant.

Meine Damen und Herren, es geht ja, wenn man die ganze Sache einmal nüchtern betrachtet - -

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Wollen Sie nicht, Herr Breite? Es kann ja sein, dass Sie ein Kandidat sind. Aber die Grünen sind natürlich schon ein bisschen größer. Da müssen Sie sich dann schon unterwerfen.

(Lachen bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir die ganze Sache nüchtern betrachten, ist es faktisch so: Die Grünen wollten auf der linken Rheinseite 6 Millionen Euro ausgeben, nämlich in der Südstadt. Der Antrag, der jetzt beschlossen wird, besagt: Wir geben diese 6 Millionen Euro rechtsrheinisch aus. - Wir Linken können nur sagen: Das können wir unterstützen. Wir finden es gut, dass ein Mittelfluss auf die rechte Rheinseite stattfindet, dass eine Straßenbahn ausgebaut wird, weil dies sozusagen Strukturpolitik beinhaltet. Die Straßenbahn ermöglicht nämlich, dass wir auf der rechten Rheinseite zusätzliche Wohnungen bauen. Das hat Frau Moritz hier aber etwas abgekanzelt.

Ich kann nur sagen: Die Frage der Verbindung von Infrastrukturpolitik mit Wohnungspolitik wird langfristig ein ganz wichtiges Moment sein, um die entsprechenden Probleme überhaupt angehen zu können. Deswegen habe ich vorhin gesagt - das war in der vorbereiteten Haushaltsrede -, dass uns ein Flächenmanagement wichtig ist. Im Rahmen eines Flächenmanagements sind verschiedene Faktoren wie zum Beispiel die Verkehrsanbindung ganz wichtig. Insofern werden wir diesen Antrag, so wie er ist, unterstützen, obwohl wir ihn, wie gesagt, erst als Tischvorlage erhalten haben. Wir können darüber auch deshalb so kurzfristig entscheiden, weil der Ausbau der Linie 7 in unserem Wahlprogramm gefordert wurde. Insofern müssen wir uns jetzt nicht den Kopf darüber zerbrechen. Ich glaube, es wird darum gehen, dass es in der Frage des Flächenmanagements und der Strukturpolitik insgesamt weiter vorangeht.

Frau Moritz, ich kann Ihr ganzes Gezerre nicht verstehen. Denn das Ganze, der komplette Punkt A aus dem Antrag, wird doch schon im Haushalt umgesetzt. Auf Grundlage dessen hätte man doch sagen können: Okay, wir beschließen den Haushalt, und auf der nächsten Ratssitzung legen wir einen detaillierten Antrag vor, der das im Einzelnen klarmacht. - Ich habe den Eindruck, dass sich die Grünen gewissermaßen selber ins Knie geschossen haben; ich verwende hier einen militaristischen Ausdruck, der nicht so schön ist, weil mir im Moment kein anderer eingefallen ist. Sie beschädigen sich sozusagen selber, anstatt zu sagen: Na ja, wir haben uns bei der Nord-Süd-Stadtbahn zwar nicht durchgesetzt, aber für den Ausbau des ÖPNV gesorgt. - Ich dachte, der Ausbau des ÖPNV sei grüne Politik. Aber es scheint eben doch keine grüne Politik zu sein. Grüne Politik ist es, die Klientel in der Südstadt zu bedienen,

(Beifall bei der Linken und von Volker Görzel [FDP] - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

und so kann man die Probleme nicht sen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Dann kommen wir zu Herrn Henseler.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Jungferrede!)

- In dieser Wahlperiode ist es seine Jungferrede. - Bitte schön.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Vielen Dank. - Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! „Jungferrede“ hört sich in der Tat gut an, aber ich habe an diesem Ort in der Vergangenheit schon das eine oder andere Mal gesprochen. Trotzdem ist es für mich eine neue Rolle, hier als Ratsmitglied zu sprechen. Daran muss ich mich erst gewöhnen.

(Heiterkeit bei Martin Börschel [SPD])

Gemäß dieser mir unerwartet zugewachsenen Rolle will ich versuchen, ohne die genaue Kenntnis der Debatten im Finanzausschuss, die noch von meinem Vorgänger Klaus Hoffmann geführt wurden, einen Beitrag zu leisten. Ich danke meinem Vorgänger hier ganz herzlich für seine engagierte Arbeit als Ratsmitglied der Freien Wähler. An seinen Einsatz für eine solide Haushaltspolitik will ich nahtlos anknüpfen.

Lassen Sie mich aber vorab feststellen, dass es für jemanden, der nach zehn Jahren wieder an dieses Podium tritt, schon ein Déjà-vu-Erlebnis ist, zu sehen, dass sich die Diskussion immer noch um die gleichen Probleme dreht; Herr Granitzka hat es auch schon gesagt. Und täglich grüßt das Murmeltier.

Die Stadt gibt mehr Geld aus, als sie einnimmt. Nur meine ich, dass wir vor zehn Jahren bei der Bearbeitung des Problems schon einmal weiter gewesen sind. Nach meinem Eindruck war man früher stärker bemüht, an Strukturen zu arbeiten, während man sich heute häufig mit Kosmetik begnügt.

Dabei muss man sich Folgendes klarmachen: Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, basiert auf optimalen Rahmenbedingungen: Die Konjunktur befindet sich auf einem Höhepunkt, die Kreditzinsen sind auf ihrem historisch niedrigsten Stand. Und trotzdem sahen Sie zu Beginn der Haushaltsplanberatungen ein Defizit von 300 Millionen Euro vor. Sie haben das vorgesehene Defizit nach monatelangen Verhandlungen zwischen SPD, CDU, Grünen und FDP um lächerliche 35 Millionen Euro reduziert. Ich frage Sie: Was machen Sie eigentlich, wenn die Konjunktur abstürzt, die Zinsen steigen oder wenn im ungünstigsten Fall beides eintritt?

(Martin Börschel [SPD]: Was ist dann Ihr Rezept?)

- Ich mache gleich einen Vorschlag. - Sich in einer solchen Situation auf Kosmetik zu beschränken, halte ich für unverantwortlich.

Wenn meine Informationen richtig sind - ich stütze mich dabei, wie andere interessierte Bürger auch, auf die Presse -, muss ich mich schon wundern: Die Stadtwerke müssen 10 Millionen Euro zusätzlich abdrücken, und bei der GAG veranlassen Sie eine Sonderabführung von mehr als 5 Millionen Euro an den Haushalt. Dazu erklärt der Sprecher der GAG wörtlich: „Dadurch wird nicht eine Wohnung weniger gebaut.“ Die GAG führt 5 Millionen Euro weniger an den Stadtsäckel ab, aber: „Dadurch wird nicht eine Wohnung weniger gebaut.“ Ich bin versucht, ironisch zu sagen: Viel weniger Wohnungen, als die GAG in den letzten Jahren gebaut hat - an dem Punkt hat Herr Detjen völlig recht; ansonsten stimme ich mit seinen Anschauungen nicht überein -, kann man ja wohl nicht bauen. Im Ernst: Angesichts der steigenden Wohnungsnot in der Stadt wundert man sich, dass die Vertreter des Rates im Aufsichtsrat der GAG solche offenbar vorhandenen Finanzpolster geduldet haben, anstatt bereits in der Vergangenheit für eine Steigerung der Wohnungsbauaktivitäten zu sorgen.

Dafür sind Sie in anderen Bereichen weniger großzügig. Zum Beispiel gibt es im Ganztagsbereich - das habe ich gelesen - Verträge mit freien Trägern, die einen umfangreichen Leistungskatalog beinhalten, zu dessen Einhaltung sie verpflichtet sind. Trotzdem sollen die städtischen Zuschüsse dort um 5 Prozent gekürzt werden. Ich habe heute von Herrn Börschel gehört, dass Sie die Kürzung etwas reduziert haben. Ich frage Sie dennoch: Wo sollen die Träger die Einsparungen vornehmen? - Sie werden wahrscheinlich antworten: beim Personal. Da frage ich: Finden Sie das fair? - Ich nicht. Mit solchen Maßnahmen erzeugen Sie Unmut, kommen einer Haushaltskonsolidierung aber keinen Schritt näher.

Sie müssen sich durchringen, weiterreichende Maßnahmen zu ergreifen und tiefe Einschnitte vorzunehmen; die Konjunktur oder die Bezirksregierung werden Sie in den nächsten Jahren ohnehin dazu zwingen. Die Freien Wähler schlagen Ihnen daher vor: Setzen Sie ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept in Kraft und ergreifen Sie Maßnahmen des strukturellen Haushaltsausgleichs unter Anwendung aller Vorschriften eines Haushaltssicherungskonzepts. Es ist heute mehrfach von einem Haushaltssicherungskonzept geredet worden; es ist sozusagen ein Gespenst, das sich irgendwo in der Ecke befindet. Aber wenn man ein solches Konzept anwendet und wirklich Maßnahmen ergreift, die

notwendig sind, dann verliert es sozusagen seine furchterregende Präsenz. Man muss es nur richtig anpacken. Wir empfehlen Ihnen, bei den Kosten der Repräsentation des Rates und bei bestimmten Verwaltungsaufgaben anzufangen.

(Martin Börschel [SPD]: Wir könnten die Beigeordnetenpensionen nehmen!)

- Auch! Die Politiker werden sich zukünftig im Hinblick auf ihre Versorgungsbezüge, ob aufgrund eines Mandats im Landtag - Herr Börschel, auch Sie gehen irgendwann in Pension -

(Martin Börschel [SPD]: Ich zahle für meine Rente selbst ein!)

oder im Bundestag oder einer Tätigkeit in der Verwaltung, nicht davon abkoppeln können; eine entsprechende Forderung wird kommen. - Damit wüssten die Menschen in der Stadt: Die Lage ist ernst, die Politik mutet nicht nur den Bürgern Einsparungen zu, sondern geht mit gutem Beispiel voran.

Nur einige wenige Vorschläge aus unserem Änderungsantrag: Reduzierung der Zahl der ehrenamtlichen Bürgermeister um zwei, Reduzierung der Zahl der Stadtbezirke um drei, Reduzierung der Aufwendungen für die Fraktionen um 50 Prozent, Abschaffung der Dienstwagen für Beigeordnete, Bürgermeister, Fraktionsvorsitzende und Vergabe eines Abrufauftrages an ein Mietwagenunternehmen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen: Das kostet ja auch nichts!)

Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen, meine Damen und Herren: Wir haben in dieser Stadt 14 Bürgermeister: einen hauptamtlichen Oberbürgermeister, vier ehrenamtliche Bürgermeister, neun Bezirksbürgermeister. Das ist so viel wie eine Fußballmannschaft einschließlich ihrer Einwechselspieler. Ich halte das für ein Missverhältnis.

Die Idee, Stadtbezirke einzusparen, stammt von der CDU. Sie ist allerdings wieder davon abgerückt, als das Gezeter der Bezirksbürgermeister losbrach.

(Widerspruch bei der CDU - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Überhaupt nicht!)

- Dann habe ich das falsch gelesen; dann erwartete ich Ihre Unterstützung, wenn dieser Punkt auf der Tagesordnung steht. Jedenfalls war sofort von Demokratieabbau und vom Verlust von Bürgernähe die Rede. - Wenn man bei der Zusam-

menlegung von Stadtbezirken - das ist auch gefordert worden - gleichzeitig die Rechte der Bezirksvertretungen stärkt und die Servicestellen der Verwaltung mit den Meldestellen vor Ort belassen würde, gäbe es sogar mehr Demokratie, mindestens genauso viel Bürgernähe und viel aktivierbares Potenzial im Hinblick auf strukturelle Einsparungen. Wichtig wäre, diese Beschlüsse vor der Kommunalwahl zu treffen, damit die Neuregelung unmittelbar nach der Kommunalwahl greifen könnte.

Wenn Sie sich zu solchen Schritten aufrufen könnten, würden die Bürgerinnen und Bürger mehr Verständnis für die weiteren schmerzlichen Einschnitte aufbringen, ohne die es nicht gehen wird: drastische Kürzungen von freiwilligen Leistungen, Einstellungsstopp bei der Verwaltung, Personalabbau in der Größenordnung der jährlichen Fluktuationsrate, natürlich auch einsprechende Reduzierungen bei den städtischen Aufgabenfeldern, Verkauf von städtischen Gesellschaften bzw. Gesellschaftsanteilen. Manch einem mag es bei diesem Szenario gruseln; aber das wird Ihnen nicht helfen. Genauso wenig wird Ihnen die Bundesregierung helfen; Herr Börschel hat das angesprochen. Die Bundeskanzlerin hat in ihrer Rede vor dem Städtetag nicht den Eindruck erweckt, als wolle sie ein Füllhorn von Wohltaten über den Städten ausgießen.

Wenn Sie allerdings die naive Vorstellung hegen sollten, eine eventuelle rot-grüne Bundesregierung würde - wenn sie denn gewählt werden sollte - Steuern zugunsten der Städte umschichten, werden Sie einen harten Aufschlag in der Realität erleben. Angesichts meiner langjährigen politischen Erfahrungen mit Regierungswechseln

(Lachen bei der SPD - Peter Kron
[SPD]: Und Parteiwechseln!)

erkenne ich eine Konstante: Nach jedem Wechsel, Herr Kron, wurde es für die Kommunen schlechter. Ich bin kein Prophet, wenn ich Ihnen sage: Daran ändert sich nichts.

Nutzen Sie das Instrument des Bürgerhaushalts, um die Bürger über Einsparalternativen mitbestimmen zu lassen. Schenken Sie den Leuten reinen Wein ein, und handeln Sie, bevor es immer schmerzhafter wird. Setzen Sie vor allem keine falschen Signale! Wenn Sie öffentlich beklagen, am Breslauer Platz habe die Verwaltung den Ratsbeschluss zur Errichtung eines Brunnen nicht umgesetzt, dann ist dies zwar formal richtig, aber im Hinblick auf eine neue Kultur der Sparsamkeit ein verheerendes Signal. Seien Sie froh, dass dieser Brunnen, bei dem weder die In-

vestitions- noch die Folgekosten etatisiert sind und den niemand vermisst, nicht gebaut wurde. Heben Sie den Ratsbeschluss auf, meine Damen und Herren!

Ein Letztes zu den anstehenden Großprojekten. Ich fange mit dem Vorhaben „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“ an. Hier habe ich nicht die Zeit, auf die unerfreuliche Genese des Projekts einzugehen. Ich verweise lediglich auf die früheren Aktionen und Veranstaltungen der Freien Wähler gegen die völlig überdimensionierte optische Massierung eines Baukörpers auf dem Rathausplatz. Wenn jetzt Initiativen und Personen um Werner Peters und Martin Stankowski - ich nenne die Namen in der Reihenfolge ihres Hervortretens - ein Moratorium für das von Anfang an umstrittene Projekt fordern, dann sollten Sie diesem Ansinnen Zeit und Raum geben und die angedachten Alternativen und Fragen in einem transparenten Verfahren gegenüber der kommunalen Öffentlichkeit rückkoppeln. Die Akzeptanz für die vom Rat beschlossene Planung wird in dem Maße schwinden und sich in Widerstand verwandeln, in dem Sie in absehbarer Zeit zu ungeordneten und ungeplanten Haushaltseinschnitten greifen müssen. Hier sehe ich eine große Gefahr für die Diskursfähigkeit in unserer Stadt.

An der Stelle will ich etwas zum Dringlichkeitsantrag sagen, der in meinem Redebeitrag bisher nicht vorkam. Ich habe es so verstanden, Herr Oberbürgermeister, dass dafür fünf Minuten zusätzlich verwendet werden können.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: 4 Minuten und 13 Sekunden haben Sie noch.

Andreas Henseler (Freie Wähler Köln): Ja, gut. Ich brauche sie aber nicht komplett. - Der Antrag ist in der Tat interessant; er ist wie viele andere, die ich in der Vergangenheit kennengelernt habe: Man bedient verschiedene Klientele und gibt weiße Salbe, um sich in der Öffentlichkeit positiv zu präsentieren.

Frau Moritz hat darauf hingewiesen, dass der Antrag aus zwei Teilen besteht. Der erste Teil besagt: Wir tun etwas für die Autofahrer. - Das ist die schlichte Botschaft. Wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es kein zusätzliches Geld.

(Winrich Granitzka [CDU]: Doch!
6,3 Millionen Euro!)

- Ja, aber sie sind - es sei denn, es sagt mir jetzt jemand etwas anderes - in den 10 Millionen Euro schon enthalten.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nein! Add-on!)

Wenn sie in den 10 Millionen Euro, die sozusagen von den Stadtwerken kommen, nicht drin sind, müssten ja - wenn ich gut rechnen kann - 6 Millionen Euro zusätzlich auftauchen.

(Winrich Granitzka [CDU]:
tig! - Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Genau so ist es!)

Dann kämen also nicht 10 Millionen Euro von den Stadtwerken, sondern 16 Millionen Euro,

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Dafür wird der Gewinn der Stadtwerke erhöht!)

es sei denn, Sie haben das alles - wie ich es eben als Flüstern gehört habe - schon im Verwendungsnachweis 3 glattgezogen und brauchen jetzt - -

(Unruhe - Karl-Jürgen Klipper [CDU]:
Nein!)

- Frau Moritz hat es doch im Prinzip so gesagt. -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Ja, die weiß doch gar nicht, wovon sie spricht! Die sollte mal dem Finanzausschuss folgen!)

Damit haben Sie sozusagen weiße Salbe für die Autofahrer und können erklären: Das ist geregelt. - So viel zu Teil A.

(Henk van Benthem [CDU]: Ich erkläre Ihnen das nachher noch mal!)

Ich bin auch gleich durch; ich will nicht mögliche Koalitionskrähe provozieren.

Ich will etwas zur Linie 7 sagen. Die Linie 7 ist ein Fossil.

(Beifall bei der FDP)

Sie ist in meinem Bewusstsein das erste Mal Anfang der 90er-Jahre aufgetaucht. Vorher wusste ich davon nicht. Da war ich nämlich Bezirksbeigeordneter für den Stadtbezirk Porz. Dann kam es auf die Agenda: Wir brauchen die Linie 7. - Es gab nur ein riesiges Problem:

(Ulrich Breite [FDP]: Beim Bauamt!)

Die Stadt Porz hat, als sie noch selbstständig war, die vorhandene Linie abgerissen. Auf der entsprechenden Trasse bestand vorher eine Linie, aber sie ist abgerissen worden. Dann sind dort Gebäude errichtet worden. Das Problem ist: Es ist ausgesprochen schwierig, die Besitzer zu enteignen,

(Reinhard Houben [FDP]: Das löst die CDU jetzt ganz schnell!)

denn sie können sich sozusagen auf staatliches Handeln berufen. Deshalb müssen Sie dort einen erheblichen Geldbetrag ausgeben. - Das war nur die Vorbemerkung zur Linie 7.

Ich finde es merkwürdig - Herr Detjen findet es gut; an der Stelle bin ich nicht einer Meinung mit ihm -, dass man die Mittel für zusätzliche Aufwendungen im Zusammenhang mit der vorläufigen Inbetriebnahme dieser Stadtbahnlinie in einer Größenordnung von 6 Millionen Euro

(Susana dos Santos Herrmann [SPD]:
Jährlich!)

dem Südstadtprojekt - Herr Detjen hat es als „linksrheinisch“ bezeichnet - entziehen will. Die Mittel würden, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nach Porz verlagert. Ich halte es für völlig falsch, Stadtteile auf diese Art und Weise gegeneinander auszuspielen,

(Beifall von der FDP und von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

vor allen Dingen unter dem Aspekt, dass der Effekt, der in diesem Antrag geschildert wird - große Baubereiche sollen dann erschlossen werden können -, überhaupt nicht eintreten wird, weil die Wohnbauflächen - Frau Moritz hat es gesagt - in diesem Bereich weitestgehend schon bestehen; Herr van Benthem, der aus Region kommt, wird das im Zweifelsfall bestätigen.

(Beifall von Volker Görzel [FDP] - Zurufe von der FDP: Darf er nicht!)

Deswegen empfehle ich Ihnen Folgendes: Wenn Sie schon etwas einsparen - das unterstützen wir Freie Wähler -, weil Sie den Stadtbahnvorlauf nicht vorzeitig in Betrieb nehmen, dann verlagern Sie die Mittel nicht, sondern nutzen Sie sie zur Haushaltskonsolidierung. Das ist an dieser Stelle der einzig sinnvolle Schritt, und dafür treten wir ein. Aber diesen Antrag können wir so nicht annehmen.

Herr Oberbürgermeister, lassen Sie mich mit der Frage Tucholskys enden: Wo bleibt das Positi-

ve? - Der Umgang von Rot-Grün mit dem geplanten Neubau des Stadtarchivs am Eifelwall zeigt, dass Sie die Zeichen der Zeit verstanden haben, auch wenn der Verbleib der Kunst- und Museumsbibliothek noch nicht geklärt ist. Mit dem Vorschlag zur Einsparung von Mitteln in Höhe von 30 Millionen Euro macht die Ratsmehrheit einen Schritt in die richtige Richtung. Wir unterstützen dies. Wenn Sie im Rahmen eines freiwilligen Haushaltssicherungskonzepts einen Haushalt ohne Neuverschuldung bis zum Jahre 2022 anstreben, bleiben Sie auf diesem Weg. Springen Sie nicht - wie bei der Echternacher Springprozession - zwei Schritte zurück, indem Sie ein Haushaltsdefizit von 275 Millionen Euro beschließen! Die Freien Wähler werden einem solchen Hin und Her jedenfalls nicht zustimmen. - Vielen Dank.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Das war aber länger als zehn Minuten! - Gegenruf von Andreas Henseler [Freie Wähler Köln]: 15 Minuten durften es ja sein!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auf der Tribüne!

(Zuruf: Und vor den Bildschirmen!)

- Auf die Zuschauer vor den Bildschirmen kommen wir gleich auch noch zu sprechen. - Ein paar lose Anmerkungen. Ein Einzelmandatsträger hat es hier – das wurde, als ich hier eingelesen bin, zugegeben – etwas schwer. Deswegen hoffe ich, dass wir am 25. Mai 2014 mit mehreren Leuten hier ins Rathaus einziehen; dazu später mehr.

Wenn man Herrn Börschel vorhin so zuhörte, konnte man denken, dass trotz Kürzungen in Köln alles besser geworden wäre, als ob alles besser ausgebaut wäre, als ob im U-3-Bereich und im Ü-3-Bereich alles perfekt wäre, als ob auch bei der OGS alles bestens wäre, ganz als ob die Quadratur des Kreises gelungen wäre. Die Bürger, die auch heute wieder draußen demonstriert haben, empfinden es ganz anders. Vielleicht sind die Bürger nicht komplett informiert; aber es wäre die Aufgabe der Stadt, umfänglich zu informieren, sodass es wirklich bei allen Bürgern ankommt.

Zu den OGS-Plätzen. Die Eltern sind von den Kürzungen enttäuscht; sie brauchen Planungssicherheit. Es kann nicht sein, dass Eltern, die es nach der Geburt ihres Kindes geschafft haben, in den Beruf zurückzukehren, weil sie in den Kindertagesstätten inzwischen eine ganz passable Betreuung vorfinden, sozusagen ihren Job wieder kündigen müssen, weil sie die Kinder eben doch nachmittags betreuen müssen. Hier muss mehr Klarheit geschaffen werden. Es muss vor allem auch Klarheit darüber geschaffen werden, wie – nach welchen Kriterien – diese Plätze eigentlich verteilt werden: Wer kann sich Chancen ausrechnen? Oder wird das alles einfach ausgetost? – Auch hier haben viele Eltern keine Informationen; sie wissen nicht, was schon in diesem September auf sie zukommt.

Einen anderen Schwerpunkt der Arbeit, die ich hier im Rat leisten kann, setze ich im Bereich des Verkehrs, im Verkehrsausschuss. Hier möchte ich das Augenmerk gezielt auf die Situation der Radfahrer lenken. Es wurde kurz von Herrn Börschel erwähnt: Wir hatten in den letzten Monaten leider einige schwere Radunfälle in der Stadt. Dies führte zu einer Debatte in der Öffentlichkeit und der Presse über die Frage, was man denn tun könne. Es gab leider eine ganze Reihe von respektlosen Leserbriefen, deren Verfasser die Schuld ausschließlich auf die Radfahrer lenken wollten. Entweder sprach man ausschließlich von „Kampfradlern“ oder davon, dass sich die Fahrradfahrer im Straßenverkehr vielleicht richtig verhalten, aber eben nicht defensiv genug, nach dem Motto: Wer sich von einem 20-Tonner überfahren lässt, ist eigentlich irgendwie selber schuld; man hätte ja auch anhalten oder ausweichen können. – Das ist eine respektlose Debatte.

Die Stadt Köln hat weiterhin die Aufgabe, für die Sicherheit im Radverkehr zu sorgen. Damit meine ich in diesem Fall das Kölner Radwegenetz. Ich bin immer wieder erstaunt darüber, wie Rot-Grün dieses Thema immer schleifen lässt, obwohl inzwischen klar ist, dass Fahrräder in vielen Stadtteilen im innerörtlichen Bereich das Hauptverkehrsmittel sind. Ich kann Ihnen berichten, dass die Radfahrer, die ich kenne, äußerst unzufrieden sind. Wir brauchen dort also dringend Veränderungen.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Zusammenhang wird viel von der Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmer gesprochen. Ich glaube, die SPD hatte auf ihrem Kongress zum Thema „Mobilität in Köln“ davon

gesprochen, dass eine Gleichberechtigung nicht zu erhalten ist, sondern erst einmal hergestellt werden muss. Dort wurde festgestellt, dass dies auch bedeuten kann, zunächst den Radverkehr gezielt stärker zu fördern als den motorisierten Individualverkehr, weil der Radverkehr einen ganz anderen Aufholbedarf hat. Ich hoffe, dass Sie dies auch umsetzen werden.

Gleichberechtigung der Verkehrspartner bedeutet für mich, dass die Fußgänger an erster Stelle und die Radfahrer an zweiter Stelle stehen und am Ende der motorisierte Individualverkehr folgt, so lange, bis wir wirklich einen kölnweiten Shared Space haben.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen sowie von Jörg Detjen [Die Linke.])

Zum ÖPNV, der natürlich weiterhin parallel existieren soll, und zur heutigen Debatte – ich dachte gar nicht, dass sie noch einmal so heftig und intensiv wird – zur vorzeitigen Inbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: „Vorzeitig“ ist gut!)

- Ja, „vorzeitig“ ist gut. Wir hängen Jahre hinterher, und es wurde Dutzende, ja Hunderte Millionen Euro teurer als erwartet. - Ich möchte hier einen leicht abgewandelten Spruch von Fredl Fesl zu diesem Thema zum Besten geben: Eine U-Bahn, die nicht fährt, die ist ihr Geld nicht wert.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Sinne möchte auch ich mich für die vorzeitige Inbetriebnahme des südlichen Abschnittes aussprechen. Natürlich ist es etwas teurer. Es ist aber speziell den Bürgern in der Südstadt nach der Katastrophe, nach dem Einsturz des Stadtarchivs, nicht zu vermitteln, warum sie weiterhin die Leidtragenden dieser Situation bleiben sollen. Wenn wir schon keine anderen Möglichkeiten haben – sie wurden in früheren Debatten immer wieder erwähnt –, die Bürger monetär zu entlasten, sollten wir sie wenigstens in diesem Punkt entlasten und ihnen die U-Bahn endlich zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Weiterhin zum Verkehr. Ich würde gerade geben, etwas zum autofreien Sonntag zu sagen. Auch hier geht es um einen Ratsbeschluss, der seit vielen Jahren nicht ordentlich umgesetzt

wird; er sollte endlich von der Verwaltung umgesetzt werden. Da geht es um kleine symbolische Handlungen, die nicht viel Geld kosten, aber einen Wandel unserer Politik dokumentieren würden. Als lobenswertes Beispiel – es ist vielleicht noch nicht bei jedem angekommen – ist unser wunderschöner Stadtbezirk Ehrenfeld zu nennen, der einen ersten Aufschlag macht,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Dank der Grünen!)

nachdem die Innenstadt – warum auch immer – darauf verzichtet hat. Die Organisatoren des Kölner Sonntags der Nachhaltigkeit hatten sich an die Bezirksvertretung gewandt. Wir haben nun in Ehrenfeld die Gelegenheit, zumindest einen kleinen Teil von Ehrenfeld am 15. September autofrei zu halten. Das Ganze läuft unter dem Stichwort „Tag des guten Lebens“.

Ein anderes Projekt, das wir von Deine Freunde voranzubringen versuchen, ist der sogenannte REWK. REWK bedeutet „Rad Express Wege Köln“. Das Projekt hat letztes Jahr den Preis des Dialogs Kölner Klimawandel gewonnen. Es geht um ein innergemeindliches Radschnellwegenetz. Auch da fordern wir von der Stadt Köln, von der Verwaltung ein engagierteres Auftreten. Es kommt nun zur Teilnahme an einem Wettbewerb. Es geht darum, einen solchen Radschnellweg von Köln nach Frechen in Planung zu geben. Es werden 5 000 Euro für ein Gutachten ausgegeben. Dann möchte man sich an dem Wettbewerb beteiligen. Mit viel, viel Glück bekommt man dann den Zuschlag. Wir meinen: Es kann doch nicht alles sein, dort einfach nur an einem Wettbewerb teilzunehmen. Wir brauchen tatsächlich auch innerhalb von Köln Radschnellwege, damit der Verkehr gleichberechtigt ist und das Fahrrad nicht nur ein Freizeitinstrument bleibt, sondern wirklich für den Alltagsverkehr taugt.

Zum Themenkomplex Kultur. Frau Moritz, Sie haben vorhin die Bürgerschaft gelobt, aber gleichzeitig zugegeben, dass es manchmal etwas nervt: die immer wieder neuen Einmischungen in schon beschlossene Themen. Ein paar Absätze später haben Sie aber auch gesagt, dass mehr Köpfe mehr Ideen haben.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber die müssen nicht gut sein!)

So sehe ich das auch im Zusammenhang mit der Archäologischen Zone/Jüdisches Museum und einem Haus der Geschichte in Köln. Ich habe das Gefühl, dass die entsprechenden Debatten deswegen nicht wirklich im Rat und in der Ver-

waltung geführt werden, weil man sozusagen ein innerkoalitionäres Trauma hat, was die Entscheidung zum Schauspielhaus angeht.

Die Idee eines Hauses der Geschichte in Köln ist wirklich faszinierend. Deswegen bringen wir dazu in der nächsten Sitzung, die um 15 Uhr beginnen soll, eine Anfrage in den Rat ein. Machen Sie sich einfach mal die Mühe: Nehmen Sie sich in der Pause die Zeit, dieses Konzept einmal durchzulesen. Es ist schon eine faszinierende Idee. Es geht nicht darum, dass wir es ad hoc beschließen müssen oder Ähnliches; wir wollen einfach darüber nachdenken. Das ist etwas, das ich bei der ganzen Debatte um die Archäologische Zone/Jüdisches Museum wirklich bedaure: Wir haben de facto schon seit Monaten, seit Jahren ein Moratorium. Dieses Moratorium wird bis zum ersten Spatenstich fortbestehen. Aber in der ganzen Zeit, in den ganzen Jahren ist es ein absolutes Tabu, zu überlegen, wie man dieses Haus inhaltlich besser ausgestalten kann. Ich halte den Vorschlag, in Köln ein Haus der Geschichte einzurichten, für bedenkenswert; höchstwahrscheinlich wäre das besser.

Ich würde gerne wesentlich mehr Punkte zum Thema Kultur ansprechen, aber meine Redezeit läuft ab. - Zur Kunst- und Museumsbibliothek: Auch das ist ein Thema, das enger mit der Nord-Süd-Stadtbahn verknüpft ist, als viele hier vielleicht glauben. Der Einsturz des Historischen Archives hat in der Stadt einen unglaublichen Verlust an Vertrauen in die sogenannte Stadt Köln verursacht. Ich habe damals den Neubau des Historischen Archives am Eifelwall und die schnelle Beschlusslage dazu als einen Versuch der Wiedererlangung der Glaubwürdigkeit empfunden. Man hat gesagt: Es ist etwas Katastrophales passiert, aber wir versuchen, möglichst schnell etwas gutes Neues zu schaffen. - 2009, im gleichen Jahr, kam von der Verwaltung der Vorschlag, die KMB zu schließen, um hier Geld einzusparen. Ein Aufschrei ging durch die Stadt und durch die Kulturlandschaft, und man hat ihn gehört. Was selten passiert: Am Ende kam wirklich etwas Besseres heraus. Man hat gesagt: Wir nehmen die KMB, holen sie von ihren dezentralen Punkten und packen sie sozusagen auch ins Historische Archiv. - Es war eine Entwicklung weg von der geplanten Schließung der KMB, hin zur Schaffung ordentlicher Arbeitsbedingungen und eines repräsentativen Orts für die KMB. Natürlich war das mit Aufforderungen an die Universität verknüpft, gemeinsam darüber zu verhandeln, ob sich die Uni dort in Form von Mietzahlungen und Bereitstellung von Personal einbringen kann. Doch diese Verhandlungen sind noch

gar nicht abgeschlossen. Es ist schade, dass Herr Quander nicht da ist. Er könnte berichten, dass das Verhandlungsergebnis noch gar nicht feststeht. Dass die Uni kein Interesse hat und sich nicht daran beteiligt, wird lediglich von Frau Moritz und Herrn Börschel kolportiert, die in diese Verhandlungen sozusagen hineingegrätscht sind. Man konnte der Presse entnehmen, dass es gar nicht vollkommen klar ist, ob die Uni kein Interesse daran hat.

Man muss dazu auch sagen, dass eine Schließung der KMB – dazu kommen wir später, in der nächsten Sitzung – natürlich gar keinen wahn-sinnigen Einspareffekt hätte. Dazu gehört auch, dass ein Teil der Fläche des Historischen Archives für Bestände der Universitätsbibliothek vorgesehen war. Wenn sie dort nicht einziehen sollte, weil sie tatsächlich nicht daran interessiert ist, muss man das Historische Archiv gar nicht so groß bauen wie vorgesehen. Dadurch wäre eine gewisse Einsparung zu erreichen.

Ein Punkt, der etwas untergegangen ist – da hatte ich etwas auf die CDU gehofft, die sich da eigentlich immer sehr engagiert -, ist der Tanz in Köln. Es wurde hier von Rot-Grün so dargestellt, als ob die freie Szene weiterhin ordentlich gefördert würde und es dort keine Einschnitte gäbe. Der Tanz empfindet dies ganz anders. Ich hoffe, dass wir es in den nächsten Jahren schaffen, die Mittel nach den Kürzungen wieder aufzustocken.

Ich möchte zwei weitere Institutionen der Subkultur erwähnen, die in den letzten Monaten und Jahren Teil der Diskussion in der Öffentlichkeit waren. Zum einen geht es um die Kolbhalle, die wirklich nicht viel Geld kostet, aber plattgemacht, entmietet und an NRW.URBAN übergeben werden soll, damit die Stadt Köln keine Mietzahlungen mehr leisten muss. Wenn man das täte, wäre das ein vollkommen falsches Signal an die freie Kulturszene, an die Subkulturszene. Lassen Sie die Finger davon! Lassen Sie die Leute dort bitte in Ruhe arbeiten und wohnen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.]

Das andere Thema: das Autonome Zentrum in Kalk, das 2012 übrigens Mittel des Bürgerhaushaltes im Bereich Kultur erhalten hat. Auch dort gibt es einen eindeutigen Aufruf der Bürgerschaft an den Rat, das Zentrum zu erhalten.

(Zuruf von pro Köln: Pfui!)

Wenn Sie das Autonome Zentrum abreißen wollen, dann kümmern Sie sich bitte um ordentliche Ersatzflächen.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.])

Leider kann ich nichts mehr zu den vielen kleinen Themen wie zum Livestreaming von Sitzungen sagen. Seit 2010 gibt es einen Prüfauftrag der Stadt Köln. Das ist vollkommen untergegangen. So geht man nicht mit der Bürgerpartizipation um. Der Bürgerhaushalt ist inzwischen leider nur noch ein Feigenblatt. Meines Erachtens könnte man ihn wirklich restlos einstampfen, denn die Beschlüsse werden in den Ausschüssen, etwa bei uns im Verkehrsausschuss, nicht einmal mehr ordentlich besprochen.

Um die Verwaltung zu loben, möchte ich ein Letztes zum Helios-Gelände sagen. Ich bin sehr froh über die Bürgerbeteiligung bei diesem Thema und darüber, dass wir jetzt einen Planungswettbewerb durchführen. Ich hoffe, dass wir zu einer guten Lösung für die inklusive Schule kommen werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Zimmermann. – Damit sind die Redebeiträge zum Haushaltsentwurf 2013/2014 beendet.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen.

Wir beginnen zunächst mit Tagesordnungspunkt 7.1, den wir eben in der Tagesordnung vorgezogen haben:

**7.1 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011**

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen: Moment!])

Wer ist für diesen Beschlussvorschlag? – Wir stimmen ab; wir sind in der Abstimmung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Für Alternative 2 wollen wir abstimmen, die weitestgehende! – Weitere Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Wir stimmen erst einmal über den Grundvorschlag ab, und dann - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! Erst mal die Alternative 2! - Weitere Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Ich will es noch einmal sagen: Wir stimmen erst einmal über die Vorlage als solche ab. Dann haben wir das Ergebnis, und dann werden wir über die Alternativen abstimmen.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Eine Sekunde! – Wir machen es so: Wir stimmen jetzt über Tagesordnungspunkt 7.1 ab, über die Vorlage des Oberbürgermeisters in der Alternative 2 – das ist die weitestgehende. Ich bitte jetzt um das Handzeichen dazu: Wer ist für - -

(Karsten Möring [CDU]: Herr Oberbürgermeister, können Sie den Wortlaut der Alternative wiedergeben?)

- Bei Alternative 2 geht es um die Frage der Verlängerung bis Sürth. – Wer ist für die Alternative 2? Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion der Grünen, Herr Zimmermann und pro Köln. Wer Enthält sich? – Damit ist sie abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über TOP 7.1, Alternative 1. Da geht es um die Frage der Verlängerung bis Rodenkirchen. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion pro Köln und die Fraktion der Grünen. Der Vorschlag ist ebenfalls abgelehnt.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Vorschlag der Vorlage zu TOP 7.1 ohne Variationen. Wer ist für diese Vorlage? Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der CDU, die Fraktion Die Linke und Herr Henseler. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Vorlage so beschlossen.

Wir kommen dann zum Tagesordnungspunkt 2.1:

**2.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Führung der Linien 106, 132 und 133 nach Teilinbetriebnahmen der Nord-Süd Stadtbahn"
Verweisungsbeschluss des Verkehrsausschusses vom 04.09.2012
AN/2056/2011**

Hat es sich dadurch erledigt, oder wollen Sie, dass darüber abgestimmt wird? – Frau Kirchmeyer.

Christtraut Kirchmeyer (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich danke in diesem Zusammenhang der Verwaltung, die den Antrag, ohne dass die Kolleginnen und Kollegen da zugestimmt haben, so schnell in unserem Sinne abgearbeitet hat. Wir freuen uns, dass es diesen Antrag gibt, und wir werden ihm gerne zustimmen. – Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ihr Antrag ist erledigt?

(Christtraut Kirchmeyer [FDP]: Ja, der Antrag ist erledigt! Ich meinte die Verwaltungsvorlage!)

- Gut. Der Antrag ist damit erledigt.

Wir kommen dann zu Punkt 2.3:

2.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 "Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)" in der Fassung des Beschlusses des Rates aus seiner Sitzung am 19.03.2013 - TOP 16.1 AN/0289/2013

Ist der Änderungsantrag ebenfalls erledigt?

(Zurufe von der FDP: Nein!)

- Dann wird darüber abgestimmt. Wer ist für den Antrag der FDP-Fraktion? Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann kommen wir zu TOP 2.2:

2.2 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Baulückenprogramm erhalten" Verweisungsbeschluss des Rates vom 15.11.2012 AN/1775/2012

Wer ist für diesen Antrag? Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP und Die Linke sowie Herr Henseler und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? – Enthaltungen gibt es bei der Fraktion pro Köln. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu TOP 2.4:

2.4 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Tanzgastspiele retten – städtischen Zuschuss durch TanzEuro entlasten" in der Fassung des Beschlusses des Betriebsausschusses Bühnen der Stadt Köln am 11.04.2013 - TOP 3.1 AN/0404/2013

Wer ist für diesen Antrag? Ich bitte um das Handzeichen.

(Ursula Gärtner [CDU]: Moment! Da war ein Antrag!)

- Ach so! Das ist jetzt nicht erkennbar gewesen; ich dachte wir wollten abstimmen. Bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion beantragt Abstimmung wie im Kulturausschuss. Da ist getrennt abgestimmt worden, und wir würden gerne jetzt hier auch so abstimmen lassen wie im Kulturausschuss.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Was heißt das?

(Zurufe von der CDU)

- Abstimmung wie im Kulturausschuss: Da sind vier Punkte, über die einzeln abgestimmt werden soll; das ist der Antrag der Fraktion der CDU. Gibt es Gegenstimmen? – Dann machen wir das so.

Punkt 1:

Die Bühnen der Stadt Köln erhalten den Auftrag, auch für die Spielzeiten 13/14 und 14/15 ein Tanzgastspielprogramm umzusetzen, wie es in der Vorstellung eines „Virtuellen Tanzgastspielprogramms“ vorgeschlagen wurde.

Wer ist dafür? – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP, die Fraktion Die Linke und die Fraktion pro Köln sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Punkt 1 abgelehnt.

Punkt 2:

Als Finanzierungsbeitrag wird auf alle Kartenverkäufe der Bühnen ein sog. „Tanz-Euro“ erhoben. Ein annähernd deckender Beitrag wäre über die lineare Erhebung von zwei Euro auf jede verkaufte Karte zu erreichen (ca. 275.000 x

2 €). Die konkrete Ausgestaltung über die verschiedenen Preisgruppen soll bei Erhalt des Ertragsvolumens der Betriebsleitung überlassen werden.

Wer ist für den Punkt 2? Ich bitte um das Handzeichen. – Die Fraktion der FDP und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist er abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 3:

Die Einnahmen aus dem „Tanz-Euro“ sind in der Bilanz separat auszuweisen. Eine eventuell verbleibende Finanzierungslücke wird den Bühnen erstattet.

Wer ist dafür? – Die Fraktion der FDP und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Er ist ebenfalls abgelehnt.

Punkt 4:

Die Maßnahme wird nicht automatisch über den hier beschlossenen Zeitraum fortgeführt, sondern ist rechtzeitig zu einer Beratung und einem ggf. erneuten Beschluss vorzulegen.

Der Punkt erübrigt sich im Grunde, weil wir den entsprechenden Beschluss nicht gefasst haben. Deswegen brauchen wir darüber nicht abzustimmen.

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag insgesamt ab. Wer ist für den Antrag der FDP „Tanzgastspiele retten“, TOP 2.4? Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FDP, die Fraktion Die Linke und Herr Zimmermann. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu TOP 3.1:

3.1 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur - Verlängerung der Linie 7 in Köln-Porz-Zündorf vorantreiben - Wohnbauflächen erschließen!“ AN/0572/2013

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Es geht um Klarstellungen. Wir machen hier keine Rederunde; das haben Sie eben beschlossen. - Bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, ich wollte keine Rede halten. – Offensichtlich gibt es zu Ziffer 1 unterschiedliche Interpretationen. Um es deutlich zu machen: Ziffer 1 sagt aus, dass die Mittel von 6,35 Millionen Euro bereits im Beschluss des Finanzausschusses vom 12. April beinhaltet sind.

(Zurufe von der CDU)

Das heißt, Basis ist der vom Finanzausschuss am 12. April beschlossene Haushalt mit allen Veränderungen. Es ist keine Zusetzung. Das ist wichtig. Ich wurde danach gefragt. Ansonsten wäre es eine völlige Neujustierung des Haushaltes; das machen wir nicht auf Zuruf.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Ich kann keine Anfrage an die Antragsteller richten. Deswegen müssen Sie, Frau Klug, jetzt daran glauben.

(Beigeordnete Gabriele C. Klug: Ich höre!)

- Gut. - Im Antrag der drei Fraktionen spricht man von 6,35 Millionen Euro. Gehe ich recht in der Annahme, dass dies die Summe ist, die im Veränderungsnachweis 3 enthalten ist, nämlich im Zusatz von SPD und Grünen zur Verkehrsinfrastruktur? – Da steht aber 6,25 Millionen Euro. Ist damit der gleiche Betrag gemeint? Wenn ja, wo kommen die restlichen 100 000 Euro her?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Eine Antwort dazu von Frau Klug.

(Unruhe)

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Die Antwort muss ich leider sehr oberflächlich geben, Herr Detjen; denn meine Antwort bezieht sich auf die gemäß Drucksache 0984/2013 zur Verfügung stehenden Mittel. Diese Drucksache enthält eine solche Summe. Ob es um diese Summe geht, müssen Sie die Antragsteller fragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: In der Vorlage – ich sage es directement – wird auf die Umdrucksache 1412/2013 Bezug genommen.

Sie besagt, dass es hier eine Erhöhung der vorhandenen Mittel gibt. – Bitte.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht nicht mehr! Im Rahmen des beschlossenen Haushalts! – Gegenruf von Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Nicht im beschlossenen Haushalt! Plus! – Weitere Zurufe von CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Ich möchte da nachhaken. Mir liegt eine Drucksache mit der Nummer 0984/2013 vor, die dem zugrunde liegt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das ist die alte Fassung. Wir haben eine neue Fassung, und die neue Fassung hat die Bezugnahme auf Drucksache 1412/2013. Sie besagt, dass es hier eine Erhöhung um 6,35 Millionen Euro gibt. Darüber lassen wir jetzt abstimmen. –

(Unruhe)

Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister, weil es hier Verwirrung gibt: Wir gehen jetzt davon aus – das soll auch zu Protokoll genommen werden –, dass die 6,35 Millionen Euro zusätzlich zu dem vorliegenden Haushalt, wie unter der Nummer hier angegeben, beschlossen werden. – Vielen Dank.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Ich gehe davon aus, dass das so ist. – Noch ein Beitrag.

(Unruhe)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister, wir weiten den Haushalt nicht einfach aus der Lamäng um 6 Millionen Euro aus. Es gilt die Beschlusslage des Finanzausschusses vom 12. April 2013.

(Beifall von Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

Wenn da Unklarheit besteht, muss man eine kurze Auszeit nehmen. Wir machen gleich die Gesamtabstimmung über den Haushalt, und da wird nicht mal eben eine Veränderung um 6 Millionen Euro aus dem Ärmel geschüttelt,

(Beifall von Dr. Rolf Albach [FDP])

insbesondere nicht nach dem Beitrag von Herrn Granitzka; das kann nicht sein.

(Beifall von Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich gebe noch einmal das Wort, und dann überlegen wir, ob wir eine Auszeit nehmen. – Bitte schön.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister, Frau Klug, stimmen Sie damit überein, dass im Finanzausschuss am 12. April 2013 Folgendes beschlossen wurde?

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2013/2014 gem. dem durch die Veränderungsnachweise 1 und 2 fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Ist das der Beschluss?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja.

Karl-Jürgen Klipper (CDU): Das bedeutet, dass die 6 Millionen Euro dazukommen; das ist die einzige logische Konsequenz daraus.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind da aber schon drin! – Gegenrufe von der CDU: Nein!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir brauchen hier Klarheit. Wir klären das. Ich unterbreche die Sitzung für einige Minuten.

(Unterbrechung von 13.58 Uhr bis 14.42 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hat

beantragt, sich kurz zu einer Fraktionssitzung zurückziehen zu können. Ich verlängere die Unterbrechung um acht bis zehn Minuten.

(Unterbrechung von 14.42 Uhr
bis 15.15 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir sind stehen geblieben bei der Abstimmung über Tagesordnungspunkt 3.1. Dazu lag vonseiten der Fraktionen der SPD, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen eine Neufassung des Dringlichkeitsantrags zum Thema „Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur“ vor. Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte zum Abstimmungsverfahren Folgendes beantragen: Teil A des von Ihnen zitierten Antrags soll vertagt werden, und Teil B soll zur Abstimmung gestellt werden. Teil A soll natürlich nicht auf die Sitzung heute Nachmittag vertagt werden, sondern auf die Ratssitzung am 18. Juni.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann nehmen wir hier getrennte Abstimmung vor. - Herr Granitzka.

Winrich Granitzka (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir haben einen gemeinsamen Antrag gestellt. Er ist paraphiert worden. Wir haben ihn ausgehandelt

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen:
Nicht mit uns!)

- in langen Verhandlungen mit der SPD. Die SPD hat erklärt, sie würde das ihrem Koalitionspartner vorlegen. Der Koalitionspartner hat heute Morgen, so wie ich es gesehen habe, diesen Antrag auch paraphiert. Nun soll der Teil, den wir die ganze Zeit verhandelt haben, verschoben werden. Herr Börschel hat heute Morgen richtig ausgeführt, dass wir für alle Kölner etwas zu tun wollten, nämlich endlich die maroden Straßen, die marode Infrastruktur nachhaltig anzupacken. Das war doch das Ziel der ganzen Veranstaltung.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt aber müssen wir feststellen, dass alle diese Vereinbarungen nicht mehr gelten. Wie sollen wir denn überhaupt noch vernünftige politische Verhandlungen führen können? Was soll denn die Öffentlichkeit von uns denken, die das ja die ganze Zeit unterstützt hat?

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sagen wir: Wir können einer solchen Verschiebung heute auf gar keinen Fall zustimmen. Wir werden überlegen, wie wir uns dazu weiter verhalten. Wir waren wirklich der Meinung, dass wir für alle Kölner etwas tun können. Das ist jetzt leider nicht möglich. Sehr schade!

(Beifall bei der CDU)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das kann in einem entscheidenden Punkt so nicht stehen bleiben. SPD und Grüne haben am gestrigen Nachmittag einen Antrag miteinander verabredet. Die CDU hat die Möglichkeit bekommen, diesem Antrag beizutreten.

(Lachen bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist diesem Antrag beigetreten, wie ich ausweislich eines Faxes belegen kann. Da ist das Rubrum „CDU-Fraktion im Rat“ sogar handschriftlich hinzugefügt worden, und zwar zu einer Version, die ursprünglich von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat war. Insofern will ich zumindest diesem Teil deutlich widersprechen. Alles Weitere - wir sind ja jetzt in der Abstimmung - müssten wir später machen.>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zunächst hatte sich Herr Uckermann gemeldet, dann Herr Möring.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte unseren Unmut zum Ausdruck bringen, wie hier die angeblich drei großen Volksparteien ein demokratisches Gremium funktionsuntüchtig machen. Wir sollten jetzt eigentlich schon in der 43. Ratssitzung sein. Herr Granitzka berichtet uns hier großartig von langwierigen Verhandlungen. Dann hören wir von dem anderen Fraktionsmensch, dass das wohl erst gestern Nacht aus-

gehandelt worden ist und die anderen dem dann beigetreten sind. Ich möchte Sie doch bitten - Sie betonen ja immer Ihre Verantwortung für die Stadt -, dass Sie sich ein bisschen mehr Zeit nehmen und uns hier Anträge vorlegen, die man beschließen kann, und nicht Sachen, die so fehlinterpretiert werden können. Mit Ihrem Dilettantismus legen Sie ein ganzes Gremium lahm, und das ist beschämend. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Kollege Börschel, es ist ja nachvollziehbar, dass Verhandlungen über Interessen, die nicht übereinstimmend sind, schwierig sind. Deswegen hat es ja auch lange gedauert. Das, was Sie eben gesagt, überschreitet die Grenze der Wahrheit allerdings erheblich.

Zweifelsohne haben Sie uns gestern ein Papier vorgelegt, das wir dann im Detail ausverhandelt haben. Abends um Viertel vor sieben waren wir damit fertig. Ausweislich unseres Gesprächs haben Sie gesagt, das müssten Sie dann aber noch rechtzeitig den Grünen sagen, damit wir heute darüber beschließen können. Sie haben dieses Fax von mir gegen zehn Uhr abends bekommen. Sie hatten mir gesagt - das Papier trug ja sozusagen Ihren Standardkopf: SPD und Grüne -, ich möge doch die anderen Punkte noch ergänzen.

Nach dem, was Sie uns in den Verhandlungen gesagt haben, hatten Sie zu diesem Zeitpunkt über die hinderlichen Fragen offensichtlich mit den Grünen nicht gesprochen. Entweder ist das, was Sie eben gesagt haben, falsch, oder es ist das falsch, was Sie uns in den Verhandlungen gesagt haben. Dieser Schritt war nicht nötig und - das möchte ich hier ganz klar sagen - erschüttert nachhaltig das Vertrauen in eine solche Gesprächsführung. Jetzt zu sagen, wir seien einem solchen Antrag beigetreten, nachdem wir über lange Zeit hinweg die Inhalte bis ins Detail ausverhandelt haben,

(Martin Börschel [SPD]: Mit mir nicht!)

verfälscht die Realität erheblich. Sie können das anders darstellen. Ich möchte das hier nur klarstellen. Wir werden uns überlegen, welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Noch einmal: Damit haben Sie eine Grenze überschritten, die Sie nicht hätten überschreiten sollen.

(Beifall bei der CDU – Martin Börschel [SPD]: Herr Möring, das macht es nicht wahrer!)>

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, gestellt durch Herrn Frank, auf Vertagung von Punkt A des Tagesordnungspunkts 3.1. Wer für eine Vertagung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen, die Fraktion Die Linke sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über Punkt B des Antrags. Wer für Punkt B dieser Vorlage ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen, die Fraktion Die Linke sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dies so angenommen.

Wir kommen noch zur Gesamtabstimmung. Wer für den Dringlichkeitsantrag in der jetzt so beschlossenen Fassung - also ohne Teil A - ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen, die Fraktion Die Linke sowie Herr Zimmermann. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag so beschlossen.

Wir kommen dann zum weiteren Abstimmungsprozedere.

Tagesordnungspunkt 5.1:

5.1 Anregungen der Bezirksvertretungen gem. § 37 Abs. 4 GO 1400/2013

Das ist eine Verweisung aus dem Finanzausschuss vom gestrigen Tage. - Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Für die Verwaltungsvorlage!)

- Ja, für den Beschlussvorschlag. - Wer dafür ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Henseler ist das so mit der Stimme des Oberbürgermeisters beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6:

6 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014

Zunächst zu Tagesordnungspunkt 6.1:

6.1 Einwendungen von Frau Nicolaysen, Herrn Klein und Herrn Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1020/2013

Abgestimmt wird über den Beschlussvorschlag. - Wer für die Annahme dieser Einwendungen ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der CDU - -

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Zustimmung zur Zurückweisung!)

- Ach so. Dann noch einmal. gung! - Ich lese den Beschluss vor, damit wir es ganz genau wissen, ich auch. Er lautet wie folgt:

Der Rat nimmt die Einwendungen von Frau Gisela Nicolaysen, Herrn Martin Klein und Herrn Herbert Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung der Linken und von Herrn Zimmermann.

In der gleichen Weise geht es weiter. Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 6.2

6.2 Einwendung von Herrn Dr. Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1033/2013

Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. -

(Zurufe: Getrennte Abstimmung! - Winrich Granitzka [CDU]: Wir wollten getrennt abstimmen über die beiden Punkte!)

Zu diesem ersten von der - -

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: 6.2!)

- 6.2, ja. Langsam, langsam! Wir haben gerade erst angefangen. - Also: Zu 6.2 gibt es einen Beschlussvorschlag der Verwaltung. Darin heißt es, dass man das zur Kenntnis nimmt und zurückweist.

(Karl-Jürgen Klipper [CDU]: Es gibt zwei Punkte dazu!)

Bitte schön, Frau Henk-Hollstein.

Anna-Maria Henk-Hollstein (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir bitten um Abstimmung wie im Finanzausschuss. Auf der Rückseite unterhalb der Begründung gibt es zwei Punkte, die zur Abstimmung stehen. Wir bitten diese beiden Punkte einzeln zur Abstimmung aufzurufen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Also, wir stimmen getrennt ab, wie Finanzausschuss.

Abstimmung über Punkt 1: Da geht es um die Planung für das Museum. Auch da ist der Beschlussvorschlag der Verwaltung, diesen zurückzuweisen. Wer für diesen Beschlussvorschlag der Verwaltung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der FDP und der Linken. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann.

Abstimmung über Punkt 2: Auch da schlägt die Verwaltung vor, diesen Punkt zurückzuweisen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dafür ist, das zurückzuweisen, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU, der FDP und auch der Linken. Wer enthält sich? - Enthaltung von Herrn Zimmermann. Damit ist es so beschlossen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Weil wir jetzt getrennt abgestimmt haben, müssen wir noch einmal insgesamt darüber abstimmen. Wer gegen den Beschlussvorschlag insgesamt ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Fraktion der CDU, von Herrn Zimmermann und Herrn Henseler ist es aber insgesamt so beschlossen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 6.3:

6.3 Einwendung von Herrn Hagenbruch gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1098/2013

Auch dafür gilt: Dies wird zur Kenntnis genommen. Wir als Verwaltung schlagen vor, die Einwendung zurückzuweisen. - Wer gegen diesen Vorschlag der Verwaltung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion pro Köln.

Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist er so angenommen.

Wir kommen zur Einwendung unter 6.4:

6.4 Einwendung von Herrn Wortmann gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1107/2013

Auch da geht es darum, diese Einwendung zur Kenntnis zu nehmen und sie zurückzuweisen. - Wer gegen den Vorschlag der Verwaltung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist wiederum die Fraktion pro Köln sowie Herr Henseler. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so zurückgewiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 8.1:

8.1 Hpl.-Entwurf 2013/2014 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung 1112/2013

Ich verweise auf die Neufassung vom 26. April 2013. - Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Beschlussvorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion der Grünen und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist dies so angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 9.1:

9.1 Bürgerhaushalt 2013 - Umsetzung der Bürgervorschläge 1064/2013

Der Bürgerhaushalt 2013 und die Umsetzung der Bürgervorschläge sollen zur Kenntnis genommen werden, wie Finanzausschuss. Gleichzeitig hat uns der Finanzausschuss beauftragt, die positiv bewerteten Vorschläge umzusetzen, soweit eine Deckung vorhanden und eine kostenneutrale Umsetzung möglich ist.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das entspricht nicht dem Finanzausschussbeschluss! Das ist gestrichen!)

- Das ist gestrichen. Okay. Dann wird das nur zur Kenntnis genommen. - Das haben Sie somit zur Kenntnis genommen.

Dann zum Tagesordnungspunkt 9.2:

9.2 Bürgerhaushalt 2013 - Voten der Bürger zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung 1072/2013

Da geht es um reine Kenntnisnahme. - 9.2 ist somit zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10:

10 Stellenpläne

Zu Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2013/2014 0537/2013

Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Keiner. Wer enthält sich? - Enthaltung der FDP. Damit ist er so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.2:

10.2 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2013/2014 0539/2013

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.3:

10.3 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014 0561/2013

Wer ist dagegen? - Gegen die Stimmen der FDP und der Fraktion pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist der Stellenplan so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.4:

10.4 Stellenplan für die Jahre 2013/2014 0884/2013

Abstimmung, wie vom Finanzausschuss vorgeschlagen und beschlossen. - Wer ist gegen diesen Stellenplan? - Das sind die Fraktion der CDU, die Fraktion der FDP und die Fraktion pro Köln sowie Herr Henseler. Wer enthält sich? - Bei Enthaltung von Herrn Zimmermann ist der Stellenplan so angenommen.

Zu Tagesordnungspunkt 10.5:

**10.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014
0910/2013**

Wer gegen diesen Vorschlag ist, bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Dann ist er so beschlossen.

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 11:

**11 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre
2013/2014
1412/2013**

Auch hier kommen wir zur Abstimmung. Wer für diese Haushaltssatzung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Grünen. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit sind die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan angenommen.

Ein Blick auf die Uhr verrät mir, dass wir uns darauf verständigen sollten, wann wir mit der nächsten Sitzung, der 43. Sitzung, beginnen. Ich würde vorschlagen, um 16.10 Uhr zu beginnen. Das wäre in einer halben Stunde.

(Winrich Granitzka [CDU]: Halb fünf!)

- Okay. Es soll wohl noch Fraktionssitzungen geben. 16.30 Uhr.

(Unruhe)

- Einverstanden? - Also, dann lege ich in meiner Autorität als Oberbürgermeister das jetzt so fest. Die nächste Sitzung beginnt um 16.30 Uhr.

(Schluss: 15.31 Uhr)